

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XI. JAHRGANG 1934

5.

HEFT / MAI

... UND CHINA?

Fochler-Hauke: Deutschland und China

Seidenzahl: Chinas wirtschaftlicher Wiederaufbau

Roemer: Die Philippinenfrage

Breyne: Eingeborenennenproblem in Südafrika

Colin Ross: Die Romanze der Hudsonbay

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480444

Unter ständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Professor Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinkel, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83
Fernsprecher: H 9, Schinargendorf 2234

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

X I. J A H R G A N G / H E F T 5 / M A I 1 9 3 4

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Gustav Fochler-Hauke: Deutschland und China</i>	275
<i>Fritz Seidenzahl: Chinas wirtschaftlicher Wiederaufbau</i>	280
<i>Colin Ross: Die Romanze der Hudsonbay</i>	284
<i>Hans Roemer: Der Stand der Philippinenfrage</i>	298
<i>Marc R. Breyne: Das Eingeborenenproblem in Südafrika</i>	312

BERICHTE

<i>Albrecht Haushofer: Erdumspannender Bericht</i>	323
<i>Ein aufschlußreiches Staatswappen</i>	331

LITERATURBERICHTE

<i>Heinz Konrad Haushofer: Das Problem des sozialen Raumes</i>	332
<i>Juri Semjonow: Der große sowjetische Weltatlas</i>	333
<i>Hans Hummel: Büchertafel</i>	335

Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzelne M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—

Österreich: Vierteljahr ö. Sch. 10.—, Ausland (portofrei): Jährlich RM 23.—

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM 0.90 / Inhalts-

verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag G.m.b.H. / BERLIN 18769 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Marc R. Breyne, Woltersdorf b. Erkner b. Berlin — Gustav Fochler-Hauke, München, Römerstraße 4 —
Dr. Albrecht Haushofer, Leiter des Geopolitischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin
SW 48, Wilhelmstr. 23 — Heinz Konrad Haushofer, München O 27, Mauerkircher Str. 73 I — Hans Hummel,
Berlin-Friedenau, Ringstr. 46 — Dr. Hans Roemer, Hamburg, Oben Borgfelde 54 — Dr. Colin Ross, Anschrift
durch Verlag — Fritz Seidenzahl, Berlin-Wilmersdorf, Heidelberger Platz 2 — Dr. Juri Semjonow, Berlin-
Wilmersdorf, Bonner Straße 8.

**KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

GUSTAV FOCHLER-HAUKE:**Deutschland und China**

Um dem manchmal von Unkundigen geäußerten Vorwurf allzu japanfreundlicher, chinafeindlicher Haltung der „Geopolitik“ sachlich zu begegnen, geben wir einer ausgesprochen chinafreundlichen, aus eigener Anschauung Chinas sprechenden Stimme das Wort, ohne uns mit den warmherzigen Hoffnungen des weltkundigen jungen Geographen ganz gleichschalten zu können, was die Leser unserer Berichte verstehen werden.

Einige nützliche Zahlen sind von uns in Klammern eingefügt. Der Herausgeber.

Der chinesische Volksstamm hatte schon im 3. Jahrtausend vor Christi Geburt eine entwickelte Kultur in der Lößlandschaft am Wei ho und am mittleren Hoang ho aufzuweisen. Mit dem Ausbau dieser Kultur und der Herausbildung einer universalen Staatsidee auf der Grundlage eines patriarchalisch-bäuerlichen Familienethos ging eine gewaltige Bevölkerungsvermehrung vor sich. Zugleich damit entstand der Drang, die chinesische Kultur auch den umwohnenden Völkern zu bringen, diese in das eigene Volkstum einzuschmelzen und ihren Lebensraum dem eigenen anzugliedern. Dieser universale, auf religiöser und sittlicher Grundlage aufgebaute Staatsgedanke hatte im Abendlande — wenn auch später und ganz anders geartet — ein gleich großartiges Gegenstück in der universalen Idee des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, das die Völker Europas unter deutscher Führung in einem christlich-abendländischen Kulturkreise vereinigen wollte. Leider gelang es dem führenden deutschen Volke nicht, sich einen Lebensraum zu schaffen, der den zukünftigen Erfordernissen seiner Volkskraft genügt hätte. Dagegen eroberte sich der chinesische Volksstamm einen ungeheuren Raum, der von den Hochländern Zentralasiens und den osttibetischen Gebirgsketten bis zum aufgelösten Oststrand des Kontinentes, von den Wüsten und Steppen der Mongolei bis zum taifundurchwüteten Südchinesischen Meere reicht. Es eroberte sich diesen Raum im großen gesehen friedlich: durch seine höhere Kultur und durch zähen Bauernfleiß, durch Anpassungsfähigkeit und Bedürfnislosigkeit. Wo Kämpfe nötig waren, wurden sie nicht gescheut; wir kennen auch aus den chinesischen Überlieferungen wundervolle Berichte von Treue, Heldenmut und Aufopferung — *[in vielen Eroberungskriegen reinen Stils! D. H.]* —, wenngleich friedliche Ereignisse in den Sagen und geschichtlichen Aufzeichnungen weit überwiegen. Ähnlich wie das deutsche, ist auch das chinesische Volk in seiner Entwicklung durchaus kontinental bestimmt; es hat sich erst spät in Handel und Kolonisation selbsttätig nach Übersee begeben. Aber die hochentwickelte Dschunkenschiffahrt beweist, daß die Chinesen für eine Seentwicklung Begabung mitbringen; wie ja auch wir Deutschen, von den Zeiten der Hansa bis heute, bewiesen haben, daß wir nicht schlechter als eigentliche Seevölker die Meere befahren.

Wenn auch die Chinesen bis in die jüngste Zeit sich neue Räume erschlossen, so ging doch nach Erfüllung des zentralen Lebensraumes eine Entwicklung vor sich, die erst heute sich in ihren Nachteilen furchtbar zu rächen beginnt. War das chinesische Volk schon immer aus der Stimmung der friedlichen Ackerbestellung heraus dem Kriege abgeneigt gewesen, so wandte es sich, nachdem es alle umwohnenden Stämme und Völker sich durch Macht oder Kultur untertan gemacht hatte, nun ganz dem Ausbau und der Verfeinerung der Kultureinrichtungen und -bedürfnisse zu; das Soldatentum wurde von den alles beherrschenden Gelehrten und Literaten verachtet, Verteidigungskraft und -willen erlahmten; es brachen nomadische Eroberervölker, wie die Mandschus und Mongolen, ein und rissen die politische Herrschaft an sich, wenn sie auch in rassischer Hinsicht und mit ihrer Kultur bald im Chinesentum untergingen. Die eigentliche Gefahr brach auf, als die europäischen Nationen im Fernen Osten mit ihrer Zivilisation und mit der Absicht erschienen, sich auch diesen Teil der Erde zu unterwerfen. Mit dem politischen Ringen begann auch das Ringen der Weltanschauungen und der Wirtschaftsformen; es konnte kein Zweifel darüber herrschen, daß vorläufig der industrialisierte Westen über den Osten siegen würde, dessen Wirtschaft sich auf Kleinbauernertum und Handwerk aufbaut. Die kriegerischen und wirtschaftlichen Verwicklungen der letzten Jahrhunderte und vor allem der letzten Jahrzehnte sollen hier unaufgezählt bleiben.

Japan, das frühzeitig die aus dem Westen drohende Gefahr erkannte, das auf seinem Inselraum und in seiner weniger verschiedenen Volkszusammensetzung ohnehin eine größere Beweglichkeit besaß, hat es verstanden, sich in kurzer Zeit stark in seiner geistigen Haltung und fast völlig in seinen Wirtschaftsformen zu westlichen. Seiner feudalen Gesellschaftsordnung nach war es Japan nicht schwer gefallen, den kämpferischen Geist weiter auszubauen und Verteidigungs- und Angriffsmittel dem Westen gleichzustellen. Die ungeheure Bevölkerungsvermehrung, die mit der Industrialisierung Japans zusammenging, und die Rohstoffarmut — sie zwangen Japan zur Ausbreitung im imperialistisch-kriegerischen Sinne. Zu einer Kolonisation blieb wenig Zeit, da die für den japanischen Menschen günstigen mildfeuchten Räume von den europäischen Mächten längst in Besitz genommen worden waren. Die Millionen der Arbeitslosen eignen sich zur Kolonisierung natürlich kaum, da sie es in den in Betracht kommenden Räumen fast durchwegs mit chinesischen Bauernauswanderern zu tun hätten bzw. zu tun haben. Korea, Formosa und einen großen Südseebesitz hat Japan in den letzten Jahrzehnten auf zum Teil recht fragwürdige Weise erworben. Aber dieser Besitz konnte noch nicht das Ersehnte — Eisen, Kohle, Holz und Getreide — liefern. Der Plan, von Tsingtau aus, das uns Deutschen weggenommen worden war, sich in Nordchina festzusetzen, schlug durch Einspruch Amerikas fehl. Unterdessen hatten die Chinesen, die zu Millionen aus der von Wirren gequälten Heimat auswanderten, aus eigener Volkskraft und ohne jede Regierungsunterstützung — nur begünstigt durch die aus imperialistischen

Absichten gebauten Eisenbahnen Rußlands und Japans — die bis in die jüngste Zeit nur dünn besiedelte Mandschurei erschlossen und ihre Steppen in blühende Getreidefluren verwandelt. In den Gruben und Wäldern, in deren Besitz sich Rußland und Japan gebracht hatten, arbeiteten die chinesischen Bergleute und Holzschläger zu Zehntausenden und sammelten Rohstoffe für ihre Ausbeuter, die sie dazu benutzten, um schließlich das Land ganz in ihre Hände zu bringen. Die Entwicklung in Rußland gab Japan in der Mandschurei die alleinige Macht. Als in China gewaltige Fluten das Herz des Landes überschwemmten, Abermillionen obdachlos und ihrer Habe beraubt waren, als Japan Europa und Amerika von inneren Sorgen in Anspruch genommen wußte, da griff es mit harter Hand zu und brachte die Mandschurei und den größten Teil der Inneren Mongolei in seine Macht. Von der Not seines Landes aus gesehen, mag Japan bei seinem Vorgehen eine gewisse Berechtigung haben, aber es ist im Unrecht vom volks- und allgemeinrechtlichen Standpunkte aus. Die Mandschurei ist ethnisch chinesisch, denn es leben dort nur einige Hunderttausend Russen [170 000 ?] und Japaner [250 000] — darunter nur 3000 japanische Bauern —, ungefähr je eine Million Koreaner und Mandschus [nach andern 6 Mill.] und fast 30 Millionen Chinesen [i. g. 37 mit Jehol u. Chahar; 1930: 35,4]. Die Chinesen sind es, die das Land urbar gemacht haben — sie hätten es auch ohne die fremden Bahnbauten, wenn auch langsamer, fertig gebracht —, und sie sind es auch, die in den nächsten Jahrzehnten den riesigen mandschurischen Raum, der hundert Millionen Menschen fassen kann, ganz erfüllen werden. Japaner und Russen kämpfen aus biologischen, klimatischen und aus Gründen der Lebenshaltung einen vergeblichen Kampf gegen den chinesischen Bauern.

Das fähige und tapfere Japan scheint sich dem Gipfel seiner Machtfülle bedrohlich schnell zu nähern, es ist gerüstet und gesonnen, mit jedem Angreifer den Kampf aufzunehmen. Aber es befindet sich in einer ungeheuren Gefahr, denn seine Seele ist verkrampft, von westlichen — vielfach unverarbeiteten — Gedanken vergewaltigt, seine Städte sind zu Millionenklumpen zusammengeballt, die Arbeitslosigkeit ist erschreckend groß, die sozialen Verhältnisse des Arbeiterheeres sind erschütternd traurig, und radikale Elemente treiben zersetzende Wühlarbeit. Wenn nicht alles täuscht, geht Japan einer gefährlichen Zeit entgegen. Das übereifrige Nachahmen des Westens beginnt sich zu rächen, und ein — wenn auch noch hinausgezögerter — Zusammenbruch, der das Kaisertum und die ganze herrschende Schicht mit sich reißen würde, scheint unvermeidlich, wenn nicht Besinnung sich durchsetzt. [Das eben ist ja der Zweck der japanischen Erneuerungsbewegung. D.H.] Während wir in Europa, und vor allem in Deutschland, eingesehen haben, daß uns die Überindustrialisierung an den Rand des Abgrunds gebracht hat, sieht Japan mehr als je sein Heil darin, in seinem rohstoffarmen Land eine immer ungeheuerlichere Industrie zu entwickeln, die den Großteil seiner Bevölkerung von der

auswärtigen Rohstoffversorgung und vom Absatz der Fertigwaren abhängig macht, die Menschen immer mehr dem Boden entwurzelt und mit artfremden Einflüssen durchtränkt. [*Das „Heil“ nicht, aber die Not! D. H.*]

China, obwohl selbst von sozialen und kulturellen Umwälzungen größten Ausmaßes erfaßt, geht vielleicht schon einer Sammlung entgegen, die auch politische Verluste, vorübergehende Gebietsabtrennungen nicht aufhalten, sondern eher beschleunigen werden. Durch den Druck der Russen und Japaner kamen selbst einige der eigenwilligsten Provinzgeneräle zur Einsicht — [*vgl. aber Fukien! D. H.*] —; es gelang der Nationalregierung in Nanking der Zusammenschluß des größten Teiles des eigentlichen China. [*? D. H.*] Die „kommunistisch“ genannten Bewegungen im Süden, die immer wieder von sich reden machen, haben mit Bolschewismus nichts gemein (*? D. H.*), denn ein solcher wäre der [*früheren! D. H.*] geistigen Verfassung des chinesischen Volkes vollkommen fremd. Ein sozialer Neubau wird allerdings unvermeidlich sein, der Grundbesitz wird neu verteilt und seine Bebauung verbessert werden müssen, die Arbeitsbedingungen und -verhältnisse in den Städten werden umzugestalten sein. Man kann begründet hoffen, daß es dem chinesischen Volke gelingt, die noch lebendigen Teile seiner vieltausendjährigen Kultur mit den brauchbaren des Westens zu einer neuen Entwicklungsmöglichkeit zu verschmelzen — es handelt da weit vorsichtiger als Japan —, daß es ihm ferner gelingt, die mehr als 400 Millionen Menschen der chinesischen Kulturgemeinschaft [*Postschätzung: 480*] in der schweren Notzeit des Kampfes gegen äußere und innere Feinde zu einer Nation zusammenzuschmieden. Denn genau so, wie wir Deutschen erst jetzt zu einer einheitlichen Nation zusammenzuwachsen beginnen, gelangt auch der national-einheitliche Gedanke erst jetzt in China zum Durchbruch. Es besteht sicherlich eine gewisse Gefahr, daß die von außen eindringenden zerstörenden Kräfte überwiegen und China als Reich und Kulturgemeinschaft zerreißen könnten; aber die Annahme, daß die Kulturkraft Chinas und der gemeinschaftsbildende Sinn seiner Geschichte siegen werden, ist doch ungleich berechtigter. Dafür sprechen auch die heldenhaften Kämpfe chinesischer Soldaten bei Schanghai.

Mag auch China hoffentlich nie einer industriellen Überentwicklung im westlichen und japanischen Sinne entgegengehen, so werden doch in Zukunft Innenkolonisation und Industrialisierung einen großen Aufschwung nehmen. Schon längst hat in dieser Erwartung der Wettkampf der Industriemächte um ein Wirkungsfeld begonnen. Japan steht natürlich auf dem weitaus günstigsten Posten, von Amerika und England gefolgt. Sollten gewisse chinesische Kreise, die zwecks freier Hand im Innern eine Annäherung an Japan suchen, die Oberhand gewinnen, dann würde Japan vorläufig eine auch wirtschaftlich unangreifbare Stellung in China einnehmen — unbeschadet einer späteren Auseinandersetzung zwischen Japan und China um die Mandschurei. Der Einfluß der Russen ist in China schwankend; dagegen entfalten die Vereinigten Staaten dauernd eine erhebliche Kultur- und Wirt-

schaftswerbung, ziehen tausende chinesische Studenten an ihre Hochschulen und scheuen dabei keine Mittel: sie wissen, daß diese Studenten, nach China zurückgekehrt, bald führende Stellen in Politik und Wirtschaft einnehmen werden. Deutschland erfreut sich der besten Beziehungen zu China, nicht nur, weil die Chinesen politisch nichts mehr von uns zu fordern haben, sondern weil in vieler Hinsicht eine geistige Verwandtschaft zwischen den beiden Völkern besteht und ähnliche Schwierigkeiten in der Behauptung gegen eine mißgünstige Umwelt vorhanden sind. Der deutsche Kaufmann hat, nachdem er von den Engländern in und nach dem Kriege aus China gewaltsam vertrieben worden war, heute dort vielfach noch festeren Fuß gefaßt als früher. Nur in der Mandschurei dürften in der Folgezeit die deutschen Kaufleute und Ingenieure, die dort eine führende Stellung einnahmen, von den Japanern verdrängt werden. Chinesische Studenten kommen nach Deutschland, verbleiben auch nach ihrer Rückkehr in die Heimat in Verbindung mit deutschen Freunden und knüpfen dann, je nach ihrer Stellung, wirtschaftliche und kulturliche Verbindungen mit Deutschland an. Deutsche Gelehrte wirken an vielen chinesischen Instituten und Universitäten, und die deutsche Technische Hochschule in Wusung, bei Schanghai, wurde, nachdem sie von den Japanern im Kampfe zerschossen worden war, von den Chinesen wieder aufgebaut. In der Medizin sind die deutschen Wissenschaftler in China in durchaus führender Weise tätig, und ebenso sind die bedeutendsten geologischen und geographischen Lehrstühle von Deutschen besetzt. Im Wasserbau und in Fragen der Flußregulierung stehen Deutsche mit an der Spitze, und die Aufforstungsarbeit — in Verbindung mit der Frage der Hoanghoregulierung eine Lebensfrage für China und eine der größten Aufgaben, die sich menschlicher Tatgeist stecken kann — ist erst kürzlich dem bayerischen Forstmann Dr. G. Fenzel übertragen worden. Viele heutige chinesische Staatsmänner haben in Deutschland studiert, haben Ehrlichkeit, Arbeitskraft und Leistung des Deutschen kennengelernt und holen nun mit Vorliebe deutsche Forscher und Gelehrte ins Land. Deutscher Forschung, Technik und Wirtschaft steht also in China ein großes Feld offen.

An uns ist es, die Möglichkeiten zu erkennen, nicht nur zuzuwarten, bis man uns ruft, sondern die Augen offen zu behalten und uns nicht von anderen Mächten zuvor kommen zu lassen. Die Deutschen, die heute in China arbeiten oder in Zukunft hinausgehen, müssen im vollendeten Sinne des Wortes Pioniere für Deutschland sein. Wir dürfen deshalb nicht nur „Spezialisten“, sondern wir müssen Persönlichkeiten hinaussenden, um so mehr, als der Chineser nur die Persönlichkeit achtet und den Nurköhner ablehnt. Wir müssen eine Werbetätigkeit für das Studium in Deutschland entfalten und uns die in Deutschland studierenden Chinesen viel mehr, als es heute geschieht, zu Freunden unseres Wesens und unserer Kultur machen. Wir dürfen diese jungen, durchwegs national eingestellten Studenten nicht verletzen, indem wir schlechte Filme über China zeigen, die von verantwortungs-

losen Geschäftsleuten gedreht wurden, indem wir in Vorträgen und Zeitungen kein Verständnis für den Kampf Chinas aufbringen. Auch wir hatten schwere Kämpfe im Innern durchzumachen — wie sollten dem ungleich größeren China seine sozialen, nationalen und politischen Kämpfe ohne abzulehnende Begleitumstände gelingen oder überhaupt erspart bleiben können? Wir sollten nicht immer von „Banden“ sprechen, wenn chinesische Freischärler die Japaner in der chinesisch bewohnten Mandschurei nie ganz zur Ruhe kommen lassen, denn wir betrachten auch unsere Kämpfer von Annaberg als Helden, die sich einsetzten, als der Staat nicht die Macht hatte oder nicht gesonnen war, deutschen Volksboden zu schützen. Gewiß gibt es auch Banditen in der Mandschurei, aber die gehören meist unabhängigen, nichtchinesischen Stämmen an, während die chinesischen Freischärler doch wahrlich bequemer „rauben“ könnten, als nun gerade japanische Panzerzüge anzugreifen. Wir haben keine Ursache, uns gegen Japan zu stellen, aber allen Grund, China Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wir Deutschen sollten in Kultur, Politik und Wirtschaft mit China eine ganz besondere Freundschaft pflegen, um nicht eines der mächtigsten Völker der Zukunft einmal gegen uns oder doch gleichgültig zu uns eingestellt zu sehen.

FRITZ SEIDENZAHL:

Chinas wirtschaftlicher Wiederaufbau

Pläne und Anfänge

Wang Ching-wei, der Ministerpräsident der Nankingregierung, hat Anfang März die Welt mit Erklärungen über den Wiederaufbau der chinesischen Wirtschaft überrascht. Seit bald 100 Jahren (Opiumkrieg 1840 bis 1842) ist das Land der 400 Millionen die große Hoffnung der Bankiers und Exportindustriellen von Europa wie der Vereinigten Staaten. Die Chinesen behaupten gern, daß die Fremden, die Hände voller Geld, vor den Toren des Landes warten, um die „goldenen Gelegenheiten“ zu ergattern, und daß es die erste Pflicht der Regierung sei, Barrieren gegen diesen Strom zu errichten. Hinter der Ironie verbirgt sich der dringende Bedarf nach finanzieller Unterstützung durch das Ausland. Auch die Propagandarede des chinesischen Ministerpräsidenten hat keine andere Zwecke. Es wäre immerhin vorstellbar, daß die Zusammenarbeit wirklich in einigen Jahren zustande kommt. Gute Kenner der Verhältnisse behaupten, wenn China zwei oder drei Jahre seine Anleiheverpflichtungen erfülle, würden neue Auslandsanleihen eine einfache Sache sein. Aber die Nichterfüllung der finanziellen Verpflichtungen ist nur eine Folge der verschiedenen politischen Umstände, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau Chinas verlangsamen.

Sie verlangsamen ihn, aber sie halten ihn nicht gänzlich auf. In den letzten Jahren ist der wirtschaftliche Apparat Chinas doch weit mehr ausgebaut worden,

als allgemein bekannt ist. Das Erreichte befindet sich indessen in gewaltigem Gegensatz zu dem Gewollten. Von Sun Yat-sen stammt bekanntlich ein 1919 entworfener Aufbauplan. Die Chinesen reklamieren für sich die Idee des Wirtschaftsplanens, die von den Russen aufgegriffen wurde und die heute einen so wichtigen Bestandteil der Wirtschaftspolitik in den meisten großen Staaten ausmacht. Der Plan Sun Yat-sens, der seinerzeit allen größeren Kabinetten zugestellt wurde, ist eher eine Vision als ein realpolitisches Werk. Er glaubte an eine Zusammenarbeit der ganzen modernen Welt mit dem chinesischen Reich. Finanzielle Grundlage sollten internationale Milliardenanleihen sein. Im Geiste sah Sun Yat-sen schon ein fernöstliches Neuyork entstehen. Seine Nachfolger mußten sich mehr und mehr bescheiden. Im Zehnjahresplan, den Sun Yat-sens Sohn, Sun Fo, 1928 als Eisenbahnminister entwarf, waren beispielsweise aus den projektierten 1 000 000 Meilen Landstraßen seines Vaters bereits 500 000 geworden, aber erst der tatsächliche Zuwachs an Landstraßen zeigt das Mißverhältnis zwischen Idee und Wirklichkeit. Der Landstraßenbau Chinas machte seit 1926 Fortschritte wie folgt:

1926.....	26 111 km	1930.....	46 666 km
1927.....	29 170 „	1931.....	66 111 „
1928.....	30 550 „	1932.....	80 899 „
1929.....	34 444 „	1933 (bis März)	81 278 „

Gerade solch trockenes Ziffernbeispiel wird die beste Vorstellung von den vorläufigen Aufbaukräften geben. Das Ergebnis ist nicht groß, aber es ist ein Fortschritt zu erkennen, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau Chinas durchaus zu einer Realität macht und auch den größeren Plänen, die hinter diesen begrenzten Leistungen stehen, eine gewisse Bedeutung verleiht. Je häufiger die chinesischen Staatsmänner im Laufe der letzten Jahre ihre Wirtschaftspläne überprüfen mußten, desto mehr verloren die Idealziffern an Bedeutung, desto schärfer scheint auch die Auswahl der notwendigsten Arbeiten geworden zu sein. Die Arbeit, die geleistet werden sollte, ist allerdings unerschöpflich: Eisenbahnen, Straßenbau, Kanalbau, Flußregulierung, Hafenbau, Aufforstung, Kolonisierung, Bodenreform — alles scheint noch in diesem Lande getan werden zu müssen. Dabei fehlt es noch an der Zusammenfassung der für den Wiederaufbau tätigen Kräfte. Der Dreijahresplan des National Economic Council vom November 1932 beginnt mit der Mahnung: „Es ist wesentlich, daß die Anstrengungen nicht zersplittern, sondern auf einige wenige genau ausgewählte Arbeiten konzentriert werden.“ Neben den zentralen Plänen bestehen aber noch regionale oder auf wirtschaftliche Teilgebiete beschränkte Pläne, von denen die wichtigsten von einzelnen Ministern der Zentralregierung stammen. Außer den Ministerien haben sich noch verschiedene Ausschüsse und Kammern um die Planung des Wiederaufbaues gekümmert. Inzwischen bereiten die Verhältnisse im Lande den Projektmachern die ärgsten Hindernisse. Es fehlt sowohl die Reichseinheit wie der ausgeglichene Staatshaushalt. Nur einen Bruchteil der chinesischen Provinzen beherrscht die Regierung in Nanking. Im Etat hat sie

1933 die Einnahmen mit 680 Millionen Dollar und die Ausgaben mit 800 Millionen Dollar angegeben. Die Finanzierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues hängt deshalb selbst nach der Ansicht der chinesischen Autoritäten vom Zufall ab. Wenn nach 23 Jahren die Arbeiten am Bau der Canton-Hankau-Bahn wieder aufgenommen wurden, so ist das nur möglich gewesen, weil England einen Teil seiner Boxerentschädigung dafür zur Verfügung stellte.

Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung des großen chinesischen Wirtschaftsraumes sind die Wiederherstellungsarbeiten, die in den letzten Jahren wirklich durchgeführt wurden. Die Wirtschaftssouveränität des Landes ist, seit 1929 die Zollautonomie wiederhergestellt wurde, gewachsen. Auch manche anderen wirtschaftlichen Vorrechte des Auslandes mußten aufgegeben werden. Ein großer Schritt voran ist die Abschaffung des Tael und die Ausgabe eines nationalen Standarddollars seit dem Mai 1933. Damit ist das finanzielle Handwerkszeug geschaffen, um wirtschaftliche Aufgaben zentral durchzuführen.

Seit 1927 ist geleistet worden:

Die Länge der in Betrieb befindlichen Telegraphenlinien ist von 99,79 Mill. km auf 102,59 Mill. km gestiegen, hauptsächlich durch die Legung von Seekabeln. Die Zahl der Radiostationen wurde von 22 auf 96 erhöht. An Luftfahrtlinien sind eingerichtet:

- | | |
|---------------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Shanghai—Chungking Line... 1652 km | 3. Nanking—Lanchow Line 1580 km |
| 2. Shanghai—Peiping Line 1332 „ | 4. Peiping—Tihwa Line 3780 „ |

Die Eisenbahnen sind in den früheren Jahren vielfach übel zugerichtet worden, ihre Wiederherstellung wird betrieben. An neuen Bahnstrecken sind gebaut und dem Verkehr übergeben: 346 km. In Bau befinden sich 410 km. (Bei der Hunan-Yunnan-Linie sollen neue 5000 km bereits abgesteckt sein.) Es handelt sich dabei um Nationalbahnen, Provinzbahnen und Privatbahnen. Die beiden wichtigsten Aufgaben sind die Vollendung der Nord-Süd-Bahn und die Weiterführung der Ost-West-Bahn in Richtung Turkestan. Für Flußregulierung wurden seit 1930 rund 25,67 Mill. Dollar ausgegeben, davon von 1930 bis 1932 nach den Überflutungen allein für den Yangtze und den Hwai 17 Mill. Dollar. Außerdem sind in der Schantungprovinz von 1931 bis 1933 rund 8,25 Mill. Dollar für Flußarbeiten verausgabt worden. Der chinesische Dollar kostet 88 Pfennige, aber die Kaufkraft ist weitaus höher.

In dem Maße, in dem China Agrarland ist, hängt sein wirtschaftliches Gedeihen von dem Wohlergehen der Landbevölkerung ab. Das ist natürlich erkannt worden. Die Zentralregierung sieht als eine ihrer Hauptaufgaben die Neuverteilung des Bodens an. Nachgewiesenes Privateigentum soll bis zu 200 mu (1 mu = 6,73 ar, 25,53 ar = 1 pr. Morgen) gestattet werden. Herrenloses Land fällt an die Regierung, die es wieder aufteilt. Maximum pro Kopf 6 mu, Maximum pro Familie 20 mu. Die Organisation des Agrarkredits gehört allerdings ebenso zu einer funktionierenden Landwirtschaft wie ein vollständiges Netz von Überlandstraßen, um die Agrarproduktion abzusetzen. In den drei Provinzen Kiangsu, Chekiang und Kiangsi sind bereits landwirtschaftliche Kreditinstitute errichtet worden; die Zentralregierung beabsichtigt, soweit ihre Macht reicht, auch in anderen Provinzen Agrarbanken zu eröffnen. Die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften ist gefördert worden. Die Zahl hat sich in sieben Provinzen, die der Zentralregierung

unterstehen oder mit ihr zusammengehen, auf 2742 erhöht, bedenkt man aber, daß die Mitgliederzahl nur 122 842 beträgt, dann erkennt man erst, was noch zu leisten ist. Nach jüngsten Ziffern soll die Zahl der Genossenschaften auf 3000 und die Zahl der Mitglieder auf 1 Million gestiegen sein. Der Höchstbetrag des Agrarkredits soll pro Kopf 30 Dollar, also 25 Mark ausmachen, denen, roh berechnet, ein zehnfacher Kaufwert zugeschrieben wird! Mit solchen Summen muß dieser gewaltige Wirtschaftsraum in der Kleinarbeit rechnen! Und dann handelt es sich noch um Pläne! Erfolgreiche Anstrengungen sind zum Zwecke der Aufforstung gemacht worden. Ziffern liegen über 25 Provinzen vor. Die Zahl der gepflanzten Bäume wird für 1929 mit 5,9 Millionen, 1930 mit 2,5 Millionen und für 1931 mit 45,59 Millionen angegeben.

Die industrielle Entwicklung ist dagegen nur wenig fortgeschritten. Die State Steel Works sind eine Gründung der Zentralregierung zusammen mit einem deutschen Stahlkonzern. Nach langjährigen Verhandlungen sind jetzt von deutscher Seite 100 000 Dollar für Vorstudien zur Erschließung von Kohlenfeldern gegeben worden. Verhandlungen werden über die Gründung einer Staatlichen Schwefelsäurefabrik, offenbar mit dem Ziel der Herstellung von Kunstdünger, geführt. An der Gründung sind die I. G. Farbenindustrie und die British Imperial Chemical Industries beteiligt. Geplant ist außerdem eine Spiritusfabrik und eine Zellstofffabrik, beide ebenfalls als halbstaatliche Unternehmen. In der Hunan-Provinz ist im Herbst 1932 eine Zinkraffinerie eingerichtet worden, die Produktion sollte schon im Juni 1933 begonnen haben. 1931 wurden vier, 1932 wurden zwei Lokomotiven in China gebaut und als Zeichen des industriellen Fortschrittes besonders gewürdigt. Bestehende industrielle Unternehmen (Kohle, Aluminium, Wolle, Schiffahrt) sind unter staatliche Kontrolle genommen worden. Auch einige Provinzen, die nicht unter dem Einfluß der Zentralregierung stehen, besonders Kwangtung mit Canton, dürften ihren Teil zum Wiederaufbau beigetragen haben.

Im Verhältnis zu dem, was der chinesische Wirtschaftsraum braucht, ist das Geleistete verschwindend gering. In den fünf Jahren, in denen vielleicht 100 Millionen Dollar zur Verfügung standen, sehen die chinesischen Aufbaupläne Dollarmilliarden vor. 100 Millionen China-Dollar etwa zum Bau von zwei Eisen- und Stahlwerken bedeuten nicht viel; die Vereinigten Stahlwerke in Essen haben vergleichsweise ein — im Verhältnis zum Herstellungswert der Betriebsanlagen niedrig bemessenes — Aktienkapital von 644 Mill. RM.! Das gegenwärtige Tempo der wirtschaftlichen Rekonstruktion ist gewiß langsam, aber es sind einige Arbeiten im Gange, die, wie die Vollendung der Canton-Hankau-Bahn, zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit auch zur Beschleunigung des Wiederaufbaues führen werden. Die finanzielle Beteiligung des Auslandes hängt nicht so sehr von der Herstellung der Reichseinheit als von der Wiederherstellung der „Schuldnermoral“ Chinas ab. Sobald aber neue Anleihen gewährt werden sollten,

wird man sich fragen, in welchem Umfang und auf welchen Gebieten die Weltwirtschaft einen Ausbau Chinas verträgt. Die Beteiligung an der Steigerung der Wirtschaftskapazität Chinas kann nicht darin bestehen, daß die europäischen und amerikanischen Industrien etwa während eines halben Jahrhunderts einen aufnahmebereiten Markt für ihr Eisenbahnmaterial, ihre Maschinen und schließlich ihre Patente haben, damit dann China am Weltmarkt als Verkäufer erscheint und zu Preisen liefert, die „dank“ des geringen Lebensstandards der chinesischen Bevölkerung noch unter den japanischen Exportpreisen liegen. So einzigartig ist die Position Europas heute nicht mehr, um ohne Beantwortung dieser Frage die Beteiligung am Wiederaufbau Chinas zu beginnen. Es handelt sich natürlich nicht um ein Versagen der Mitarbeit, sondern um die rechtzeitige Regelung einer zukünftigen Arbeitsteilung der Welt. Wobei allerdings zu beachten bleibt, daß auch die chinesischen Regierungspläne nicht auf eine hemmungslose Industrialisierung zielen: ihnen geht es um erhöhte Unabhängigkeit vom Ausland — jener Zug zur Autarkisierung, der in allen Ländern der Welt für die Wirtschaftspolitik bestimmend ist.

Quelle: Chinese Government Economic Planning and Reconstruction since 1927, von Prof. Gideon Chen, College of Public Affairs, Yenching University, herausgegeben vom China Institute of Pacific Relations, Schanghai 1933. — Dieser Schrift sind insbesondere sämtliche Zahlen entnommen, mit Ausnahme der beiden Etatziffern.

COLIN ROSS:

Die Romanze der Hudsonbay

I. Ein deutscher Prinz gründet Großbritanniens größte Handelskompanie

Ich komme von einem Ausflug den Churchill River hinauf zurück, allein die Landschaft ist flußauf, flußab nicht anders als die von der Plattform des Aussichtswagens auf der Fahrt hierher, eine Landschaft von grenzenloser Monotonie und Öde. Schnurgerade wie mit dem Lineal ist der Bahndamm darübergelegt. Buchstäblich „darübergelegt“. Man sieht es ihm an, daß er, Waggon um Waggon, mühsam von weit her herangefahren werden mußte, um auf dem weichen, moorigen Tundraboden einen genügend festen Unterbau für die Lagerung der Schwellen und Geleise abzugeben.

Die Erde ist schwarz oder braun, Moor und Torf. Flechte und Moose überziehen sie. Ab und zu dürftiges Gebüsch oder eine lichte Waldung, niedere struppige Fichten, die aneinandergereiht sind wie gerupfte Hühner. Von Zeit zu Zeit unterbricht das stumpfe Graugrün der Tundra ein sattes Blau weiter Wasserflächen, die stellenweise die Farbe dunkel leuchtender Glockenenziane annehmen. Dann ist alles wieder grenzenlose Öde.

Telegraphenstangen laufen neben dem Bahndamm her. Man hat sie nicht senkrecht in die Erde gerammt, wie sonst überall auf der Erde, sondern in Dreifußform, Pfosten schräg gegeneinandergelehnt, damit sie nicht so leicht im moorigen Untergrund einsinken und den Stürmen besser trotzen, die im Winter über die Tundra brausen.

Während ich über die Tundra wandere, muß ich immer wieder an den Mann denken, der diese Öde zuerst durchmaß, zu Fuß und allein. Freilich folgte er nicht der Eisenbahnroute von The Pas nach Churchill, sondern er stieß weiter im Süden auf die Hudsonbay, da, wo die weite Meeresbucht, die selber ist wie ein Meer, tief in den amerikanischen Kontinent hineinstößt und das Dominion of Canada beinahe in zwei Hälften teilt. Aber dafür mußte der Kanadier Radisson von Quebec aus zu Fuß laufen und ein Gebiet durchwandern, das feindliche Indianer durchstreiften. Es war eine Reise ins völlig Unbekannte, in einen grenzenlosen, wilden, fremden Kontinent hinein. Eine Reise, um ein Vielfaches schwieriger und gefährlicher als die Fahrt des Christoph Columbus.

Im Jahre 1652, als die Franzosen erst etwa ein halbes Jahrhundert in Canada saßen, war der junge Radisson mit seiner Familie an den Sankt Lorenz gekommen. Die Waldläufer hatten damals schon den Weg an die großen Seen entdeckt, allein selbst in ihren Niederlassungen am großen Strom waren die Siedler, die „Habitants“, noch von den Irokesen bedroht. Der junge Radisson, er mochte kaum siebzehn Jahre alt sein, ließ sich dadurch nicht abhalten, auf die Jagd zu gehen. Seine Begleiter werden erschlagen und skalpiert, er selbst nach tapferer Gegenwehr gefangen weggeschleppt und schließlich von einem Häuptling adoptiert. Er lebt jahrelang als Indianer unter Indianern, entflieht, wird wieder gefangen, halb zu Tode gemartert, entflieht ein zweites Mal, kehrt an den Sankt Lorenz zurück und beginnt jetzt eine Abenteurer- und Entdeckerlaufbahn von geradezu grandiosen Ausmaßen. Er gelangt bis an den Mississippi und Missouri, sieht als erster Weißer die Grenzenlosigkeit der weiten Ebenen des Westens mit den ungeheuren Büffelherden, die Erhabenheit des Felsengebirges und gelangt auf seiner letzten Reise bis an die Hudsonbay.

Radisson mußte seine Reisen selbst finanzieren. Er tat es durch Pelzhandel und wurde einer der geschicktesten Pelzhändler. Als solcher erkannte er sofort die ungeheure Bedeutung der Hudsonbay. Es muß ein überwältigender Eindruck für ihn gewesen sein, als er vor der blauen Fläche der Bay stand, ihr Salzwasser schmeckte und ihm der letzte Zweifel schwand, daß es sich um die große Meeresbucht handeln müsse, die nach ihrem unglücklichen Entdecker Hudson's Bay hieß. Ein phantastischer Zufall hatte ihn an ein verfallenes Haus geführt, das augenscheinlich von Weißen erbaut und bewohnt worden war. Das konnte nur das Winterquartier sein, das sich Hudson und seine Begleiter errichtet hatten, als sie im Süden der Bucht überwintern mußten.

In begreiflicher Aufregung eilte Radisson an den Sankt Lorenz zurück, erfüllt von der ungeheuren Bedeutung seiner Entdeckung. Die Franzosen saßen als brave Bauern im unteren Canada, allein der Reichtum des Landes beruhte auf seinen Pelzen. Die Schwierigkeit war nur, sie zu bekommen. In monate- und jahrelangen Fahrten mußten die Pelzhändler ins Innere ziehen, und hatten sie eine ausreichende Last erhandelt, so ergab sich jedesmal erst die schwierige und gefährvolle Aufgabe, sie durch das Gebiet der feindlichen Irokesen hindurchzubringen, die jedem Franzosen auflauerten.

Radisson hatte das ein paarmal gemacht, daher wußte er, wie schwierig es war. Er hatte Glück gehabt und jedesmal seine Pelze glücklich nach Quebecgebracht. Freilich war ihm von den Statthaltern des französischen Königs übel mitgespielt worden, und jedesmal hatten sie ihn um den Hauptteil seiner mühsam errungenen Beute gebracht.

Trotzdem wandte sich der große Entdecker wieder an die französischen Behörden und unterbreitete ihnen seinen Plan, von Frankreich aus mit einem Schiff in die Hudsonbay zu segeln, in das Herz des Pelzlandes hinein, um hier direkt an der Küste ohne Schwierigkeiten und Gefahren die Pelze zu erhandeln, für deren Beschaffung er sonst die lange und gefährvolle Expedition vom St. Lorenz ins Innere bedurfte.

Es war nicht nur ein gutes Geschäft, es war ein Kontinent, den Radisson zurückbrachte. Er wurde verlacht. Er wandte sich nach Frankreich direkt an den Hof des großen Ludwigs. Das gleiche Resultat. Da hörte ein deutscher Prinz, Ruprecht von der Pfalz, ein Vetter des Königs von England, von dem abenteuerlichen Mann. Er ließ ihn nach London kommen. Die Idee leuchtete ihm ein. Zwei kleine bescheidene Schiffe wurden ausgerüstet, von denen eines die Hudsonbay glücklich erreichte. Ein Winterlager wurde eingerichtet. Mit einem Posten Pelze konnte man zurückkehren. Und als Folge dieser Reise wurde im Jahre 1670 die Hudson's Bay Company gegründet, die zwei Jahrhunderte lang als unumschränkte Herrin mit wahrhaft königlicher Macht den Norden des amerikanischen Kontinentes beherrschte.

II. Ein Kontinent für zwei Elche

Es gibt Namen, die eine seltsame Magie bergen, Namen, in denen aller Glanz und alle Romantik längst vergangener Zeiten noch zu leben scheinen. Ein solcher Name ist die „Hudson's Bay Company“. Diese drei Worte erwecken — wenigstens in jedem, der sich nur ein wenig mit der Geschichte des amerikanischen Nordens beschäftigt hat — ein phantastisches Bild von Kühnheit und Abenteuer, ein verwirrendes Kaleidoskop von Mühsal und Gefahr, von unerhörten Dingen und Geschehnissen.

Und das seltsame ist, daß nicht nur der Name Hudson's Bay Company noch lebt, sondern diese selbst. Wie ein lebendes Fossil ragt dieser letzte Überrest der einst so mächtigen und glanzvollen souveränen Handelsgesellschaft in unsere so ganz andere und scheinbar soviel grauere und farblosere Zeit hinüber.

Die „Große Kompanie“, wie sie auch heißt, stammt aus der Zeit, als die Weißen gerade entdeckt hatten, daß es außer Europa und dem bißchen Asien und Afrika, das man bisher gekannt, noch eine ganze, große, reiche Welt farbiger Menschen gab, die man nach Belieben ausplündern und versklaven konnte, die zum mindesten gute Objekte für skrupellose Handelsgeschäfte waren. Und mit einer wahrhaft grandiosen Unbekümmertheit gingen die Könige und Herren Europas daran, diese Welt für sich in Besitz zu nehmen, auszubeuten und an Günstlinge zu verschenken.

Den Anfang hatte Spanien und Portugal gemacht, die unmittelbar nach den Entdeckungsfahrten des Bartholomäus Diaz und Christoph Columbus die ganze Erde kurzerhand unter sich teilten. Die andern Mächte standen nicht zurück, sobald sie erst einmal heraus hatten, was es da draußen in der neu entdeckten Welt zu verdienen gab, und sobald sich in dem spanisch-portugiesischen Weltbeherrschungssystem nur irgendeine Lücke zeigte, durch die sie eindringen konnten.

Am rührigsten und unbedenklichsten war England. England war damals nur ein kleines, unbedeutendes Inselreich, selbst Holland war ihm auf dem Weltmeer überlegen. Aber die Briten ersetzten die materielle Überlegenheit und den Vorsprung der andern durch Kühnheit und durch Skrupellosigkeit. Mit wahrhaft königlicher Geste verschenkten Englands Herrscher Inseln, Länder, Kontinente, die ihnen nicht gehörten. Damals wurde die Ostindische Companie gegründet, die Rußland-Companie, die Plymouth- und Massachusetts Bay Company, und jede erhielt ein Gebiet zur Beherrschung und Ausbeutung, das um ein Vielfaches größer war als das ganze Großbritannien.

So war es auch nichts Besonderes noch Außergewöhnliches, daß Karl II. von England seinem lieben Vetter Ruprecht sowie einer Gruppe von Edelleuten, denen er verpflichtet war, die Hudsonbay mit allem, was darum herumlag, schenkte. Im Gegenteil, das war weniger aufregend als die Gründung der Ostindischen Companie. Das war genau dasselbe, als wenn etwa heute der König von Norwegen den Südpol nebst Umgebung an eine Aktiengesellschaft vergäbe, die sich in Oslo zur Ausbeutung des Südpoles gebildet hätte.

Von der Hudsonbay wußte man damals gerade so viel wie heute vom Südpol. Ein kühner Forscher hatte sie entdeckt und war dabei umgekommen. Die Erzählungen der mit Mühe und Not geretteten und zurückgekehrten Besatzung seines Schiffes waren nicht danach angetan, zu weiteren Fahrten in dieses wilde, entlegene Meer zu verlocken, das von Stürmen, Nebel und treibendem Eis ständig bedroht war und an dessen Küste es nichts, aber auch nicht das geringste, zu haben gab. —

Wenn ich daran denke, daß selbst heute, wo wir nicht mehr in schwachen Segelschiffen durch das Treibeis der Hudsonstraße fahren, sondern in starken Dampfern, die canadische Regierung Getreideschiffe in den neuen Hudsonbay-Hafen Churchill nur durch besonders günstige Bedingungen locken kann, indem sie ihnen eine ganze Anzahl neu gegründeter Radiopeilstationen für die Durchfahrt durch die Hudson-

straße gratis zur Verfügung stellt, sowie einen Eisbrecher, der sie kostenlos durch das Eis geleitet, so kann ich verstehen, daß man im siebzehnten Jahrhundert nicht so sehr dahinter her war, ausgerechnet diese wenig einladenden arktischen Gewässer zu durchkreuzen. Und wenn ich auf die grenzenlose Öde rings um die Bucht blicke, so scheint es mir nur begreiflich, wenn Zeitgenossen Karls II. dachten: Na, wenn schon einer den Mut und die Nerven hat, in diese Gegenden zu gehen, so mag er sie behalten.

Und so wird es auch verständlich, wie dieses erstaunliche Dokument zustande kam, das die „Charter der Hudson's Bay Company“ heißt und das in dem Verwaltungsgebäude der Gesellschaft in London heute noch sorgfältig aufbewahrt wird. Mit diesem Dokument verschenkt der König von England einen Kontinent, ein Gebiet von der Größe Europas. Auf fünf mächtigen Pergamentblättern wird aufgezählt, was alles für Rechte er der neu gegründeten Gesellschaft überträgt, die einen romantischen Namen erhält: „Compagnie der Gentlemen-Abenteurer von England, die in der Hudsonbay Handel treiben.“

Diesen Gentlemen-Abenteurern wurde mittels der königlichen Charter, für sich wie ihre Nachkommen, für immer und ewig das alleinige und ausschließliche Recht zuerteilt, Handel zu treiben in allen Meeren, Meeresstraßen und Meerengen und Buchten, allen Flüssen, Bächen, Seen und Sunden, die sich jenseits der Einfahrt in die Hudsonstraße befinden, auf welchen Breitengrad auch immer, zusammen mit allen Ländereien, Gebieten und Territorien, die an diesen Meeren, Meeresstraßen, Flüssen und Seen liegen mögen.

Die Charter vergab nicht nur das Handelsmonopol in praktisch ganz Nordamerika, mit Ausnahme der eng umgrenzten besiedelten Gebiete am Sankt Lorenz und der atlantischen Küste, sondern sie überließ der Hudson's Bay Company auch die gesamten Land-, Berg- und Fischereirechte in dem ganzen ungeheuren Gebiet, das, nebenbei bemerkt, dem König von England ebensowenig gehörte wie der Südpol heute dem König von Norwegen.

Karl II. konnte also leicht großzügig sein, und es machte ihm augenscheinlich Spaß, es einmal in königlichem Ausmaße zu sein, wo es ihm nichts kostete; denn er übergab seinen lieben „Gentlemen-Abenteurern“ gleichzeitig auch alle souveränen Rechte in dem neuen Lande, Verwaltung und Justiz, Heer und Marine. Sie konnten ihre eigenen Truppen aufstellen und sich eigene Kriegsschiffe halten. Sie konnten Krieg und Frieden erklären und alles Land als das ihre betrachten, das sich nicht bereits tatsächlich im Besitz eines christlichen Fürsten befand.

Wenn man die Charter der Hudsonbay liest, in der der Monarch sich nicht genug tun kann, immer noch weitere Rechte und Vollmachten auf die Gesellschaft zu häufen, so wird man den leisen Verdacht nicht los, daß Karl II. das Ganze für einen Witz hielt, und daß er glaubte, leicht großzügig sein zu können, da es sich um ein Land handelte, in dem sich die Füchse gute Nacht sagen; denn dieser Herr-

scher, der es sonst durchaus verstand, für seinen persönlichen Vorteil zu sorgen und es von seinen Untertanen zu nehmen, wo er nur konnte, ist gegenüber den Gentlemen-Abenteurern von einer fast rührenden Bescheidenheit. Für den Kontinent, den er herschenkt, verlangt er als Gegenleistung nichts als jährlich zwei Elche und zwei Biber, und auch diese nur für den Fall, daß ein Mitglied der königlichen Familie in das Gebiet der Hudsonbay kommen sollte.

Die Hudson's Bay Company hat alle Rechte, die sie aus der königlichen Charter ableiten konnte, voll in Anspruch genommen, solange es die Verhältnisse nur irgend erlaubten, aber die bescheidene Gegenleistung, die sie sich an die königliche Familie zu zahlen verpflichtete, wurde nie bezahlt.

Erst als vor ein paar Jahren der Prinz von Wales auf einer Fahrt zu seinem Ranch in Alberta durch Winnipeg kam, fiel es der Company ein, daß es Zeit sei, den vereinbarten Preis zu zahlen. Man dachte es sich sehr hübsch, den Prinzen auf dem Bahnhof von Winnipeg mit zwei lebenden Elchen und Bibern zu überraschen. Allein die Begleitung des Prinzen, die von dem Plan erfuhr, wehrte erschrocken ab und meinte, daß präparierte Elchköpfe und Felle den hohen Herrn weit mehr erfreuen würden. Allein auch die Zahlung in dieser Form war dem Prinzen augenscheinlich nicht so erfreulich, wie man hätte erwarten sollen, und so bleibt es wohl das erste- und das letztmal, daß die Hudson's Bay Company ihrer Verpflichtung gegenüber dem königlichen Hause nachkam.

III. „H. B. C.“ — Die Herren der Seen und Wälder

Vom „Heiligen Römischen Reich“ hat man behauptet, daß es weder heilig noch römisch noch ein Reich war. Mit dem gleichen Recht mag man von der „Companie der Gentlemen-Abenteurer von England, die in der Hudsonbay Handel treiben“ sagen, daß ihre Teilhaber weder Gentlemen noch Abenteurer waren. Jedenfalls stimmt die historische Legende von den glänzenden, in Samt und Seide gekleideten Kavalieren Karls II. von England, die auszogen, das Empire zu gründen und die nordwestliche Durchfahrt zu entdecken, in keiner Weise.

In Samt und Seide macht man keine Entdeckungen, zum mindesten nicht in der eisigen Hudsonbay und der rauhen Wildnis des amerikanischen Nordens, und von all den achtzehn glänzenden Kavalieren, die sich die „Gentlemen Adventurers“ nannten, ist kein einziger selber auf Entdeckung ausgezogen, ja, hat auch nur die Gebiete, die ihnen der großzügige Charles II. schenkte, nach ihrer Entdeckung besucht. Und an ein künftiges Empire dachten sie ebensowenig wie an die Nordwestliche Durchfahrt. Die Entdeckung der letzteren stand zwar als Zweck und Ziel der neu gegründeten Hudson's Bay Company in der königlichen Charter, aber es wurde nicht einmal der Schein gewahrt, als ob man sich um diese Durchfahrt bemühte, die für die damalige Zeit ungefähr das war, was für uns der Stratosphärenflug ist oder die Weltraumschiffahrt. Nein, man hatte von Anfang an lediglich im Sinne,

Geschäfte zu machen, von den Eingeborenen möglichst billig Pelze einzuhandeln und sie in London so teuer wie möglich zu verkaufen.

Wenn die Gentlemen-Abenteurer mit irgend etwas abenteueren, so höchstens mit ihrem Gelde. Und die Art, in der sie es taten, laßt es einem zweifelhaft erscheinen, ob ihnen auch das zweite Prädikat der „Gentlemen“ zukommt. Ein Teil des gezeichneten Aktienkapitals der Hudson's Bay Company wurde nicht voll eingezahlt, und da die Aktionärliste mit Herzögen und Fürsten beginnt und über Ritter und einfache Adlige mit einem Bürgerlichen endet, mit John Portman, Bürger und Goldschmied von London, so kann man wohl mit Recht annehmen, daß dieser „Bürger und Goldschmied“ seinen Anteil bestimmt voll einzahlte und daß die hohe Ehre, mit Earls und Lords auf einer Liste zu stehen, ihn noch ein wenig mehr kostete.

Und so abenteuerete der hochfürstliche Teil der Gentlemen-Abenteurer nicht einmal mit seinem Gelde. Er hatte es auch nicht nötig, da er etwas Besseres in die Gesellschaft einbrachte: seine Beziehungen zum König. Der war gleichfalls einem guten Geschäft nicht abgeneigt, und obwohl in der königlichen Charter nichts davon drin stand, so war es doch selbstverständlich, daß der Monarch ein entsprechendes Aktienpaket und seinen Anteil an der Dividende erhielt. Dafür brauchte sich die Hudson's Bay Company nicht um Schiffe für ihre ersten Handelsfahrten zu sorgen. Diese wurden ihr kostenlos von der britischen Admiralität gestellt.

Die so glanzvolle und ruhmreiche Gründung der Hudson's Bay Company entpuppt sich, näher besehen, als ein typisches Spekulationsgeschäft mit Hilfe einer korrupten Regierung. Es war etwas Ähnliches wie der berühmte „Tea pot dome-Skandal“ in Amerika, bei dem mit Hilfe eines bestochenen Senators und, wie viele glauben, auch eines bestochenen Präsidenten, reiche Ölfelder, die als Ölreserven der USA.-Marine für den Kriegsfall zurückgestellt waren, einer privaten Gesellschaft zur Ausbeutung überlassen wurden.

Auch die Art und Weise, wie die Gentlemen-Abenteurer Radisson behandelten, den Entdecker des Landweges zur Hudsonbay, dem allein sie ihre reichen Einkünfte verdankten, war nicht gerade gentlemanlike. Sie setzten ihn, nachdem seine Arbeit getan, auf einen geringen Gehalt und verweigerten ihm jeden Anteil an den Einnahmen. Und das Ende war, daß der Mann, der der eigentliche Gründer der Hudson's Bay Company, ja des britischen Pelzhandels überhaupt ist, sich als alter Mann vergeblich um die Stelle eines Magazinverwalters bei der Großen Kompanie bewarb.

Freilich war Radisson selber bei all seiner unerhörten Energie und Kühnheit charakterlich eine höchst zweifelhafte Erscheinung. Als Franzose wechselt er zu den Engländern hinüber, kehrt in französische Dienste zurück und wechselt dann nochmals auf die englische Seite hinüber. Dauernd verrät er die einen an die andern.

Aber schließlich entsprach das nur dem Zeitgeist. Volk und Nation in unserem

Sinne gab es damals nicht. Man war viel kosmopolitischer als in der heute zu Ende gehenden liberalen Ära des 19. Jahrhunderts. Es war in keiner Weise unehrenhaft, selbst seinen Degen dem zu verkaufen, der einem am besten bezahlte. Es ist nur einem Zufall zuzuschreiben, beziehungsweise der geschäftlichen Kurzsichtigkeit des britischen Hofes, daß der Genuese Columbus die Neue Welt für Spanien entdeckte, statt für Großbritannien. Und was die Korruption des Hofes anbetraf, so stand es bei den Stuarts nicht schlimmer als sonst irgendwo in Europa.

Das Erstaunliche ist nur, daß eine Handelsgesellschaft, die aus solchen Verhältnissen und Zeitumständen entsprang, sich im Verlauf ihrer jahrhundertelangen Entwicklung zu einem Muster von Ehrenhaftigkeit und Zuverlässigkeit entwickelte. Von manchen Historikern ist der Dienst an der Company direkt eine Religion genannt worden. Mit Recht, es gehört eine wahrhaft religiöse Hingabe dazu, um im Dienst eines geschäftlichen Unternehmens ein derart entbehrungsreiches Leben auf sich zu nehmen, eine solche Fülle von Mühsal und Gefahr, Strapazen, Hunger und Kälte. Die Angestellten der Company, die Clerks, Faktoren und Trader waren alles andere als glänzend bezahlt, unermeßliche Werte gingen fast unkontrolliert durch ihre Hände, und die Angestelltenschaft der Company wurde eine der integersten, die es je gegeben hat.

Seitdem ich hier an der Hudsonbay bin, komme ich aus dem Staunen und der Verwunderung nicht heraus, daß es Menschen geben konnte, die den Mut fanden, sich an solch unwirtlicher Küste niederzulassen. Ich war in Mexiko und Peru, in den Ländern der spanischen Konquistadoren. Ich bin den Weg nachgezogen, den die amerikanischen Settler durch die Prärie nahmen, die Buren durch das südafrikanische Veldt, ich bin an den öden Küsten Südaustraliens gesessen, an der eine Schiffsladung Auswanderer ausgesetzt wurde, aber ich habe noch kaum irgendwo auf der Welt ein so trostlos ödes und dabei rauhes Land getroffen wie hier an der Hudsonbay.

Dabei ist jetzt Sommer. Jetzt ist die beste Zeit. In Kürze beginnt der Winter, der hier acht Monate dauert, ein Winter voll eisiger Stürme. Und den Winter verbrachten die Angestellten der Hudson's Bay Company in ihren kleinen Forts, in dürftigen Blockhäusern. Dabei gab es fast ständig Krieg, weniger mit den Indianern als mit den Franzosen, die immer wieder die Forts und Posten der Company angriffen.

Mit den Indianern hatte es die Hudson's Bay Company von Anfang an verstanden, sich gut zu stellen und sie richtig zu behandeln. Es ist dies um so erstaunlicher, als die Angelsachsen, im Gegensatz zu den Franzosen, sonst überall in Amerika in ständiger Fehde mit den Rothäuten lagen, die erst mit der fast völligen Ausrottung der letzteren endeten. Nach dem Ende der französischen Herrschaft in Canada, die eine ununterbrochene Drohung für die Hudson's Bay Company war, wurde diese erst wahrhaft zur unumschränkten Herrin in dem ganzen riesigen Gebiete, das

sich von der Hudsonbay bis an den Arktischen Ozean erstreckt. Gouverneur und Comité der Company wurden tatsächlich die „Herren der Seen und Wälder“, und jeder einzelne Faktor und Trader auf seinem einsamen Posten wurde es; denn hinter ihm stand die grenzenlose Macht der Company. Es ist der größte Ruhmestitel der Gesellschaft, daß sie diese Macht nie mißbrauchte. Die drei Buchstaben H. B. C., die weißleuchtend auf dem roten Tuch der Companyflagge stehen, wurden zu einem Symbol für Ehrenhaftigkeit und Zuverlässigkeit durch ganz Nordamerika.

„Here Before Christ“ — „Hier Vor Christus“, das heißt, die Company steht über jeglicher göttlichen und weltlichen Autorität, so wurden die Initialen H. B. C. von böswilligen Kritikern gedeutet. Es ist etwas Wahres daran, für die Angestellten der Company stand sie wirklich an erster Stelle. Es war tatsächlich ein religiöser Dienst der Dienst an der Hudson's Bay Company. Und das gleiche galt für die Indianer, die zu einem großen Teil der Gesellschaft treu blieben, auch als deren Monopol gebrochen und andere Händler ihnen mehr für ihre Pelze boten. Und so hat die historische Legende im Grunde doch recht; denn es war tatsächlich ein Geschlecht von Gentlemen-Abenteurern, das im Dienste der drei Buchstaben H. B. C. erwuchs.

IV. Das weiße Tischtuch über Fort Prince of Wales

Die Stadt Churchill, oder sagen wir lieber die projektierte Stadt Churchill, ist der erste Vorstoß der Zivilisation in ein Gebiet, das heute noch eines der ödesten, abgeschlossensten und menschenleersten der Erde ist. In jenen Tagen aber, als die Hudson's Bay Company hier ihre erste Niederlassung gründete, war es die weltverlorenste Wildnis, die man sich vorstellen kann. Die wenigen Beamten der Company saßen auf ihren einsamen Posten verlassen und abgeschnitten, nur durch das eine Schiff, das einmal im Jahr in die Hudsonbay einlief, mit der übrigen Welt verbunden. Die Natur, in der sie lebten, war so unerbittlich hart, so menschenfeindlich, daß man hätte glauben sollen, alles, was nur Menschenantlitz trägt, hätte sich hier zu gemeinsamem Lebenskampf zusammenschließen müssen. Jeder, der in der Wildnis gereist, der lange ausschließlich unter Farbigen weilte, weiß, was es heißt, wieder einen Menschen der eigenen Hautfarbe zu treffen. Da macht Rasse und Sprache keinen Unterschied. Weiß ist weiß, und man fühlt sich nah und verbunden, als gehöre man zur gleichen Familie. Allein in Amerika hat es scheinbar dieses Zusammengehörigkeitsgefühl aller Weißen nie gegeben, und nirgends in Amerika wurden so erbitterte Kämpfe zwischen weißen Menschen ausgetragen wie in der winterlichen Wildnis um die Hudsonbay.

Es war ja ganz schön, daß Karl II. von England den „Gentlemen-Abenteurern“ ganz Nordamerika schenkte, soweit es noch nicht besiedelt war und ihnen das ausdrückliche Handelsmonopol verlieh. Aber leider kümmerten sich die Franzosen nicht um die königliche Charter, und die Hudson's Bay Company mußte selber

sehen, wie sie mit den Franzosen und den französischen Canadiern fertig wurden, die ihrerseits glaubten, ein ausschließliches Anrecht auf den gesamten Pelzhandel zu haben.

Diese Kämpfe nahmen ihren ununterbrochenen Fortgang, völlig unabhängig davon, ob die beiden Mutterländer in Europa in Krieg oder Frieden miteinander lebten. Europäische Friedensschlüsse galten für Amerika nicht, ganz abgesehen davon, daß die Hudson's Bay Company ja schließlich ein eigenes Hoheitsgebilde mit voller staatlicher Autorität war.

Diese Kämpfe um die einsamen, weltverlorenen Posten und kleinen Forts, die meist nur zwischen wenigen Weißen ausgetragen wurden, sind mir stets als die seltsamsten und unsinnigsten aller kriegerischen Handlungen erschienen. Sie wurden geführt in einem Gebiete, in dem eigentlich jeder weiße Mann auf den andern angewiesen war, und das überdies so riesig war, daß für beide Teile reichlich Platz und auch reichlich Felle vorhanden gewesen wären.

Aber unentwegt ging der Kampf um die Forts; bald nehmen die Franzosen sie, bald erobern die Engländer sie wieder zurück, mal ist die Company schon fast aus der Hudsonbay verdrängt, das andere Mal hält sie alle diese Posten wieder in Händen.

Der Kampf war von ungewöhnlicher Härte und Grausamkeit. Landungen mußten durch das eiskalte Wasser der Bay gemacht werden. Verwundete erfroren. Der unterlegenen Partei blieb bestenfalls die Flucht in die Wildnis, wo sie ihr Schicksal des elenden Zugrundegehens mit Sicherheit vor Augen hatte.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Hudson's-Bay-Company-Leute nicht immer gerade wie die Löwen kämpften. Schließlich waren sie ja nur mäßig bezahlte Angestellte, und für ihre Familien war im Falle ihres Todes nicht oder kaum gesorgt. So spielte das weiße Tischtuch eine große Rolle, das bald der Kommandant, bald ein Untergebener hinter seinem Rücken über die Forts wehen ließ, wenn die Franzosen mit Übermacht anrückten.

Die meisten Forts bestanden ja lediglich aus Blockhäusern und Palisaden, die von den französischen Kriegsschiffen leicht in Brand geschossen werden konnten. Diese leichte Zerstörbarkeit war der Grund, warum die Feste des Prinzen von Wales aus Stein erbaut wurde. Sie sollte die wichtige Einfahrt in den Churchill River decken und die zentrale Fortifikation der Company werden. Fast vierzig Jahre, von 1733 bis 1771, haben die Engländer an ihr gebaut. Sie wurde ein Wunderwerk ihrer Zeit, und vor allem ein Wunderwerk für den einsamen Platz, an dem sie entstand. Von weit her kamen die Indianer, um den Bau zu sehen, und seine mächtigen Wälle mit den gewaltigen, darüber ragenden Kanonen wurden zu einer Legende durch ganz Nordamerika.

Heute noch ist das Fort überraschend eindrucksvoll. Als wir über den Fluß setzen und uns über das völlig deckungslose Vorgelände der Festung nahen, können wir

leicht ermessen, wie schwer, oder vielmehr, wie unmöglich es gewesen sein muß, das Fort zu stürmen. Und es sturmreif zu schießen, war mit den damaligen Mitteln ausgeschlossen. Selbst heute wäre es nicht leicht. Seine Wälle bestehen aus solidem Fels, und solch dickes Mauerwerk besitzt eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit, selbst gegen schwere Kaliber. Als wir im Herbst 1915 zur Eroberung Serbiens die Donau forcierten, hat unsere schwere Artillerie — ich glaube, es waren sogar 42 Zentimeter dabei, zum mindesten österreichische Motormörser — die alte Türkenfestung Semendria unter Feuer genommen. Ich habe mir später ihre Steinwälle und Steintürme angesehen. Es war geradezu lachhaft, wie wenig unser Feuer ihnen hatte anhaben können.

Ähnlich fest ist das Fort des Prinzen von Wales gebaut. Seine Wälle stehen heute noch fast unbeschädigt. Obwohl die Franzosen nach der Übergabe des Forts sich noch ein paar Tage lang mühten, es in die Luft zu sprengen, brachten sie nicht einmal das Tor zum völligen Einsturz. Sie vermochten wohl die Brüstung zum Teil zu zerstören, die Wälle selbst aber widerstanden allen Versuchen, sie auch nur zu beschädigen.

Und dieses stärkste Fort, der Stolz der Hudson's Bay Company, die Bewunderung der Indianer, wurde von den Engländern übergeben, ohne einen Schuß abzufeuern, als La Perouse, der berühmte französische Admiral und nachmalige Weltumsegler, mit seiner Flotte vor ihm erschien. Vierzig große Kanonen standen auf den Wällen. Nicht eine wurde abgeschossen, als das französische Landungsdetachement anrückte. Allerdings waren die Franzosen 400 Mann stark, die Besatzung des Forts aber zählte nicht mehr als 39 Köpfe. Sein Kommandant verfügte nicht einmal über einen Mann für jede Kanone. Und so verlor er die Nerven, riß das Tisch-tuch vom Frühstückstisch und schwenkte es über dem Fort. —

Wir leben im Zeitalter der Maschine, und viele von uns glauben, daß der Mensch der Maschine gegenüber bedeutungslos geworden sei, vor allem im Kriege. Allein es ist immer noch der Mensch, der schließlich und endlich allein zählt. Das Fort Prince of Wales mit seinen 40 Kanonen auf unzerstörbaren Wällen war damals die stärkste Kriegsmaschine, die man sich vorstellen kann. Und trotzdem versagte sie, da der Mensch versagte, der sie bediente.

Das Verwunderliche ist nur, daß der Mann, der die starke Festung so feig übergab, nicht ein x-beliebiger Schwächling war, sondern einer der berühmtesten und kühnsten Entdecker, den die Hudson's Bay Company je besessen. Es war Samuel Hearne. Hearne hatte ganz allein einen Vorstoß in den Nordwesten gemacht. Zwei-undeinhalb Jahre war er unterwegs gewesen, hatte Unsägliches durchlitten, war oftmals von Indianern überfallen und beraubt worden. Aber er hatte nicht nachgelassen. Er war weiter und weiter gedungen, bis über den Polarkreis, bis in das Land der Eskimos, bis an die Küste des Nördlichen Eismeeres.

Samuel Hearne wurde von den Franzosen gefangen fortgeführt, jedoch gegen

Lösegeld freigelassen. Er wurde von der Company sogleich an die Hudsonbay zurückgeschickt und übernahm wieder das Kommando von Fort Churchill. Seine feige Übergabe nahm man ihm nicht übel. Augenscheinlich hatte man in London selber ein schlechtes Gewissen, weil man dem starken Fort eine so ungenügende Besatzung gegeben.

Hearne war weiter Kommandant wie vorher, als sei nichts geschehen; denn die Franzosen waren nach dem vergeblichen Zerstörungsversuch wieder abgezogen. Nur eines hatte sich geändert. Sein alter Freund Matonabee lebte nicht mehr, als Hearne zurückkam. Matonabee war ein Chipewyan-Häuptling. Er war in der Nähe von Fort Churchill aufgewachsen in der Bewunderung der Engländer und ihrer wunderbaren, uneinnehmbaren Feste. Er hatte Hearne auf seinen Entdeckungsfahrten begleitet und war sein Führer gewesen. Ohne den Häuptling wäre Hearne nie bis zum Eismeer vorgedrungen.

Als der Indianer die schmählische Übergabe des Forts durch seine englischen Freunde erlebte, die er für unbesieglich gehalten, ging ihm seine Welt unter. Er tat, was ein Indianer fast nie tut, er brachte sich selber um. Sechs seiner Frauen und vier seiner Kinder verhungerten im folgenden Winter, da niemand mehr da war, der für sie sorgte. Hearne selbst aber lebte noch zehn Jahre und starb nach seiner Pensionierung friedlich auf seinem Ruhesitz in England.

V. Das „Ende der Hudsonbay“

Die Hudsonbay ist keine Bucht, sondern ein Meer. Sie ist die Inlandsee des Nordens. Es dauert Tage, sie im Dampfschiff zu kreuzen. Und so kann auch nicht von ihrem Ende in physischem Sinne die Rede sein, es sei denn, eine künftige Technik, von der wir noch keine Vorstellung haben, vermöchte es, ihre Verbindung mit dem Eismeer zu unterbinden und sie auszutrocknen, wie die Holländer den Zuidersee trocken legten.

Die Konsequenzen einer solchen Austrocknung würden allerdings unvergleichlich weiterreichender sein. Der Landgewinn würde nicht einmal eine solche Rolle spielen wie die Änderung des Klimas. Die Hudsonbay ist der Eiskeller Canadas. Ständig treibt aus dem arktischen Meer Eis hinein, und auf ihr schwimmen Eisfelder, die auch sommers nicht schmelzen. So ist der Effekt eine außerordentliche und weitreichende Abkühlung des umliegenden Landes. Die Hudsonbay in Verbindung mit dem eisigen Labradorstrom sind schuld, daß das östliche und mittlere Canada auf dem gleichen Breitengrad wie Norditalien und Süddeutschland ein sibirisches Klima haben. Gelänge es, den Eiskeller der Hudsonbay in eine sommerliche Heizplatte zu verwandeln, und das würde sie nach ihrer Trockenlegung sein, so würde sich das Klima des nördlichen Amerikas von Grund aus wandeln.

In ferner Zukunft mag das vielleicht geschehen. Aber von solchem Ende der Hudsonbay kann einstweilen noch nicht die Rede sein. Allein wir sind dabei, ein

anderes „Ende“ zu erleben, das Ende der „Hudsonbay“ als Begriff, als Vorstellung. Die Hudsonbay war bisher für uns Wildnis, Arktis fast, der alleinige Bereich der Company, die nach ihr hieß, ein Land für Trapper, Fallensteller und Pelzhändler. Bis in unsere Tage war die große Company rings um die Bucht Alleinherrscherin, obgleich ihre souveränen Hoheitsrechte bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts erloschen, beziehungsweise sie gezwungen war, sie für 300 000 Pfund an das Dominium of Canada zu verkaufen. Aber das Leben an der Bay war dadurch kaum verändert. Zwar waren nach Erlöschen des Handelsmonopols andere Pelzhändler an die Bucht vorgedrungen und hatten versucht, die Company bei den Indianern zu überbieten und ihr die Felle abzujagen. Allein die Macht der Gesellschaft und ihr Einfluß bei den Indianern war doch so groß, daß sie zunächst die Herrin an der Bay blieb.

Unverändert lief das Jahr im gleichen Turnus ab wie die Jahrhunderte vorher. Im August kam das Company-Schiff und versah all die Posten und „Forts“ mit Vorräten und Handelsgütern. Mit diesen wurden im Herbst die indianischen Jäger nach Bedarf ausgerüstet. Den ganzen Winter über jagten diese, und im Frühling kamen sie mit ihrer Beute zu den Posten zurück.

Dann wurde abgerechnet. Hatte der Jäger einen Überschuß über den gewonnenen Kredit, so wurde er ihm ausbezahlt, andernfalls als neue Schuld vorgetragen.

Man hat viel über den Wucher der Hudson's Bay Company geredet und ihre Ausbeutung der Indianer. Bekannt ist die Anekdote, daß die indianischen Fallensteller für eine Flinte so viele aufeinandergestapelte Biberfelle zu zahlen hatten, wie ihre Länge betrug, und daß die Company deshalb für diesen Handel Gewehre mit extra langen Läufen anfertigen ließ.

Demgegenüber behauptet die Company, daß der Preis für eine Flinte 8 bis 12 Biberpelze betrug, und in jedem Falle verstand sie es, mit den Indianern auszukommen und sie zufrieden zu stellen. Einen absoluten Wert für eine Sache gibt es nicht. Darauf beruht ja gerade das Tauschgeschäft. Der Indianer, der für eine Flinte so viele Biberfelle aufeinander häufte, bis die Mündung erreicht war, glaubte sicher, ein ebenso gutes Geschäft gemacht zu haben wie die Company, die sie auf dem Londoner Markt verkaufte.

Die Hudson's Bay Company war im Grunde eine Pelzhandelsgesellschaft, mochte sie auch das Gewand einer souveränen Macht tragen. Und so war und mußte ihr Bestreben sein, die Zivilisation von ihren Jagdgründen fernzuhalten. Vor dem Siedler flieht das Pelztier. So war die viel angefeindete Politik der Company, Siedlung zu verhindern, von ihrem Standpunkt aus berechtigt.

Die gleichen Gründe bestimmten ihre Eingeborenenpolitik. Ihre Pelzlieferanten waren die Indianer. Ein sesshaft gewordener, ein Ackerbau oder Gewerbe treibender Indianer ist kein Jäger und Fallensteller mehr. Also mußte alles geschehen, ihn in seinem ursprünglichen Zustande zu erhalten. Während man sich sonst überall in

der Welt bemühte, die Eingeborenen zu zivilisieren, ihnen europäische Bedürfnisse beizubringen, um sie zu Abnehmern der europäischen Industrieprodukte zu machen, tat die Company alles, um ihre Tabu-Totem-Welt zu erhalten. Sie hatte ihnen von der europäischen Zivilisation genau soviel gebracht, wie nötig war, um sie zu erfolgreichen Pelztierjägern zu machen und sie in Abhängigkeit zu bringen, so daß sie Pelze liefern mußten, ob sie wollten oder nicht.

Gegen solche Politik läßt sich vom ethischen Standpunkt natürlich viel einwenden. Sicher ist sie nicht ideal. Aber zieht man zum Vergleich das Schicksal heran, das der weiße Mann anderen primitiven Völkern gebracht, so ist das der Indianer im Gebiete der Hudson's Bay Company ein wahrhaft glückliches zu nennen. Die Company ließ dem Indianer seine Freiheit, sie nützte ihn nicht übermäßig aus und sorgte für ihn in Notfällen, ohne ihm das demütigende und jeden Charakter zerstörende Gefühl des Almosenempfanges zu geben. War beispielsweise die Schuld eines Indianers, der ein guter Jäger war, ohne sein Verschulden zu groß geworden, so verringerte sie die Gesellschaft, ohne daß er ihre Absicht merkte, indem sie seine wenigen Pelze entsprechend hoch bewertete.

Aber das gehört heute bereits der Vergangenheit an. Die canadische Regierung hat heute die Indianer in ihre Obhut genommen, gibt ihnen ihr Treaty Money und sorgt für sie. Die Posten der Company rings um die Hudsonbay bestehen noch, und es kommt auch noch alle Jahre ein Schiff, das sie mit Waren versorgt, die gegen Pelze eingehandelt werden. Aber das Schwergewicht der Company hat sich längst nach dem Nordwesten zu verschoben, gegen den Mackenzie und den Yukon.

Auch der Nordwesten hat heute aufgehört, ein ausschließliches Pelzland zu sein. Es wird bald kein hauptsächliches Pelztiergebiet mehr sein. Der Weizenfarmer dringt immer weiter nach Norden vor. Ihm voran zieht der Rancher mit seinen Viehherden. Und beide überflügelnd, fliegt der Miner im Flugzeug nach Norden. Dampfer auf dem Mackenzie River, Postflugzeuge bis an die Arktis, Minen, Versuchsfarmen und Polizeistationen, wo vor wenigen Jahren noch herrenlose Wildnis war. In vollem Marsche ist die Zivilisation gen Norden!

Die große Pelztier-Company selbst hat sich gewandelt. Pelze sind nicht mehr das einzige, nicht einmal mehr das hauptsächliche Geschäft. Sie ist Landagentin und Landspekulantin, sie handelt in Grundstücken, in Fischereirechten und Ölfeldern. Sie hat ein riesiges Warenhaus in Winnipeg und eine Kette von Ladengeschäften über ganz Canada.

Die stärkste Wandlung aber erlebte die Hudsonbay in unseren Tagen durch die Bahnen, die an ihre Ufer vorgetrieben wurden. Diese Bahnen bedeuten wahrhaft das „Ende der Hudsonbay“. Auf die gegen James Bay — die Südspitze des Binnenmeeres — vorgetriebene Bahn folgte die ungleich wichtigere von The Pas nach Churchill, die die Weizenprovinzen mit der Hudsonbay verbindet.

Schon spricht man von einer zweiten westlichen Bahnlinie, die Churchill mit dem Athabaskasee verbinden soll. In den Athabaska mündet der Peace River, an dessen Oberlauf eine zweite „Prärie“, ein neues Weizenkönigreich im Entstehen begriffen ist. Und längs dieser Westbahn liegen riesige Strecken noch völlig ungenützten, jungfräulichen, kaum erforschten Landes mit unbegrenzten Weideflächen.

Noch ist alles in den Anfängen. Noch ist Churchill das Experiment einer Stadt. Rückschläge sind unausbleiblich, aber noch unausbleiblicher die schließliche Eingliederung der Hudsonbay in die Zivilisation, die es wahrhaft zum Binnenmeer des neuen Nordreiches machen wird, das dort oben im Entstehen begriffen ist, wo einst das ungestörte Königreich des Fallenstellers war.

Das Ende der Hudsonbay ist der Anfang des „nordischen Mittelmeers“.

HANS ROEMER:

Der Stand der Philippinenfrage

Die Philippinen gehören seit ihrer Besitzergreifung durch die Vereinigten Staaten zu den stark umstrittenen Fragen der usamerikanischen Außenpolitik. Geräuschvoll wie ihre Inbesitznahme im Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 ist dreieinhalb Jahrzehnte hindurch die Diskussion über die Zukunft dieser Inselgruppe geführt worden. Dabei hat die amerikanische Öffentlichkeit selbst der Philippinenfrage, verglichen mit dem Europaproblem und der Lateinamerikapolitik, nur geringe Beachtung geschenkt. Sie wird auch gegenwärtig nur von den an ihrer Entwicklung interessierten Wirtschaftskreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Die Gründe zur Erwerbung der Philippinen sind heute durch die historische Forschung klar erkannt. Als aktivste Figur tritt der damalige Unterstaatssekretär für die Marine und spätere Präsident Theodore Roosevelt in Erscheinung, der von Anfang an gewillt war, in dem Kampf um die „Befreiung Kubas“ gleichzeitig die Philippinen der spanischen Herrschaft zu entreißen. Schon sechs Wochen vor dem Ausbruch des Krieges hatte der Befehlshaber des amerikanischen Pazifikgeschwaders Admiral Dewey, dessen Ernennung mit auf Befürwortung Roosevelts zustande gekommen war, von ihm den Befehl erhalten, die unter seinem Kommando stehenden Streitkräfte in Hongkong fahrbereit zu halten und im Falle der amerikanischen Kriegserklärung an Spanien sofort Offensivmaßnahmen auf den Philippinen zu ergreifen. Mit Hilfe Aguinaldos, eines ausgewiesenen Freiheitskämpfers, der auf dem Kanonenboot „McCulloch“ von Hongkong nach Cavite geholt wurde und von Dewey Waffen und Munition erhielt, wurde die Hauptinsel Luzon von den spanischen Garnisonen befreit. Als Aguinaldo, der die Freiheitsstunde für die Philippinen gekommen sah, im Juni 1898 eine unabhängige Phi-

lippinenrepublik ausrief, war die Durchführung seines Planes schon zur Utopie geworden. Die Vereinigten Staaten verweigerten ihm die Anerkennung.

Die Ostasienpolitik der europäischen Großmächte, vor allem die Festsetzung um das Gelbe Meer (Kiautschau, Port Arthur, Wei-Hai-Wei) während der Jahre 1897 bis 1898, ließ die Möglichkeit einer Aufteilung Chinas deutlich werden. Das bewog Roosevelt, auf den Philippinen aktiv zu werden. Er hoffte durch die Gewinnung dieser Basis für die amerikanische Flotte, den zukünftigen Knotenpunkt der bedeutendsten Handelsstraßen im Fernen Osten, Einfluß auf die Entwicklung der chinesischen Angelegenheiten zu erhalten, hoffte, den amerikanischen Forderungen nach Integrität Chinas und „Offener Tür“ dadurch größeren Nachdruck zu verleihen. Ihr Wert als Defensivposten zum Schutze der amerikanischen Westflanke wurde sehr gering angeschlagen. Fest stand für jeden, der einen Blick auf die Karte warf, daß sie überhaupt nur so lange militärische Bedeutung hatten, als die Verbindungslinie Guam—Hawai gesichert war. Eine betont anti-japanische Note hatte ihre Erwerbung nicht, wenn auch die amerikanische Okkupation starkes Mißfallen in Tokio erweckte. Der japanische Expansionsdrang nach dem asiatischen Festlande war damals stärker als der nach dem Pazifik, und die Gegnerschaft zu Rußland verhinderte ernsthaften Widerstand gegen die USA. Erst nach dem Russisch-Japanischen Kriege wurde die Philippinenfrage zu einem stärkeren Reibungsmoment dieser Mächte. Der Zwischenfall mit dem deutschen Geschwader vor Manila im Mai 1898 führte den Amerikanern vor Augen, daß auch Deutschland starkes Interesse an den Philippinen hatte und steigerte die amerikanischen Wünsche nach dem Besitz dieses Archipels. Die Diederich-Dewey-Affäre wurde prestigepolitisch ausgeschlachtet und zum Angelpunkt einer für den Erwerb günstigen Meinungsbildung im amerikanischen Kabinett und in der Öffentlichkeit. Die Monroe-Propaganda und die Kritik der Transkontinentalpolitik ebften ab. Die Handlungen des Kabinetts leiteten einen jingoistischen Pressefeldzug ein.

Am 2. August 1898 wurde vom amerikanischen Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Day ein Kommissar mit der Aufgabe betraut, die finanziellen und industriellen Zustände auf den Philippinen zu untersuchen. Der Bericht fiel zu voller Zufriedenheit aus. Am 13. August, einen Tag nach der Unterzeichnung des Friedensprotokolls, wandte sich der Präsident McKinley noch einmal direkt an Dewey, um genauere Informationen zu erhalten über den Wert und Nutzen (desirability) der Inselgruppe für die Vereinigten Staaten, insbesondere den Charakter ihrer Bevölkerung, Vorkommen von Kohlen und anderen Mineralien, Häfen und ihre Vorteile. Dewey legte diese Depesche im neuen Geiste Washingtons aus. Noch am selben Tage zogen die Amerikaner — ohne Begleitung der Aguinaldoschen Freischaren — in Manila ein. Die folgenden Debatten innerhalb des amerikanischen Kabinetts zeigen, daß auch hier der strategische Blickpunkt vorherrschte und die wirtschaftlichen Aspirationen auf die Philippinen überschattete. Während der

Friedensverhandlungen traten die wirtschaftlichen Forderungen allerdings mehr in den Vordergrund. Die handelspolitische Bedeutung der Philippinen für die Vereinigten Staaten war im Augenblick noch sehr gering. (Gesamtaußenhandel durchschnittlich 23—30 Mill. Dollar jährlich. Export nach Vereinigten Staaten: 6%, Import von Vereinigte Staaten: 4%.) Als Absatzmarkt für Industrieprodukte waren sie fürs erste kaum in Rechnung zu stellen. Die spätere Entwicklung hat die annexionsheischenden Textilfabrikanten und südstaatlichen Baumwollpflanzer jedoch nicht enttäuscht. Wirtschaftliche Anziehungskraft übten die Philippinen damals weit mehr als Rohstoffquelle für Manilahanf, Zucker, Kokosnußöl, Kopra, Tabak und Tabakwaren aus. Hatte man ursprünglich nur die Insel Luzon gefordert, so wurde jetzt die ganze Gruppe beansprucht. McKinley, dessen Stellungnahme zur Erwerbung alle Stufen von der Negation über phraseologische Verbrämungen zum offenen Bekenntnis für die Einverleibung durchgemacht hatte, schrieb jetzt freimütig, daß man alles behalten müsse, was der Krieg eingebracht habe. Um die Frage einer eventuellen Unabhängigkeit staatstheoretisch zu widerlegen, korrigierte Dewey sein ursprüngliches Urteil, das den Filipinos größere Reife für Unabhängigkeit als den Kubanern zugesprochen hatte, dahin, daß keine Insel reif für die Unabhängigkeit sei. McKinley hat die Gründe für die amerikanische Okkupation in seiner Kongreßrede systematisiert: Nationale Ehre, White Man's Burden, wirtschaftlicher Vorteil. Von der Strategie hörte man aus Rücksichtnahme auf die „Große Politik“ nichts.

Im Frieden vom 10. Dezember 1898 mußte Spanien auf die Philippinen verzichten. Als Entschädigung erhielt es 20 Mill. Dollar. Die amerikanische Geschichtsschreibung hat oft versucht, auf Grund der finanziellen Transaktionen bei den meisten territorialen Erwerbungen, den amerikanischen Imperialismus als grundsätzlich friedlich dem europäischen gegenüberzustellen. Die Inbesitznahme der Philippinen bildet wohl die deutlichste Widerlegung. Es war eine gewaltsame Eroberung, die die Philippinen in den amerikanischen Besitz brachte. Ursachen und Methoden ihrer Erwerbung unterscheiden sich nicht wesentlich von den imperialistischen Manövern anderer Großmächte. Die nachfolgende Bezahlung bedeutet keinen grundsätzlichen Unterschied. Sie beweist nur die geringe Achtung der Amerikaner für die nationale Ehre des niedergerungenen Feindes. Einer der bekanntesten amerikanischen politischen Schriftsteller, Parker Thomas Moon, hat einmal darüber, mit Sarkasmus über die deutsche Kolonialpolitik, geschrieben: „Trotz Bismarcks Verschlagenheit und des Kaisers Ehrgeiz hat Deutschland in seiner imperialistischen Laufbahn einen so großen, so volkreichen und so wertvollen Anteil im Pazifik nicht erringen können.“ Ob sich die Kosten des nachfolgenden Kleinkrieges (117 Mill. Dollar) allerdings rentieren würden, war schon für manchen um die Jahrhundertwende eine offene Frage. Gerade die Einbeziehung dieser so entfernt liegenden pazifischen Gebiete in den amerikanischen Macht-

bereich hat die amerikanischen Rüstungsausgaben in einem unnatürlichen Tempo beschleunigt. 1894/97 durchschnittlich, Armee: 206 Mill. Dollar, Marine: 122 Mill. Dollar, 1898/1901 603 Mill. Dollar bzw. 238 Mill. Dollar.

Spanien erhielt durch den Pariser Vertrag die Zusicherung, daß seine Schiffe und Waren für den Zeitraum von zehn Jahren unter den für Amerika geltenden Bedingungen Einlaß auf den Philippinen haben sollten. Schon in dieser Bestimmung leuchtete die amerikanische Absicht einer zukünftigen „Closed Door Policy“ durch; sie wurde in den folgenden Jahren durch eine entsprechende Zollpolitik eingeleitet. Nicht nur die fremden Mächte, die in diesem Vorgehen ein Verlassen der sonst überall von den Amerikanern geforderten wirtschaftlichen Gleichbegünstigung sahen, sondern auch die Filipinos selber, haben von Anbeginn gegen eine Kuppelung mit dem amerikanischen Wirtschaftsbereich Protest eingelegt. Sie mußte eine Aufgabe der vorhandenen Absatzmärkte nach sich ziehen und sie auf Gedeih und Verderb in die Hände der Amerikaner überantworten. Mit der These, die Philippinen zum Wohlstand und damit zur politischen Unabhängigkeit zu bringen, haben die Vereinigten Staaten diese Politik sanktioniert. Ein gewagtes Versprechen, wo noch 1909 rund zwei Drittel des philippinischen Haushalts aus den Zolleinnahmen stammten! Auf weite Sicht gesehen war es nicht nur ein verhängnisvoller Schritt für die Philippinen, der hier vollzogen wurde. Auch die inhärenten Gefahren einer solchen Politik für die amerikanische Wirtschaft wurden schon damals vereinzelt erkannt. Durch die Akte vom 8. März 1902 erhielten die philippinischen Landesprodukte 25% Ermäßigung auf den Dingley Tarif. Durch Gesetz vom 5. August 1909 wurde allen philippinischen Landeserzeugnissen (mit Ausnahme von Reis) zollfreie Einfuhr gewährt. Die Einfuhr von Zucker, dessen Produktion auf den Philippinen von 1900 bis 1909 um etwa 200% gestiegen war (1899: 57 447 t, 1908: 151 712 t) und zum Hauptausfuhrprodukt zu werden schien, wurde auf 300 000 t jährlich festgesetzt. Ebenso wurde für Tabak eine Quote eingeführt. Der Zolltarif von 1909 brachte die ersten ernststen Konflikte mit den amerikanischen Wirtschaftsinteressen. Wenn Thomas F. Millard (*The Far Eastern Question*, S. 457) sich damals bei den Debatten um die Höhe der Zuckerquote lustig machte über die Angst der Farmer und behauptete, daß die Philippinen selbst unter günstigsten Bedingungen in einem Zeitraum von zwanzig Jahren niemals 300 000 Tonnen Zucker produzieren könnten (1908 Einfuhr von Zucker in die V. St. 48 476 t, 1922 Produktion: 362 071 t, Einfuhr in die V. St. 150 478 t), so lag bei der gewagten Prognose dieses japanfeindlichen Publizisten der Hauptton in dem Mißmut, daß amerikanische Wirtschaftskreise zum Hemmschuh für die Ostasienpolitik wurden. Damals wäre es vielleicht noch möglich gewesen, die Belange der amerikanischen Zuckerrübenproduzenten und des die kubanische Rohrzuckerindustrie beherrschenden Wallstreet-Kapitals — bei verhältnismäßig geringer Schädigung der philippinischen Zuckerindustrie, die zum weitaus größten Teil in den

Händen der Eingeborenen liegt — durch ein stärkeres Fernhalten vom amerikanischen Markt zu wahren. Als Wilson im Jahre 1913, wo im philippinischen Export Hanf endgültig als Hauptausfuhrprodukt durch Zucker verdrängt wurde, ohne alle realpolitischen und wirtschaftlichen Meditationen, rein vom Prinzip der „Gleichheit“ ausgehend, den unbeschränkten Freihandel proklamierte, war vorauszusehen, daß der Zucker in der Frage der Unabhängigkeit seine Rolle spielen würde.

Aus der Aufgabe der Philippinen in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ergab sich ihre Regierungsform. Da eine enge Einbeziehung vor allem wegen der „dritten Rassenfrage“ nicht in Betracht kam, mußte die Zentralregierung in Manila von Washington aus möglichst in der Hand behalten werden. Trotz der ständigen Philippinisierung und Liberalisierung der Lokalverwaltung, die heute vollständig in den Händen der Filipinos liegt, ist ihr Einfluß in der Zentralregierung in Manila doch verhältnismäßig bedeutungslos geblieben. Von 1901 bis 1907 stand dem Generalgouverneur eine aus sieben Amerikanern bestehende „Philippinen-Kommission“ als Legislative zur Seite. 1907 wurden den Filipinos drei Plätze in der Kommission eingeräumt und ihr ein gewähltes Unterhaus an die Seite gestellt. Durch Wilson erhielt die als Senat fungierende Philippinen-Kommission eine Majorität Filipinos (1913). Die „bedingte Unabhängigkeit“ sollte sehr bald einer „vollen Unabhängigkeit“ weichen. Aber Wilson war nicht Amerika. 1914 verweigerte der amerikanische Senat einer dahingehenden Bill seine Anerkennung. Als im Februar 1916 der Senat das sogenannte Clarke-Amendement guthieß, das eine vollständige Unabhängigkeit der Philippinen spätestens nach vier Jahren vorsah, wurde es im amerikanischen Unterhaus niedergestimmt. Wie stark die Opposition des Kongresses gegen die Pläne Wilsons war, zeigt in gleicher Weise die Jones-Akte, die seit August 1916 die Verwaltung der Philippinen regelt. Sie stellte noch einmal fest, daß die Vereinigten Staaten den Philippinen die Unabhängigkeit gewähren würden, sobald eine „stabile Regierung“ errichtet werden könne — ein elastischer Ausdruck, der jeder Auslegung Raum gewährte.

Gemäß der Jones-Akte ernannt der Präsident der Vereinigten Staaten den Generalgouverneur, der dem Secretary of War untersteht (1), den Vizegouverneur, den Generalzolleinnahmer und dessen Stellvertreter sowie sämtliche neun Mitglieder der Obersten Gerichtshofes. Die Ernennung des Gouverneurs bedarf der Zustimmung des amerikanischen Senats. Die Gehälter der vier politischen Beamten (18 000, 10 000, 7 500 und 6 000 Dollar) und der fünf amerikanischen Mitglieder des Supreme Court wurden in der Akte festgelegt. Der Generalgouverneur hat höchste ausübende Gewalt und die Aufsicht und Kontrolle über alle Departements und Bureaus der Regierung. Er ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung der Gesetze. Mit Einwilligung des philippinischen Senats ernannt er die Beamten, die Richter der Courts of First Instance und die Friedensrichter. Der Vizegouverneur ist Vorsteher des Department of Public Instruction, das das Erziehungs- und Gesundheitswesen einschließt. Der Zolleinnahmer prüft, berechnet und regelt alle öffentlichen Ein- und Ausgänge und hat die Pflicht, den zuständigen Stellen Nachricht zukommen zu lassen, wenn Ausgaben seiner Meinung nach irregulär, unnötig, übertrieben oder nicht angemessen sind. Keine Zahlung darf ohne seine Einwilligung geleistet werden und kein Kontrakt, der 3000

Pesos übersteigt, hat Gültigkeit, wenn nicht in einem Begleitbrief bestätigt wird, daß ein dementsprechender Fond besteht. Der Senat, der seit 1916 22 Mitglieder zählt, wird für sechs Jahre gewählt. Zwei, die 9 nichtchristlichen Provinzen vertretenden Senatoren werden ernannt. Das Unterhaus besteht aus 85 Mitgliedern, die für drei Jahre gewählt werden und neun ernannten Vertretern der nichtchristlichen Provinzen. Das Wahlrecht steht allen Männern über 21 Jahre zu, die einen Grundbesitz von mindestens 500 Pesos haben, früher das Wahlrecht besaßen oder Spanisch, Englisch oder eine Eingeborenensprache lesen und schreiben können. Der Prozentsatz der Analphabeten unter den Wählern ($1\frac{1}{2}$ Mill.) ist weniger als 10%. Der philippinischen Legislatur ist es untersagt irgendwie die Jones-Akte zu verändern oder zu ergänzen. Sie hat keinen Einfluß auf die philippinisch-amerikanische Zollgesetzgebung.

Das amerikanische Veto gegen die Beschlüsse der philippinischen Legislatur wurde dreifältig: 1. Zollgesetze zwischen den Philippinen und dritten Ländern und Gesetze betreffend Staatsland, Holzwirtschaft, Bergbau und Einwanderung bedürfen der Gegenzeichnung des amerikanischen Präsidenten. 2. Der Generalgouverneur kann Einspruch erheben gegen jeden Gesetzesvorschlag. Wird der Vorschlag dennoch durch eine neue Zweidrittelmehrheit zum Gesetz erhoben, so fällt der amerikanische Präsident die endgültige Entscheidung. Es ist selbstverständlich, daß dieser stets im Sinne seines Gouverneurs handelt. 3. Der amerikanische Kongreß kann jeden Gesetzesakt der philippinischen Kammer für ungültig erklären (bislang nicht vorgekommen). Der amerikanische Supreme Court ist letzte Berufungsinstanz für Entscheidungen philippinischer Gerichtshöfe in Fragen über Objekte im Werte von 25 000 Dollar und mehr.

Kurz vor Beendigung seiner Amtsperiode hat Wilson noch einmal versucht, seine Idee „to save the world for democracy“ auf den Philippinen zur Anwendung zu bringen. In seinen Jahresberichten von 1918—1920 hatte sein Gouverneur Francis B. Harrison immer festgestellt, daß ein „stable government“ erreicht sei. Als Wilson in seiner letzten Jahresbotschaft vom 7. Dezember 1920 verkündete, daß es die Pflicht der Vereinigten Staaten sei, das Versprechen einzulösen, stellte sich der Kongreß diesen Forderungen Wilsons gegenüber vollständig taub.

Zu einem wesentlich anderen Ergebnis in der Frage der Unabhängigkeitsgewährung kam die 1921 von Wilsons Nachfolger, dem Republikaner Warren G. Harding, eingesetzte „Wood-Forbes-Kommission“. Sie erkannte den Fortschritt im Schul- und Gesundheitswesen, Wege- und Brückenbau und den öffentlichen Finanzen an, sprach sich aber wenig günstig über die wirtschaftliche Lage des Landes aus, trotzdem der Außenhandel in den Jahren 1914/20 durchschnittlich 180 Mill. Dollar betrug (gegenüber 100 Mill. Dollar in den Jahren 1909—1913) und die amerikanischen Investitionen seit 1914 (63 725 000 Dollar) jährlich um 9 Mill. Dollar gestiegen waren. Es sei darauf hingewiesen, wie übertrieben das landläufige Urteil ist, daß die amerikanische Wirtschaft angesichts der von Wilson betriebenen Befreiung kein Interesse an einer philippinischen Investierungspolitik hatte. Man wußte sehr wohl, daß auch ein demokratisches State Department die Eigentums-

rechte der amerikanischen Staatsbürger wahren würde. Besonders scharfe Worte fällt die Kommission gegen die von Wilson und Harrison beschrittenen staatssozialistischen Experimente, die 1914 erfolgte Verstaatlichung der Manila-Railway, die Gründung der Philippinischen Nationalbank (1915), die als Anleihe-Institut wirken sollte, die Errichtung eines National Sugar Board, einer National Coal Company und anderer staatlicher Unternehmungen. Ihr Gesamturteil über die Harrison-Administration war vernichtend. Der liberale Geist mißfiel ihr gründlich. Um die amerikanische Stellung zu festigen, verlangte sie eine größere Machtvollkommenheit des Generalgouverneurs und Kassation aller über die Jones-Akte hinausgehende Gewährung von Rechten an die Filipinos. Mit allem Nachdruck betonte sie, „daß die Vereinigten Staaten ein Unrecht begingen, wenn sie die Oberhoheit aufgäben, ihr Heer und ihre Marine zurückzögen und die Insel irgendeiner mächtigen Nation, die ihren fruchtbaren Boden und die Handelsvorteile begehrte, als Beute überließen“.

Die Philippinenpolitik des aus der Geschichte Kubas bekannten Gouverneurs General Leonard Wood muß im Spiegel der großen Ostasienpolitik der Verwaltung Harding und seiner republikanischen Nachfolger gesehen werden. Die Wilsonsche Politik im Fernen Osten hatte mit einer ungeheuren Schwächung der amerikanischen Position geendet. Mit dem Rückzug von der Six Power Loan (1913) hatte sie begonnen. Die Haltung Amerikas zu den 25 japanischen Forderungen gegenüber China vom Mai 1915 und das für jeden national empfindenden Amerikaner unverständliche Lansing-Ishi-Abkommen vom Herbst 1917 waren die weiteren großen Etappen gewesen. Die wirtschaftliche und politische Macht Japans hatte demgegenüber so gefährliche Formen angenommen, daß die Demokraten zu Kriegsende glaubten, den Fernen Osten aufgeben zu müssen. Harding suchte mit aller Gewalt einem weiteren Zurückdrängen des amerikanischen Einflusses im ganzen Fernen Osten wie auf den Philippinen (japanische Einfuhr 1915: 0,7%, 1920: 7%) Einhalt zu gebieten und die Fehler Wilsons zu kompensieren. Auf der Washingtoner Konferenz (1921/22) wurde das Lansing-Ishi-Abkommen außer Kraft gesetzt. Kiautschou wurde an China zurückgegeben und Japan erneut zur Integrität Chinas verpflichtet. Der Viermächtepakt für den Stillen Ozean sah eine Mächtekonferenz im Falle der Veränderung des pazifischen Status quo vor. Dazu kam die Abrüstungskonvention, die eine Schwächung der maritimen Macht Japans bedeutete, aber nur durchgedrückt werden konnte mit der Zusage, daß jede weitere Befestigung der pazifischen Inseln unterbleiben sollte, eine schwerwiegende Einräumung, da die Entfernung Luzons von Formosa nur 300 Seemeilen, die von Guam dagegen rund 2000 Seemeilen beträgt und eine Befestigung der japanischen Mandatsinseln sowieso vertraglich untersagt war.

Getreu seinem Bericht ging Wood an die Arbeit. Der von Harrison aus den Departmentsvorstehern, dem Sprecher des Hauses und dem Präsidenten des Senats gebildete Staatsrat, der unter ihm eine Art Kabinett dargestellt hatte und stets um

Rat gefragt worden war, wurde kaltgestellt. War die Zahl der amerikanischen Beamten auf den Philippinen während der Amtszeit Wilsons von 2148 auf 614 zurückgegangen, so berief Wood zur Aufsicht und Kontrolle der untergeordneten Stellen einen großen Stab von Mitarbeitern, der mit der Begründung, die philippinische Legislatur stelle kein Geld für die Besoldung von Zivilbeamten zur Verfügung, ausschließlich aus Militärs gebildet wurde. Von 1922—1926 wurden von 410 Gesetzesvorschlägen 123 zurückgewiesen. Als Wood sich weigerte, die philippinischen Behörden selbst in den kleinsten Verwaltungsangelegenheiten zu befragen, trat das Kabinett im Juli 1923 zurück. In einer Resolution vom Oktober 1923 bat die Legislatur um Abberufung Woods und ging zur Vorkriegspolitik der Forderung einer sofortigen und absoluten Unabhängigkeit über. Im Januar 1924 trug eine Gesandtschaft Coolidge diesen Gedanken in Washington vor. Coolidge verteidigte seinen Gouverneur und erklärte dem Führer der Delegation, Manuel Roxas, daß eine Unabhängigkeit sowohl aus Gründen der inneren Verhältnisse auf den Philippinen wie der allgemeinen Weltlage eine Unmöglichkeit bedeute. Druck und Gegen- druck brachten eine einheitliche Bewegung zustande, die die volle Loslösung von den USA. verlangte. 1925 und 1926 wies Wood Anträge der Legislatur auf eine Volks- abstimmung über die Unabhängigkeit des Landes zurück und wurde auch hier von Coolidge sekundierte. 1926 ging die Legislatur so weit, einen „Fond zur Förderung der Unabhängigkeitsbewegung“ zu bewilligen, weigerte sich, Gesetze zu behandeln, die vom Gouverneur gewünscht wurden, und versagte die Gelder zur Besoldung der amerikanischen Beamten.

Um den sich immer weiter zuspitzenden Gegensatz zwischen Exekutive und Legislative zu bereinigen, wurde im Frühjahr 1926 Carmi Thompson mit einer neuen Prüfung der Philippinenfrage betraut. Der Thompson-Report, der sich wiederum gegen die Gewährung der Unabhängigkeit aussprach, empfahl drei Hilfsmittel. Er schlug eine Erhöhung der Gehälter der amerikanischen Beamten auf den Philippinen vor, um dadurch den Posten größere Anziehungskraft zu verleihen, die Erweiterung der Macht des Generalzolleinnehmers und die Ernennung eines zweiten Assistenten. Als wichtigsten Schritt empfahl er die Ersetzung der Militärs durch Zivilbeamte. Um diese Zivilbeamten von der philippinischen Legislatur unabhängig zu machen, schlug er ihre Besoldung aus den Steuereinnahmen für philippinische Produkte, die in den Vereinigten Staaten verkauft wurden, vor. Seit 1902 war dieser Fond den Philippinen zurückerstattet worden. In den letzten Jahren hatte er sich auf 600 000 bis 900 000 Dollar jährlich belaufen. Dieser Vorschlag wurde als Kiess-Bill im Repräsentantenhaus eingebracht und von dem Committee on Insular Affairs gutgeheißen. Der Nachfolger Woods († August 1927), Henry F. Stimson, ließ bei seiner Ankunft in Manila verkünden, daß er der Kiess-Bill günstig gegenüberstehe. Auf den Philippinen stieß sie naturgemäß auf ernsten Widerstand. Man erklärte, daß die betreffenden Gelder eine Entschädigung für die

1902 errichteten Vorzugszölle gewesen seien und eine Einziehung des Geldes illegal sei. Dennoch fand man sich bereit, 150 000 Pesos für die neuen Ratgeber zu bewilligen. Stimson erklärte sich zuletzt einverstanden, wenn ein festgesetzter Betrag jährlich gutgeheißen würde. Am 8. August 1928 passierte die sogenannte Belo-Akte die philippinische Legislatur, die 250 000 Pesos jährlich für die zivilen Ratgeber des Gouverneurs bewilligte. Mit der Annahme der Belo-Akte fielen die Anträge im amerikanischen Kongreß.

Wie Wood es wiederholt getan hatte, machte sich Stimson im letzten Jahr der Prosperity noch einmal zum Anwalt einer großzügigen wirtschaftlichen Erschließung. Den Investitionen, die von 1921/28 um jährlich 14 Mill. Dollar gestiegen waren, sollte ein neues Arbeitsfeld erschlossen werden. Den groß angelegten Produktionsplänen von Rohgummi, Kaffee und anderen tropischen Produkten wandte sich als einer der ersten der Gummikönig Harvey Firestone zu. Nach Prüfung der Projekte erklärte er, daß ein Anbau nur unter zwei Bedingungen von ihm in Angriff genommen werden könnte. Eine Änderung der bisherigen philippinischen Landgesetze, die den Landerwerb durch Ausländer auf 2500 Acres beschränkte, sollte garantiert und die Erlaubnis zur Beschäftigung von Kontraktarbeitern erteilt werden. Die Legislatur in Manila wies diese Ansinnen aus wohlverständlichen Gründen zurück. Damit fiel das Interesse Firestones und anderer Unternehmer für Stimsons Wirtschaftsprogramm.

Mit der Depression des Jahres 1929 erhielt die Philippinenfrage eine ernstere Beachtung. Infolge des schlechten Arbeitsmarktes auf den Philippinen und der rosigen Schilderungen der Lage in den Vereinigten Staaten durch die amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften (1) war die Filipino-Einwanderung beträchtlich gestiegen und begann den Arbeitsmarkt in den pazifischen Staaten zu beeinträchtigen [1922 betrug die Einwanderung 339 Köpfe, 1929 11 360¹⁾]. Ihre künftige Zuwanderung war nicht abzusehen, da sie, obwohl keine amerikanischen Staatsbürger, nicht unter den Begriff des „alien“ in der amerikanischen Einwanderungsgesetzgebung fallen. Dieselben Elemente, die vor Jahren die Ausschlußbewegung gegen die Chinesen und Japaner eingeleitet hatten, kämpften jetzt gegen die neuen Eindringlinge. In den Jahren 1927—1929 sprach sich die American Federation of Labor verschiedentlich gegen eine weitere Filipino-Einwanderung aus. Im Mai 1929 erhielt eine dementsprechende Resolution in der kalifornischen Staatslegislatur Gesetzeskraft. Im Januar 1930 wurde eine Ausschließungsbill im House of Congress eingebracht. Als sich ihrer Durchbringung Hindernisse entgegenstellten, schlugen sich ihre Befürworter auf die Seite der Unabhängigkeitsverfechter.

Der stärkste Bundesgenosse erstand den Filipinos in den an der Zuckerfrage interessierten Wirtschaftskreisen. Nachdem sie zuerst eine Änderung der Zucker-

1) Gesamtziffer für 1932: 45 000.

quote hatten erreichen wollen, wobei sie behaupteten, daß der philippinische Zucker durch „cheap labor“ ihre Existenz bedrohte, eine Quote von 500 000 t jährlich aber im House of Representatives als zu niedrig zurückgewiesen wurde, standen sie Anfang 1929 in der Reihe der Unabhängigkeitsbefürworter. Ihnen schlossen sich verschiedene Farmerorganisationen an, die vergeblich für einen Zoll auf Kopra, Kokosnußöl und Hanf gekämpft hatten. Als der Hawley-Smoot-Tarif durchging, ohne ihre Wünsche zu befriedigen, begannen die Vertreter der Agrarstaaten dementsprechende Resolutionen im Kongreß einzubringen. Den größten Beifall fand von den zahlreichen Bills der Vorschlag der Senatoren Hawes (Michigan) und Cutting (New Mexico) vom 5. März 1930, der die Grundlage für die Philippine Independence Bill vom 21. Januar 1933 darstellt. Das Senate Committee on Insular Affairs sprach sich bereits im Sommer 1930 für die Hawes-Cutting-Bill aus, doch verzögerten andere wichtige Fragen der amerikanischen Politik die weitere Behandlung im Plenum. Mehr um der schönen Geste willen, als um sich tatsächliche Informationen für ein gesundes Urteil zu holen, besuchten im Sommer 1931 eine Reihe amerikanischer Abgeordneter die Philippinen. Im September 1931 folgte ihnen der Secretary of War Hurley, um die militärischen Fragen noch einmal an Ort und Stelle zu prüfen. Eine Erklärung Hoovers vom 27. Oktober 1931 ließ das Ergebnis durchblicken. Die künftige Stabilität der Regierung eines unabhängigen philippinischen Staates könne durch die Maßnahmen des Kongresses nicht garantiert werden. Die vorgeschlagenen wirtschaftlichen Maßnahmen würden die Wirtschaft der Philippinen zugrunde richten und die Frage der Unabhängigkeit immer weiter hinausschieben.

Mit Beginn der Lame-Duck-Session im Dezember 1932 wurde die Philippinenfrage in den Brennpunkt der Debatten gerückt. Von den Gegnern der Bill wurde alles versucht, die Gesetzeswerdung zu verhindern. Am 6. November 1932 hatte sich die philippinische Legislatur gegen sie ausgesprochen. Die amerikanischen Marinekreise kritisierten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Zustand eines „flag half-way up and half-way down“, und auch die Exekutive ließ den Kongreß nicht im unklaren, daß sie der Bill feindlich gegenüberstehe. Der Staatssekretär Hurley ging sogar so weit, dem amerikanischen Kongreß die juristische Befugnis abzusprechen, amerikanisches Staatsgebiet aufzugeben. Jedem genauen Kenner der Entwicklung der amerikanisch-philippinischen Handelsbeziehungen war es nicht zweifelhaft, daß dieses Mal die Frage entschieden würde (Einfuhr von Zucker 1931: 50 Mill. Dollar, 1932: 57,3 Mill. Dollar, vom übrigen Ausland wurden in diesen Jahren an Zucker eingeführt 1931: 62,7 Mill. Dollar, 1932: 39,4 Mill. Dollar).

Nach acht Tagen heftiger Debatte im Senat wurde die Hawes-Cutting-Bill am 22. Dezember 1932 mit geringen Abänderungen angenommen. Ihm folgte das Repräsentantenhaus am 29. Dezember 1932. Über den treibenden Grund für die Annahme herrschten keine Widersprüche. Senator Copeland (New York) erklärte im

Lauf der Debatten, „the workmanship of the bill is selfish and sordid“, Senator Pittman (Nevada) stellte fest, „that the whole debate has degenerated into a basically selfish discussion“ und Hawes selber fühlte sich gemüßigt, den „disgraceful saccharine flavour“ festzunageln. Wenn sich eine Zahl von Senatoren und Commons fand, die für diese Bill, „that unsavory pie in which every sugary and oily finger in the Senate has been thrust (N. Y. Herald vom 13. 12. 32)“, als Ganzes stimmten, so sehr ihnen die Beweggründe und die daraus entstehenden wirtschaftlichen und vor allem außenpolitischen Folgen mißfielen, so spielte bei ihnen vor allem die Angst mit, daß der nächste Kongreß noch weitergehende Entschlüsse fassen könnte.

Die Bill bestimmt, daß innerhalb von zwei Jahren ein Nationalkonvent der Philippinen eine Verfassung ausarbeiten soll, die dem Volk der Inseln zur Annahme unterbreitet wird. Die Annahme dieser Verfassung soll die Zustimmung zur Unabhängigkeit bedeuten. Nach diesem ersten Akt soll eine zehnjährige Übergangsperiode beginnen, während welcher die Militärbesetzung der Inseln fortbesteht und ein Oberster Kommissar in Manila noch eine Reihe von Befugnissen ausübt. Die Einwanderung aus den Philippinen nach den Vereinigten Staaten soll auf 50 Personen im Jahr, die zollfreie Einfuhr von raffiniertem Zucker aus den Philippinen auf 50000 t, von Rohzucker auf 800000 t, von Palmöl auf 200000 t, von Hanf auf 3 Mill. lbs. im Jahr beschränkt werden. Während der zweiten Hälfte der Übergangsperiode soll die philippinische Regierung berechtigt sein, auf die nach den Vereinigten Staaten gerichtete Ausfuhr eine Exportabgabe in Höhe von 5—25% der amerikanischen Zolltarifsätze zu erheben. Nach Ablauf der Übergangsperiode wird die Inselgruppe formell völlig unabhängig. Die Vereinigten Staaten behalten jedoch das Recht, Flottenstationen auf den Inseln zu unterhalten. Der Freihandel zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen hört auf. Die Vereinigten Staaten werden sich dafür einsetzen, daß die Inseln durch einen internationalen Vertrag neutralisiert werden.

Wie erwartet, legte Hoover sein Veto gegen dieses Gesetz ein und ließ zur Bekräftigung seines Standpunktes die Gutachten der Staatssekretäre für Auswärtiges, Krieg, Handel und Landwirtschaft veröffentlichen. Ohne Beschönigung hielt er dem Lobby und ihren parlamentarischen Zuppferden die materiellen Motive vor Augen. Die Unabhängigkeit dürfe nicht gegeben werden, wenn sie, wie die Bill es tue, das Land in wirtschaftliches und soziales Chaos führe, das das geordnete Regiment auf den Philippinen zerstöre und die langwierige Arbeit Amerikas, das Land zur Demokratie zu erziehen, zuschanden mache. Denby, ein Mitglied der 1. Philippinenkommission McKinleys, hat, aller Gefühle von „moral mandate“ und „manifest destiny“ bar, einmal mit Bezug auf die Frage dieser Inselgruppe gesagt: „Die nüchterne praktische Frage bleibt: Wird der Besitz dieser Inseln uns als Nation einen Nutzen einbringen? Wenn sie es nicht tun, gebt ihnen morgen die Freiheit und laßt ihre Völker, wenn es ihnen Spaß macht, sich gegenseitig die Häse ab-

schneiden.“ Die amerikanischen Wirtschaftsinteressen sahen den Nutzen nicht mehr. Hoover ist stets weit davon entfernt gewesen, sich für die Rechte anderer Völker einzusetzen, wenn diese den amerikanischen Interessen zuwiderliefen. Dieser Zug Woodrow Wilsons war ihm fremd. Er war gegen die Gewährung der Unabhängigkeit, weil der Nutzen der Philippinen für die USA. als Gesamtheit seiner Meinung nach noch größer war als der wirtschaftliche Nachteil gewisser amerikanischer Wirtschaftskreise. Den fraglichen militärischen Nutzen für die USA. übersah er nicht. Die Mannschaftsstärke zur Verteidigung der Philippinen wird heute von amerikanischen Marinekreisen auf 250 000 Mann geschätzt, mehr als die Friedensstärke des amerikanischen Heeres (1). Zudem ist man überzeugt, daß im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges die Japaner sofort versuchen werden, die amerikanischen Samoa-Inseln und Guam in ihren Besitz zu bringen und so die Philippinen isolieren, wodurch ihre Verteidigung äußerst fragwürdig wird. Für Hoover spielte neben dem prestigepolitischen Verlust die Möglichkeit einer japanisch-chinesischen Durchdringung dieser Inseln, die eine Einbuße der Machtposition der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean bedeutet, eine Rolle. „Das Eindringen der überflüssigen Bevölkerung benachbarter orientalischer Länder gefährdet die künftige Stabilität der Philippinen. Viele dieser Rassen sind in der wirtschaftlichen Tätigkeit aktiver als die Bevölkerung dieser Inseln, und ihr Eindringen wird eine dauernde Unruhe bringen. Auch hat der imperialistische Geist und die Ausbeutung fremder Völker durch andere Rassen noch nicht sein Ende gefunden.“

Tatsächlich werden die Gefahren, die durch die japanische wie auch die chinesische Einwanderung auf den Philippinen für das dortige Volkstum entstehen, meistens in zu hellen Farben geschildert.

Die Zahl der Japaner, die sich jeder Vermischung mit den Eingeborenen fernhalten, wird heute auf rund 19 000 angegeben. Sie sind Handwerker, Landarbeiter und Fischer, keine Händler, 12 000 von ihnen leben geschlossen in der Kolonie Davao, in der südöstlichen Ecke Mindanaos. Sie bilden das besondere Augenmerk der japanischen Regierung. Alle Vorzüge moderner Einrichtungen, Krankenhäuser, Schulen usw. finden sich hier. Zwei Dampfschifflinien halten den wöchentlichen Verkehr von Davao nach Japan aufrecht. Von geringerer Bedeutung in seinem politischen Aspekt ist der chinesische Einfluß, wenn er auf das soziale und wirtschaftliche Leben zur Zeit auch stärker wirkt als das japanische Element. Die Zahl der Chinesen auf den Philippinen beträgt 125 000, dazu 75 000 Mischlinge. 70 bis 80% des Kleinhandels in den Küstenstädten und ein großer Teil des Handels im Lande ruht in ihren Händen. Die gesamte Reisindustrie, der Automobiltransport, die Sägemühlen und ein großer Teil der Holzindustrie wird von ihnen finanziert. Das chinesische Kapital ist ungefähr ein- und ein halbmals so groß wie das amerikanische (100 Mill. Dollar). Seit 1902 gilt das amerikanische Chineseneinwanderungsgesetz auch für die Philippinen. Infolge der schlechten Durchführung kommen jedoch heute noch jährlich große Mengen von Chinesen ins Land. Die Frage, wie Manila sich zu den Chinesen stellt, ist eines der wichtigsten internen Probleme. Wie stark die japanisch-chinesische Gefahr in offiziellen Kreisen in Manila gesehen wird, zeigen Äußerungen des Nachfolgers Stimson, des Generalgouverneurs G. W. Davis. In seiner jährlichen Botschaft an den Kongreß vom Jahre 1930 bezeichnet er Mindanao als Land der unbegrenzten Möglichkeiten, „a treasure-house of national wealth — with the door kept carefully locked“. 1931 heißt es: „The promises are slowly being fulfilled, the door unlocked but not by us.“

Übertrieben sind alle Pressekommentare, die glauben, aus dem Rückzug des Generalgouverneurs von den Philippinen eine zukünftige bedeutsame Besserung der Beziehungen zwischen Washington und Tokio ablesen zu können. Nicht die Gewährung der Unabhängigkeit ist das letztlich entscheidende Moment für die Annäherung der beiden Staaten, sondern die Aufgabe der amerikanischen Flottenstützpunkte. Diese aber werden selbst im Falle einer Unabhängigkeit des Landes beibehalten. Wer die japanischen Manöver in der Mandschurei und Nordchina ins Auge faßt und daran denkt, daß der Viermächtepakt für den Stillen Ozean im Dezember 1936 abläuft, wird die Worte Hoovers über die wachsenden Gefahren dieses Weltteils für den internationalen Frieden verstehen können. Daß Japan — die Macht, auf die es in erster Linie ankommt — sich einem Neutralitätspakt für die Philippinen entgegenstellen wird, solange die Amerikaner Flottenstützpunkte aufrechterhalten, dürfte keine Verwunderung erregen. Hoover hat mit Recht dem Kongreß die Frage vorgelegt, was denn geschehen solle, wenn eine fremde Macht die Unabhängigkeit der Inseln antaste. Es zeigt, wie stark doch letzten Endes der Kongreß die Vorstellungen Hoovers durchdachte, wenn er an der Frage vorüberging, ob die Vereinigten Staaten Garant der Philippinen seien oder nicht.

Diese Vorstellungen Hoovers waren nicht von Erfolg gekrönt. Seine Botschaft wurde am 13. Januar 1933, zwei Stunden nach dem Eintreffen im Repräsentantenhaus, mit 274 gegen 94 Stimmen zurückgewiesen. Am 17. Januar erklärte sich auch der Senat, nachdem so verschiedene Männer wie Borah, Lafollette und Bingham für die Bill gesprochen hatten, zu seinem ursprünglichen Entschluß. Damit erhielt die Hawes-Cutting-Bill Gesetzeskraft.

Nicht vergessen werden darf, daß durch die Philippine Independence Act ein anderer amerikanischer Wirtschaftszweig geschädigt wird. Im Jahre 1931 wurden 46% des Handels zwischen den Philippinen und Amerika von amerikanischen Dampfschiffahrtslinien getätigt. Daß dieser Einnahmebetrag (annähernd 120 Mill. Dollar) stark sinken wird, steht außer Frage. Die Eigentumsrechte der amerikanischen Bürger und Gesellschaften werden durch das Gesetz nicht beeinträchtigt¹⁾. Moralisch ist die amerikanische Regierung verpflichtet, für diese Sorge zu tragen. Die Militärausgaben für die Philippinen (1931: 12,6 Mill. Dollar) werden bleiben.

Das Gesetz vom 17. Januar 1933 hat eine Spaltung der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung hervorgerufen. Nachdem im August 1933 beide Kammern

1) Die letzte Schätzung der amerikanischen Investitionen auf den Philippinen ist die des Bureau of Insular Affairs vom Januar 1932. Sie gibt an: Bonds 113 985 000 Dollar (zum größten Teil Regierungsanleihen, Aktien der Manila Railroad und Philippine Railway, ungefähr 30 Mill. Dollar in Telephon, Autobus und Radio); Grundbesitz und Weideland: 12 104 000 Dollar (keine Gesellschaft besitzt mehr als 2500 ac.); Ackerbau: 10 616 000 Dollar; Bergbau: 2 609 000 Dollar; Wald- und Holzwirtschaft: 6 500 000; Industrie: 35 474 000 Dollar (28 Mill. Dollar in der Zucker-, 8 Mill. Dollar in der Kokosnußindustrie); Handel: 30 487 000 Dollar, Bank: 837 000 Dollar (1931 nur eine einzige amerikanische Bank vorhanden). Sonstige Investitionen: 45 179 000 Dollar. Zusammen 257 751 000 Dollar.

sich noch für eine sofortige Trennung aussprachen und die wirtschaftlichen Gefahren mit rosigem Optimismus betrachteten, hat in den darauffolgenden Monaten unter der Führung von Manuel Quezon ein behutsamer Kurs die Oberhand gewonnen. Die Legislatur sprach sich Anfang Oktober entgegen den ursprünglichen Erwartungen gegen die Akte in ihrer bestehenden Form aus und beauftragte eine neue Mission nach Washington. Roosevelt, auf den man in Manila die größten Hoffnungen setzt, ist ihrem Wunsch willfahren und hat in einer Sonderbotschaft vom 2. März 1934 den Kongreß ersucht, die Frist für die Annahme der Akte durch die philippinischen Kammern um ein weiteres Jahr zu verlängern. Was dieses bringen wird, ist schwer zu sagen. Am wenigsten wahrscheinlich ist — was die Filipinos erhoffen —, daß der Kongreß die Fragen in ihrem gesamten Umfang erneut aufrollen wird.

- Ball, Eleanor: Independence for the Philippines. The Reference Shelf Vol. 5, No. 3. Reprints of Selected Articles, Briefs, Bibliographies, Debates. 129 S. New York 1927.
- Barrows, David P.: History of the Philippines. Rev. Ed. 406 S. New York 1925.
- Buell, Raymond L.: Philippine Independence. Foreign Policy Association Information Service. 40 S. April 1930.
- Forbes, W. Cameron: The Philippine Islands. 2 Bde. New York 1928.
- Johnston, J. E.: Independence for the Philippines. New York 1924.
- Fernandez, Leandro H.: The Philippine Republic. Columbia Studies in History, Economics and Public Law. Vol. 122. 202 S. New York 1926.
- Hart, Robert W.: The Philippines Today. 192 S. New York 1928.
- Hawes, Harry B.: Philippine Uncertainty. An American Problem. XVII, 360 S. New York, London 1932.
- , Independence for the Philippines. University of North Carolina Extension Bulletin. Vol. X, No. 5. Jan. 1931. 94 S. Chapel Hill, N. C. 1931.
- Lasker, Bruno: Filipino Immigration to Continental U. S. and to Hawai. XXII, 445 S. Chicago 1931.
- Laurel, José P.: Local Government in the Philippine Islands. Manila 1926.
- Laubach, Frank C.: The People of the Philippines. 515 S. New York 1925.
- Lenk, Siegfried: Die Bevölkerung der Philippinen. Eine anthropogeographische Untersuchung. Leipzig 1932.
- Mayo, Katherine: The Isles of Fear. The Truth about the Philippines. XII, 372 S. London 1925.
- Reyes, José S.: Legislative History of America's Economic Policy toward the Philippines. New York 1923.
- Roosevelt, Nicholas: The Philippines. A Treasure and a Problem. 315 S. New York 1927.
- Roosevelt, N. and Roxas, M.: The Philippines. Foreign Policy Association Pamphlet No. 64. 1930.
- Roxas, M.: Independence for the Philippine Islands. Hearings before the Committee on Territories and Insular Affairs. U. S. Senate 71. Cong. 2. Sess. 32 S. Washington 1930.
- Storey, Moorfield and Lichauco, Marcial P.: The Conquest of the Philippines by the U. S. 1898—1925. 274 S. London 1926.
- Tuckermann, Walter: Die Philippinen. Ein kulturgeographischer Rück- und Ausblick. 120 S. Leipzig 1926.
- Williams, D. R.: The U. S. and the Philippines. 335 S. Garden City. New York 1926.
- Worcester, Dean C.: The Philippine Past and Present. New Edition in one volume by Ralston Hayden. 839 S. New York 1924.

MARC. R. BREYNE:

Das Eingeborenennenproblem in Südafrika

Einiges über die Ursachen und die Lösung durch die Segregation¹⁾

Das Problem des schwarzen Mannes in Südafrika ist zweifellos die schwierigste der vielen heiklen Aufgaben, deren Lösung sich die Regierung am Kap gestellt hat. Die Wurzeln dieses Problems verzweigen sich tief in die Lebens- und Interessensphäre des südafrikanischen Volkes mit ihren drei Hauptgebieten: Politik, Soziale Bedingungen und Wirtschaft. Eine Lösung auf den beiden letzten Gebieten würde ohne weiteres die Lösung auch in der Politik bringen.

Wird sich mit der Zeit ein Ausgleich zwischen Weiß und Schwarz finden lassen? Wer mit südafrikanischen Verhältnissen weniger vertraut ist, wird sich schwer den Unterschied zwischen den Begriffen „Eingeborener“ und „Farbiger“ vorstellen können. Für viele mögen sie dasselbe bedeuten; und doch sind sie scharf voneinander zu trennen, denn sie spielen in ihrer besonderen Bedeutung innerhalb der südafrikanischen Gesetzgebung eine wesentliche Rolle. In den Gesetzentwürfen, die der Premierminister General Hertzog 1926 eingebracht hat, werden diese Begriffe folgendermaßen umschrieben:

Farbiger (kleurling, coloured) ist den Gesetzen nach jemand, der in der Union wohnt, weder Weißer noch Eingeborener und auch nicht Asiat ist. Mitglied dieser Menschenrasse ist z. B. der „Slamaier“, ein Mischlingstyp, den man am Kap trifft und der meistens von malaiischen Sklaven abstammt. Das Wort Slamaier bringt in seiner Zusammensetzung von Islam und Malaie dies deutlich zum Ausdruck.

Eingeborener (naturel, native) ist jedes Mitglied eines Eingeborenienstammes oder einer Eingeborenenrasse Afrikas, sowie auch jeder, dessen Vater oder Mutter noch Mitglied eines solchen Stammes war oder ist.

Wie notwendig diese deutliche Trennung in Südafrika ist, geht daraus hervor, daß die Farbigen, die in der Kapprovinz bereits in den meisten Berufen als Anwärter tätig sind, ja sogar politische Rechte besitzen, in Transvaal und im Freistaat den Gesetzen nach einfach als Eingeborene (natives) behandelt und somit auf Grund der Farbengrenze (colour Bar) in den Handwerkerstellen nicht geduldet werden. In den jetzt vorliegenden Gesetzentwürfen zur Lösung des Eingeborenennenproblems wird der Farbige dem Europäer gleichgestellt und somit auch außerhalb der Kapprovinz Rechte erhalten, die er bis jetzt nicht besaß. Für den Eingeborenen soll das Prinzip der Segregation, d. h. der Trennung und Getrennthaltung von Weiß und Schwarz angewandt werden. Der Neger wird dadurch im Kapland Rechte einbüßen, z. B. das Wahlrecht, die er dort infolge der englischen Eingeborenennenpolitik bereits seit 1872 besitzt.

1) Die Ausführungen dieses Aufsatzes beruhen meistens auf den Ergebnissen des Berichtes der Native Economic Commission von 1932.

Die verschiedenen Rassen verhalten sich in Südafrika zahlenmäßig wie folgt:

Jahr	Gesamtbevölkerung	Europäer	Eingeborene	Asiaten	Mischlinge usw.
1911	5 978 394	1 276 242	4 019 006	152 203	525 943
1921	6 928 580	1 519 488	4 697 813	165 731	545 548
1931	8 132 600	1 829 300	5 519 500	191 400	592 400
1933 ¹⁾	8 369 200	1 889 500	5 681 100	196 400	602 200

Während die europäische Bevölkerung in der Union ziemlich gleichmäßig über das ganze Gebiet verteilt ist und sich vorwiegend in den Städten anhäuft, lebt die Hauptmasse der Eingeborenen im östlichen Küsten- und Binnenland (östliche Kap-provinz und Natal). Einen Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung sowie über die örtliche Verbreitung der Eingeborenen gibt uns folgende Tabelle²⁾:

Provinzen	1904		1911		1921		1931 (schätzungsweise)	
	Ein- geborenen- zahl	Prozent- satz d. ges. Bevöl- kerung	Ein- geborenen- zahl	Prozent- satz d. ges. Bevöl- kerung	Ein- geborenen- zahl	Prozent- satz d. ges. Bevöl- kerung	Ein- geborenen- zahl	Prozent- satz d. ges. Bevöl- kerung
Kapland . .	1 424 787	59,12	1 519 939	59,26	1 640 162	58,94	1 841 700	—
Natal . . .	904 041	81,54	953 398	79,85	1 139 804	79,74	1 343 300	—
Transvaal . .	937 127	73,79	1 219 845	72,34	1 495 869	71,65	1 806 100	—
Or. Freistaat .	225 101	58,12	325 824	61,69	421 978	67,11	528 400	—
Union . . .	3 491 056	67,45	4 019 006	67,28	4 697 813	67,80	5 519 500	67,87

Die Hauptwohngebiete der Negerbevölkerung sind: im Kapland die sog. Native Territories (Transkei, Glen Grey, Herschel) sowie eine Anzahl östlicher Distrikte um King Williamstown herum. Die letztgenannten Gebiete weisen die dichteste Bevölkerung auf.

Eingeborenen-Bevölkerung pro Quadratmeile

	1911	1921
Im Kapland	5,49	5,92
Distrikte um King Williamstown . . .	71,77	70,01
In Natal	27,02	32,30
In Zululand	20,62	24,06
Übrige Teile	29,71	35,76
Transvaal	11,04	13,54
Witwatersrand	155,50	169,20
Oranje-Freistaat	6,47	8,37
Union	8,50	9,93

Wie aus der obigen Tabelle ersichtlich, sind in Natal ungefähr ein Viertel der Negerbevölkerung im Zululand ansässig, obwohl die Bevölkerungsdichte im Zulu-land nicht so groß wie in den übrigen Teilen dieser Provinz ist. In den übrigen Teilen sind die Neger fast gleichmäßig über die verschiedenen Distrikte verbreitet.

1) Schätzungsweise. 2) Aus dem Official Yearbook of the Union of South Africa 1931/32, Nr. 14.

In Transvaal wohnen die meisten Eingeborenen in den Stadtgebieten des Witwaterrandes. Sie weist die größte Bevölkerungsdichte des gesamten Uniongebietes auf. Außer am Witwaterrand sind die Eingeborenen hauptsächlich in den nördlichen Teilen Transvaals, im sog. „Bosveld“ ansässig.

Im Oranje-Freistaat wohnen die Eingeborenen in der Mehrzahl in den zentralen und östlichen Distrikten (Ficksburg, Thaba 'Nchu, Ladybrand), hauptsächlich an der Grenze des Basutolandes.

Rechnet man zu der Gesamtzahl der Eingeborenen der Union auch noch die Neger der Basuto- und Swasilandprotektorate sowie des Betschuanalandes, die der britischen Regierung unmittelbar unterstellt sind, hinzu, so steigt ihre Zahl innerhalb Südafrikas auf über 70% der Gesamtbevölkerung.

Da die geschichtliche Entwicklung in den einzelnen Teilen der Union verschieden war, besitzt der Neger keine einheitlichen Rechte in Südafrika. Dieser örtlichen Verschiedenheit des Eingeborenenproblems — eine naturgemäße Folge der inneren Struktur des Landes — muß Rechnung getragen werden. Bei der Betrachtung der Negerfrage in Südafrika gehen wir von der Annahme aus, daß der Weiße eine Berechtigung hat, diesen Lebensraum in Anspruch zu nehmen; er kann in Ausschöpfung dieses Lebensraumes nicht auf diese Berechtigung zugunsten der Farbigen verzichten. Andererseits stehen wir auf dem Standpunkt — der auch von der gegenwärtigen Regierung in Südafrika anerkannt wird —, daß die farbigen Volksteile durch Erziehung in das Verständnis der heute einmal gegebenen Voraussetzungen hineinwachsen und ihnen die Rechte, die man ihnen auf die Dauer nicht vorenthalten kann, entsprechend der steigenden Einsicht gewährt werden müssen.

Zum richtigen Verständnis des Eingeborenenproblems ist eine genaue Kenntnis des Stammeslebens sowie der tief eingewurzelten Sitten und Gebräuche der Bantu unbedingt erforderlich.

Bei jedem primitiven Volke ist die Gefahr, die am stärksten sein Leben bedroht, stets die Hungersnot. Erfahrungen und Überlieferungen haben innerhalb des Stammes zu Gebräuchen und Handlungen geführt, die ihrem Glauben nach die größte Gewähr bieten, die Stammesmitglieder vor dem Hungertod zu bewahren. So wird zu von den Stammesältesten bestimmten Jahreszeiten zuerst das Feld des Häuptlings bearbeitet. Dies gilt als Zeichen für die anderen, mit der Landarbeit gleichfalls zu beginnen. Um nunmehr eine gute Ernte zu sichern, wird der Zauberer oder der „Dolosgooier“ zu Hilfe gerufen, der unter Gebets- und Zaubersformeln irgend etwas auf dem Acker anzündet. Hiermit ist alles getan, was menschlich möglich ist, um eine gute Ernte zu gewährleisten. Der an die Stammes- tradition gebundene Neger ist konservativ und gegen jegliche Neuerung eingestellt. So werden Verbesserungen landwirtschaftlicher Methoden nur selten eingeführt,

weil sie möglicherweise eine Mißernte nach sich zögen und außerdem gegen die Überlieferungen und Gebräuche der Vorfahren verstoßen würden.

Im Stammesleben des Negers bestehen keine Standesunterschiede außer denen zwischen dem Häuptling, seinen Angehörigen, den Ratsmännern und dem Rest des Volkes. Es wäre also ungebührlich, z. B. mehr Besitz als sein Vorgesetzter zu erwerben. In solchem Fall wurde der Betreffende in früherer Zeit „ausgeräuchert“, d. h. durch den Zauberer angedeutet, und meistens mit dem Tode bestraft: damit der Geist der Tüchtigkeit, der ihm innewohnt, gleichmäßig dem ganzen Volke zugute komme. Unter den Eingeborenen bildet die Geisterverehrung, hauptsächlich die der Ahnen, auch heute noch die Grundlage ihrer Religion. Geister können gut- oder böseartig sein, deswegen muß alles getan werden, um sie zu versöhnen, denn sie haben die Macht, die Gemeinschaft mit allerlei Plagen heimzusuchen. Methoden und Gebräuche, die von denen der Ahnen abweichen, sind vom Bösen, sie bedeuten Zauberei mit Hilfe böser Geister, wogegen eingeschritten werden muß.

Der Geisterverehrung nahe verwandt ist beim Neger der Begriff seines Viehs. Der ökonomische Begriff des Europäers im Sinne von Milch-, Zug- und Schlachtvieh ist dem Eingeborenen völlig fremd. Tiere werden außer bei rituellen Gelegenheiten niemals zu Nahrungszwecken geschlachtet. Vieh ist ein Unterpand früherer Generationen und somit geheiligter Besitz. Kein sonstiges Besitztum kann dem Vieh gleichgestellt werden. Viehbesitz, d. h. die Zahl, nicht der Wert, bestimmt die wirtschaftliche Lage der Familie. Zuwachs an Tieren erhöht auch die Zahl der Frauen und bedeutet somit einen größeren Hausstand, der abermals der Gemeinschaft Ansehen und Kraft verleiht.

Lobolo ist der Brautschatz, der dem Vater der Braut vom Bräutigam bezahlt wird. Es ist in einem gewissen Sinne eine Entschädigung für den Verlust eines Mitgliedes, das den Stand und den Wert der Familie zu erhöhen vermag. Aus diesem Grund ist Geld kein eigentliches Lobolo. Nur Vieh, das sich vermehren kann, darf für eine Frau, die ebenfalls die Familie zu vermehren vermag, bezahlt werden. Im Lobolo liegt jedoch noch eine tiefere Bedeutung als nur die der bloßen Entschädigung verborgen. Rituell betrachtet ist es die formelle Bekräftigung der Heirat. Lobolo bestimmt die Gültigkeit der Heirat und folglich die Gültigkeit der Nachkommen. Die Auslieferung der Tiere genügt nicht. Einzelne davon müssen rituell geschlachtet werden, um auf diese Weise die Geister der Ahnen mit der Vermischung des Viehbestandes zweier einander fremder Familien zu versöhnen. Vom Gebrüll oder Gestöhn des geschlachteten Tieres wird die Zustimmung der Geister hergeleitet.

Die soziale Organisation der Eingeborenen innerhalb der Stammesverwandtschaft kennt eine endgültige Einteilung der Arbeit. Die Verpflichtungen des Mannes sind: Verteidigung, Jagd, Hüttenbau und Viehpflege; die der Frau: Haushaltung, Kinderpflege und Ackerbau. Individueller Grundbesitz ist dem Ein-

geborenen fremd. Der Stamm lebt im Kommunismus; der Boden wird zur Nutzung vom Häuptling angewiesen. Werden die Erzeugungsmöglichkeiten des Bodens geringer, so wird um Zuteilung von weiterem Land ersucht. Obwohl man im allgemeinen nicht sagen kann, daß der Häuptling ein Autokrat ist, besitzt er doch zweifellos sehr großen Einfluß auf seine Gefolgschaft — eine Tatsache, die als wertvoller Anknüpfungspunkt zur weiteren Erziehung des Negers in Südafrika dienen könnte.

Außer der Autorität des Häuptlings ist die väterliche Macht ein einflußreicher Faktor im Familienleben des Eingeborenen. So lange der Vater lebt, bleiben seine Kinder und Kindeskinde seiner Rechtsprechung unterstellt. Seine Kinder, abermals Familienväter, üben wiederum dieselben Rechte über ihre eigene Nachkommenschaft aus.

Das so organisierte Stammesleben der Bantu war in der Lage, in allen Vorkommnissen Vorsorge zu treffen. Es gab ein Mittel gegen jedes Übel, feste Gebräuche und Richtlinien waren für jedes gemeinschaftliche Problem vorgeschrieben. Die Funktion eines jeden Mitgliedes war festgesetzt; für jedes sowohl natürliche als übernatürliche Ereignis konnte eine Erklärung gegeben werden. Dieses System hemmt natürlich jede Entwicklung zu europäischen Zivilisationsformen. Hierin liegt eigentlich der Schwerpunkt des Problems von Schwarz und Weiß in Südafrika. Der europäische Einfluß vermochte die soziale Ordnung der Bantu im Laufe der Zeit nur in bestimmtem Maße zu erschüttern und umzuändern¹⁾.

Wo die Stammesordnung für alle Ereignisse Lösungen wußte, hat der Weiße Verwirrung gebracht. Die Europäer haben das Land, zu dem die Eingeborenen in Zeiten der Dürre mit ihrem Vieh hinzogen, in Besitz genommen. Zugleich ist Friede ins Land gekommen, und die besseren Verkehrsmittel haben der Gefahr einer Hungersnot Einhalt geboten. Dieses hat nun wieder ein Anwachsen der Eingeborenenbevölkerung zur Folge gehabt. In demselben Sinn wirkte die ärztliche Hilfe, die den Eingeborenen in heimgesuchten Gebieten zuteil wurde. Viehharznei und Bekämpfung der Viehkrankheiten haben die Sterbeziffern sehr herabgemindert; die Quarantäne der verseuchten Gegenden hat die Märkte begrenzt und dem Eingeborenen reichlich Gelegenheit geboten, seinen Viehbestand schrankenlos zu erweitern. Unter normalen Umständen hätte das die Ernährungsmöglichkeiten des Volkes verbessern müssen. Tatsächlich zeigte sich jedoch das entgegengesetzte Ergebnis: Die Reservate und Eingeborenengebiete sind heutzutage überstockt, wertvolle Grasarten kommen selten zur Reife, und die kahl gefressenen Felder sowie die Fußwege von Mensch und Tier fördern nur die Erosion.

1) Vgl. hierzu den Aufsatz von Colin Ross: *Eroberung der Arktis?* in Heft 4 dieses Jahrgangs, Seite 240 ff. Er berichtet von der Einsicht der kanadischen Regierung: daß die Lebensweise der Eskimo der Landschaft angepaßt und daher der der Europäer überlegen ist.

Die Schriftleitung.

Der Viehbesitz der Eingeborenenbevölkerung Südafrikas betrug 1930:

Rinder.....	5 401 559	Ziegen.....	4 303 589
Pferde.....	417 682	Schweine.....	446 114
Schafe.....	5 207 881		

Bereits früher hat man Neger für die Industrieunternehmungen und Minen gewonnen; der Drang nach Geld hat seitdem große Scharen von ihnen in die Städte und in die europäischen Ansiedlungen gelockt. In dem Maße, wie die oben-erwähnten Zustände in den Reservaten sich änderten, in dem Maße, wie die Entwurzelung fortschritt, sind stets größere Mengen in die Städte gewandert; die europäischen Wohngebiete haben allmählich begonnen, einen Teil der schwarzen Bevölkerung zu ernähren.

Zu Anfang eignete sich der Neger nur für die gröbste Handarbeit, die in den Minen reichlich vorhanden war. Der notwendige Bedarf an billigen Arbeitskräften konnte restlos befriedigt werden. Dies war für beide Rassen von Vorteil. Für die Weißen, indem sie billige Arbeitskräfte erhielten, und für die Schwarzen, indem sie Arbeit fanden, sich eine Existenz sicherten und mit den Methoden der Europäer vertraut wurden.

Die große Einwanderung in die Städte hat jedoch ein neues Problem heraufbeschworen. In erster Linie mußten die Eingeborenen Unterkunft finden; damit wurde die Gefahr der unhygienischen Wohnviertel (Slums) akut. Das Lokationssystem wurde daraufhin gesetzlich eingeführt; mittels Paßvorschriften versuchte man die Zahl der zuwandernden Eingeborenen einzuschränken. Die Folgen waren befriedigend; aber schließlich ist das Problem der Negerwohnviertel zwar wichtig, aber doch nur sekundärer Natur. Anfangs erfolgte die Arbeit der Neger nur unter Aufsicht geschulter und halb geschulter Europäer. Das war eine natürliche Arbeitseinteilung, denn die Weißen hatten dazu das Kapital sowie auch die Kenntnisse und Methoden geliefert und führten außerdem einen sehr hohen Lebensstandard, der nur durch große Löhne gewahrt werden konnte. Die Schwarzen ihrerseits hatten nur ihre für ungeschulte Arbeit geeignete körperliche Kraft beigesteuert. Ihre Lebenshaltung war sehr niedrig, und ihre geringen Bedürfnisse konnten sie mit ihrem kleineren Lohn reichlich befriedigen. In dem Maße, wie die Bevölkerung wuchs und eine verhältnismäßig kleine Zahl Eingeborener höhere Fähigkeiten erwarb, gab es nicht mehr genug Beschäftigung für geschulte Kräfte der Weißen. Eine bestimmte Zahl Europäer niedriger Intelligenzstufe sank allmählich zu den tieferen Schichten herunter, wo sie nunmehr mit den Eingeborenen in Wettbewerb traten. Diese Klasse Menschen würde in Europa die Tagelöhner und allgemeinen Arbeitermassen stellen. In Südafrika stehen diese Weißen mit ihren höheren Lebensansprüchen und demzufolge notwendigen höheren Löhnen nunmehr im Wettbewerb mit den Schwarzen, die infolge ihrer niedrigen Lebenshaltung fähig sind, dieselbe Arbeit für bedeutend kleinere Löhne zu leisten. Eine natürliche

Arbeitsverteilung zwischen Weiß und Schwarz ist demnach nicht mehr möglich. Auf der anderen Seite ist es zweifellos unerwünscht, das Ideal eines Minimum-Lebensstandards des Weißen zu verneinen.

Wo nun der Lohnunterschied bedeutend ist, die Fähigkeit und Arbeitskraft zwischen Weiß und Schwarz dagegen nicht so groß, ist die natürliche Folge, daß der Arbeitgeber dazu neigt, mehr und mehr Eingeborene in seinen Dienst einzustellen. Dies trägt dazu bei, die Klasse der sogenannten „Armen Blanken“, der arbeitslosen Weißen, zu vergrößern. Die Berührung mit den Europäern hat nach und nach die Lebenshaltung der ständig in den Städten wohnenden Eingeborenen erhöht. Eine größere Verschiebung ist in seiner Ernährung bereits eingetreten; die Raumbeschränktheit in den Städten und Lokationen hat zu Erholungs- und Entspannungsbedürfnissen geführt. Nicht zuletzt sei noch auf das verständliche Streben des Negers nach den höheren Löhnen des Europäers hingewiesen.

Eine andere Erscheinung, nämlich die stets zunehmende Zahl Eingeborener, die periodenweise aus den Reservaten in die Städte zur Arbeit kommen, ist nicht ohne Bedeutung. Das überstarke Angebot auf dem Arbeitsmarkt wirkt natürlich herabdrückend auf die Löhne der Neger, die in den Städten ansässig sind. Ob diese Zuwanderer nun Arbeit finden oder nicht, ist für sie von geringer Bedeutung; denn infolge der kommunistischen Lebensanschauung im Stammesleben müssen sie stets durch Stammes- und Rassengenossen ernährt und untergebracht werden. Das Überangebot übt nicht nur einen verhängnisvollen Einfluß auf die Höhe der Löhne aus, sondern hindert auch den Eingeborenen, sich bestimmte Fachkenntnisse anzueignen.

Die periodische Zuwanderung in die Städte zu beschränken oder zu verbieten, wäre unpraktisch und würde nur Verwicklungen und Unzufriedenheit nach sich ziehen. Eine Lösung dieses Problems muß jedoch gefunden werden. Folgende Vorschläge sind dazu bereits an die Hand gegeben worden:

a) Repression, d. h. die Eingeborenen künstlich niederzuhalten. Diese Lösung kommt für Südafrika nicht in Frage.

b) Assimilation, d. h. völlige Verschmelzung beider Rassen sowie völlige politische und soziale Gleichstellung. Dieser Schritt entspricht nicht den Idealen beider Rassen.

c) Anpassung, d. h. Vertrautmachen der Eingeborenen mit den veränderten Umständen, Entwicklung seiner ökonomischen Anschauungen und Befreiung von seinem primitiven Aberglauben und seinen Tabus. Dies müßte jedoch, ohne unnötigerweise an seinen Sitten und Gebräuchen zu rütteln, vor sich gehen. Gerade letzteres würde ihm sonst ein Minderwertigkeitsgefühl einimpfen, während sehr viel Wertvolles, das in seinen Gewohnheiten und Gebräuchen verborgen liegt, beibehalten werden soll und kann. Der Neger soll einen rechtmäßigen Stolz auf diese Dinge behalten und seine eigene Kultur neben der der Weißen entwickeln. Diese Lösung

scheint die einzig vernünftige und natürliche zu sein¹⁾). Die allgemein anerkannten Methoden, wodurch das erreicht werden kann, sind die der bereits obenerwähnten Segregation.

Das Wort Segregation kann auf vielerlei Art gedeutet werden.

1. **Völlige territoriale und wirtschaftliche Segregation:** Darunter ist zu verstehen, daß Weiß und Schwarz in getrennten Gebieten wohnen und die eine Rasse für die andere keine Arbeit leisten soll. Segregation in diesem Sinne ist jedoch unhaltbar. In Südafrika gibt es zu ihrer Anwendung keine Anhänger. Eine bestimmte Form der territorialen Segregation wird allerdings bereits in der Union angewandt. Das Eingeborenen-Landgesetz (Gesetz Nr. 27 von 1913) verkündet das Prinzip, daß Europäer und Eingeborene Farmen als Grundeigentum besitzen dürfen, jedoch jede Rasse in besonderen Gebieten. Es wird als unerwünscht betrachtet, daß Weiß und Schwarz durcheinander wohnen.

In den Städten sieht das Eingeborenen-Stadtgebiet-Gesetz (Gesetz Nr. 21 von 1923; Nr. 672 von 1924 und Nr. 25 von 1930), außer in ganz besonderen Fällen, eine Trennung des Zusammenwohnens von Weiß und Schwarz vor. Dies erleichtert einerseits die Verwaltung und gibt weiter die Möglichkeit, geeignete Maßnahmen für die unhygienischen Negerwohnviertel zu treffen. Außerdem kann dadurch bei dem Neger, der außerhalb seiner Stammverwandtschaft lebt, der Stolz auf seinen eigenen Wohnkreis geweckt und sein soziales Leben erleichtert und verbessert werden.

2. **Soziale Segregation:** Das Immoralitätsgesetz von 1927 bestimmt, daß Ehen zwischen Weißen und Schwarzen verboten und geschlechtliche Beziehungen als kriminelle Straftaten betrachtet werden. Als Strafe kommt Gefängnis bis zu fünf Jahren in Betracht. Im täglichen Leben wird die soziale Segregation jedoch in einem viel weiteren Sinne angewandt. Es besteht faktisch kein sozialer Umgang zwischen beiden Rassen. Dieser natürliche Unterschied, der in Südafrika gemacht wird, kann im gewissen Sinne mit den sozialen Klassenunterschieden Europas verglichen werden, mit der Bemerkung jedoch, daß er am Kap auf einer wesentlichen Inferiorität der einen Rasse gegenüber der anderen beruht. Diese soziale Segregation wird gewünscht und stimmt mit den Idealen beider Rassen überein.

3. Es besteht eine Art partielle ökonomische Segregation, die als Grundlage und Ausgangspunkt jeglichen Planes oder Verfahrens zur Lösung der Negerfrage ins Auge gefaßt werden muß. Das liegt in der Entwicklung der Eingeborenengebiete selbst. Es würde ein ernster Fehler sein, zur Verwirklichung der territorialen Segregation oder zur Schaffung einer Existenzquelle dem Eingeborenen mehr Boden zu überlassen. Einmal ist der Bodenwert in Südafrika bereits sehr

¹⁾ Man muß sich natürlich klar darüber sein, daß auch dies nur eine Übergangslösung für einige Generationen sein kann. Tatsächlich bedeutet sie eine Stärkung des Eingeborenen: es werden ihm die Waffen der Zivilisation in die Hand gegeben; durch die damit verbundene Entwurzelung werden Energien ausgelöst, über deren Richtung man sich keiner Täuschung hingeben sollte.

hoch; außerdem vermag der Neger infolge seiner unwirtschaftlichen und primitiven Methoden aus dem Boden nicht den größtmöglichen Ertrag zu erzielen. Der gemeinsame Grundbesitz, der seinen Stammesbräuchen entspricht, soll nicht ausbreitet, sondern der Eingeborene muß ermutigt werden, mehr persönlichen Grundbesitz zu schaffen. Dies wird dann zur Erzielung besserer Ergebnisse wiederum ein Ansporn sein.

Obwohl die Neger nur etwa 12% des Landes besitzen (von den den Weißen verbleibenden 88% ist die Hälfte allerdings unbewohnbar), muß darauf hingewiesen werden, daß die Negerreservate und Eingeborenengebiete zu den fruchtbarsten Teilen Südafrikas gehören. Diese Gebiete sind entwicklungsfähig; ihre Möglichkeiten müssen bis zum Äußersten ausgenutzt werden. Es kann jedoch nur geschehen, wenn man den Eingeborenen bessere landwirtschaftliche Methoden beibringt. Ihre Bräuche und Überlieferungen bieten dazu vielerlei Anknüpfungspunkte, wie z. B. das oben erwähnte Gesetz, daß kein Mitglied mit der Bearbeitung seines Ackers beginnen darf, bevor nicht der „Häuptling“ das Zeichen dazu gegeben hat. Landwirtschaftliche Sachverständige könnten auf dem Acker des Häuptlings die elementarsten Grundsätze der Landwirtschaft vorführen; das Volk würde daraus die Lehre ziehen, daß die besseren Ergebnisse nicht durch übernatürliche Mächte oder Einwirkung von Geistern, sondern durch die Anwendung leicht erklärlicher wissenschaftlicher Grundsätze erzielt werden. Deswegen gilt es, den Neger vor allem dazu anzuhalten, Tragfähigkeit und Ertrag seiner Ländereien zu steigern und seinen Viehbestand statt als religiösen und unökonomischen Faktor als ökonomisch wertvollen Besitz zu betrachten und zu verbessern.

Eine erste Pflicht des Staates ist es, für einen stabilen Arbeitsmarkt Sorge zu tragen, durch welchen jedes Gemeinschaftsmitglied die Möglichkeit findet, seine Existenz zu sichern. Die Entwicklung der Eingeborenengebiete wird die Möglichkeit, dies zu verwirklichen, näherbringen, weiter den periodischen Zustrom in die Städte herabmindern und dazu noch eine Entlastung des Arbeitsmarktes zur Folge haben. Der Neger in der Stadt wird sich höhere Fähigkeiten aneignen und dadurch wieder bessere Löhne erzielen. Die schwarzen Arbeiter werden sich mit der Zeit aus der Masse ihrer Rassengenossen mehr und mehr herauskristallisieren und die ungelerten Neger der Reservate können dann auf den Farmen die Arbeiten verrichten, mit denen sie vertraut sind. Die Entwicklung der Reservate wird weiter zu größerem Wohlstand führen und ihrerseits die Arbeiter aufnehmen, die zeitweise den Arbeitsmarkt in den Städten überfüllen. Der Eingeborene lebt heute noch in einer Welt von Gegensätzen. Die Zeit ist zweifellos eine Übergangsperiode. Sein Lebenssystem, das reaktionär, konservativ und gegen jeden Fortschritt gerichtet ist, muß der höheren Kultur angepaßt werden¹⁾.

¹⁾ *Wir fürchten, daß die Entwicklung ganz andere Bahnen einschlagen wird, als sie von den Befürwortern der Segregation angenommen werden.*

Zweifellos ist diese Entwicklung der Eingeborenengebiete Südafrikas notwendig.

Ebenso notwendig jedoch ist auch die Erziehung des Negers selbst. Eine weitere Erziehung der Schwarzen würde für den Weißen keinen Verlust an Arbeitsmöglichkeiten bedeuten, im Gegenteil, die ersteren unentwickelt und arm zu lassen, kann der Union wirtschaftlich nichts nutzen. Eine Aufbesserung ihrer Stellung sowohl als Konsumenten wie als Produzenten wird den Weißen nur zugute kommen. Die beiden Haupterzeugnisse der Eingeborenengebiete sind Mais und Kaffernkorn. Jedoch muß jährlich noch eine beträchtliche Menge dieser Nahrungsmittel eingeführt werden. In Natal und Zululand bepflanzen die Eingeborenen bereits eine Fläche von rund 7000 acres mit Zuckerrohr. Als Wollproduzenten lieferten die Eingeborenen, die auf den Farmen der Europäer ansässig sind, 1930 1 493 265 Pfund Wolle, die Eingeborenen der Reservate und Lokationen 16 781 965 Pfund Wolle.

Was nun die Kultur des Negers anbelangt, so gibt es darin viel Gutes und Schönes, das nicht vernichtet werden darf. Die moralischen wie auch die Lebensanschauungen des Negers unterscheiden sich natürlich in vieler Hinsicht völlig von den unsrigen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es Jahrhunderte, ja Jahrtausende gedauert hat, bevor unsere Kultur ihre heutige Form erreichte. Im Hinblick darauf, daß die primitive Lebensweise des Negers der des weißen Mannes um Jahrhunderte nachsteht, kann eine Schulerziehung, die für die westliche Zivilisation bestimmt und geeignet ist, den Eingeborenen nicht oder nur wenig von Nutzen sein.

Es ist weiter nur allzu wahr, daß primitive Rassen viel schneller die schlechten als die guten Eigenschaften des Europäers annehmen. Eine europäische Erziehung zu der primitiven Lebensanschauung des Negers — das kann nur dazu führen, aus dem Eingeborenen ein unausgeglichenes Geschöpf zu machen. Aber nicht nur soziale Erziehung, sondern auch Facherziehung ist für den Neger eine grundsätzliche Forderung. Soziale Erziehung ohne Berufserziehung bietet keine oder nur wenig Entwicklungsmöglichkeiten. Das beste, was der Europäer für den Eingeborenen tun kann, ist: ihm die Entwicklungsmöglichkeiten jener Fähigkeiten zu bieten, die seinen Lebensstandard verbessern und zu gleicher Zeit die wirtschaftliche Ausnutzung seiner Gebiete steigern. Aus eigener Anstrengung kann der Neger sich dann allmählich zu höherem Unterricht und zu weiterer Entwicklung emporarbeiten; die nunmehr technisch und wissenschaftlich entwickelten Eingeborenen werden dann auch unter ihren eigenen Rassengenossen ein besseres und größeres Arbeitsfeld finden. Der Weg Südafrikas geht über eine lange Erziehung zu einem Verstehen der Eigenart des anderen.

Wird Südafrika ein Land des weißen Mannes bleiben? Das ist die brennende Frage, die letzten Endes als eine drohende Gewitterwolke am sonnigen Himmel dieses Landes aufsteigt. Nicht weniger als die Zukunft der weißen Rasse und mit ihr der europäischen Kultur in der südlichen Hälfte des schwarzen Erdteils ist damit aufs allerengste verknüpft.

Kurze Bibliographie

der wichtigsten, in den letzten 5 Jahren erschienenen Literatur über Südafrika.

- „Nederland-Zuid-Afrika, Gedenkboek 1881—1931“, Amsterdam 1931. — *Beukes, W. T. H.*, „Der Häuptling in der Gesellschaft der Süd-, Ost- und Zentralbantuvölker“, Diss. phil., Hamburg 1931. — *Brookes, E. H.*, „Native Education in South Africa“, Pretoria 1930. — *Soga, J. H.*, „The South-Eastern Bantu“, Johannesburg 1930. — *Kirk, J.*, „The Economic Aspect of Native Segregation in South Africa“, Kapstadt 1930. — *Lebzelter, V.*, „Rassen und Kulturen in Südafrika“, I u. II, Leipzig 1930—1934. — *Seekirchner, A.*, „Die geographischen und geopolitischen Grundlagen der südafrikanischen Ruinenkultur“, Diss. phil., München 1933. — *Cohn, E.*, „Die südafrikanische Union, ihre Verfassung und Stellung im Rahmen des britischen Reiches“, Berlin 1933. — *Hanisch, H.*, „Südafrika im britischen Weltreich“, in *Zeitschr. für Geopolitik* 1932, Heft 9. — *Louw, E. H.*, „The Economic and Political Problems of the Union of S.A.“, in *Great Britain and the Dominions*, Chicago 1928. — *Coming of Age. Studies in S.A. Citizenship and Politics*. Herausg. v. *E. H. Brookes*, Capetown 1930. — *Hattersley, A. F.*, „South Africa, 1652—1933“, London 1933. — *Narath, R.*, „Die Union von Südafrika und ihre Bevölkerung“, Leipzig 1930. — *Krüger, H. K. E.*, „Bevölkerungs- und Rassenprobleme in Südafrika“, in *Jahrb. f. nat. Ökonomie u. Statistik*, Bd. 129, Jena 1928. — *Smuts, J. C.*, „Africa and some Worldproblems“, London 1931. — *Hofmeyr, J. H.*, „Suid-Afrika“, London 1932. — *Nienaber, G. S.*, „Die Afrikaanse Beweging“ I, Pretoria 1931. — *Gey van Pittius, E. F. W.*, „Nationality within the British Commonwealth of Nation“, London 1930. — *Jordaan, M.*, „Die Schafzucht in der südafrikanischen Union“, Diss. phil., Leipzig 1932. — *Rosenzweig, A.*, „Die Arbeiterbeschaffung für die Goldminen des Witwaterrandes in S.A.“, Diss. phil., Berlin 1933. — *Dawson, E. S.*, „Farm management in S.A.“, Johannesburg 1932. — *Sutherland, A. C.*, „The Goldressorts of the World“, Pretoria 1931. — *Whitfield, G. N. B.*, „South African Native Law“, Kapstadt 1932. — *Arndt, E. H. D.*, „Banking and Currency Development in S.A.“, Capetown 1928. — *Westermann, D.*, „The African to-day“, London 1934. — *Breyne, M. R.*, „Deutschlands Anteil an der Besiedlung S.A.s“, I u. II, in *Zeitschr. für Geopolitik* 1930, Heft 7 u. 8. — Derselbe, „Das neue Südafrika, Volk, Land und Literatur“, in *Österr. Monatshefte*, 5. Jahrg., Juli/August 1929. — *Serton, P.*, „Zuid-Afrika, een econom.-geograf. Studie“, in *Tijdschr. voor Econom. Geogr.*, 24. Jahrg., I u. II, 1933. — *Lomborg, C.*, „Südafrika und seine Landwirtschaft“, Berlin 1932. — *Coetzee, J. A.*, „Nasie-Wording in S.A.“, Potchefstroom 1931. — *Martens, O.*, und *O. Karstedt*, „Afrikanisches Handbuch für Wirtschaft und Reise“, Berlin 1930.

ALBRECHT HAUSHOFER: Erdumspannender Bericht

Eine größere Auslandsreise des indopazifischen Berichterstatters führt dazu, daß der Berichterstatter des atlantischen Bereichs ausnahmsweise die Pflicht hat, nicht nur für die Ordnung seines eigenen Weltbildes, sondern auch für den laufenden Bericht in den indopazifischen Raum hinüberzugreifen. Dabei aber möge ihm gestattet sein, anzuknüpfen an eine Bemerkung des letzten indopazifischen Berichtes: jene, wo die Großräumigkeit und Großstiligkeit der pazifischen Lebensvorgänge hervorgehoben wurde gegenüber der kleinräumigen Enge dessen, was sich im europäischen Ausgangsgebiet der atlantischen Dynamik abspielt.

Wir werden in diesem Bericht einiges an großräumigen Verkehrsvorgängen friedlicher und weniger friedlicher Art zu melden haben: amerikanische Flottenbewegungen vom Stillen zum Atlantischen Ozean; japanische Flottenbesuchsreisen nach dem vorderen Orient und dem Mittelmeer; australische Ministerfahrten die ostasiatische Küste aufwärts; englische Prinzenreisen von Südafrika nach Neuseeland und anderes mehr. Das alles sind Fahrten, die lange Frist benötigen. Auch unter Benutzung schnellster Verkehrsmittel ist der Stille Ozean noch ein weites Gewässer. Wie anders in Europa!

Der Berichterstatter hatte vor einigen Tagen den Genuß, in $4\frac{3}{4}$ Stunden reiner Flugzeit von Rom nach Berlin zu fliegen; und solcher Langstreckenflug gibt Anlaß zu manchem Überlegen. Aufstieg in Rom durch eine Nebeldecke, die gerade den Raum verhüllt, aus dem die lateinische Bauernschaft gewachsen ist. Nach fünf Minuten Sonne. Freier Blick. Unter einem und vor einem ein Raum, der einmal das Gebiet von etwa sechs verschiedenen Völkerschaften war; zu einer späteren Zeit Kampfgebiet einer vielleicht noch größeren Zahl von Städten und Adels herrschaften; noch später Königreich Neapel, Kirchenstaat und Großherzogtum Toscana... Assisi, Perugia, Trasimenischer See. Eine Viertelstunde später ahnt man von der Höhe des Appenin im Westen das Tyrrhenische Meer, im Osten die Adria. Bergfestungen liegen unter einem, ihrer Wehr entkleidet. Urbino, das Herrschaftsgebiet der Montefeltro; die kleine Bauernrepublik San Marino. Wer soll aus der Luft ihren Umfang und ihre Grenzen erkennen. Drei Minuten und man ist über sie hinweg. Fern im Südosten, hingelagert zwischen die schimmernden sibyllinischen Berge und das Meer die Hafensichel von Ancona. Irgendwo, unscheinbar in der Tiefe, der Metaurus, an dem mit Hasdrubals Tod der zweite Punische Krieg entschieden war; im Vorblick jener andere Fluß, den Cäsar überschritt, als er die Würfel warf. Zehn Minuten — alles vorüber. Der alte versandete Hafen von Ariminum (Rimini), das Kampfgebiet päpstlicher, französischer und venezianischer Truppen zu Zeiten des Borgia und des Rovere; der Badestrand von Riccione jüngeren Angedenkens; Ravenna, die wasserumgürtete, heute in jedem Sinn verlandete letzte Hauptstadt des

Römischen Reiches, Zufluchtsort römischer Kaiser, Mittelpunkt frühverganger germanischer Herrschaft im Südland... Eine Viertelstunde! Dann fliegt man über das amphibische Mündungsgebiet des Po, im Vorblick erscheint schimmernd der Alpenbogen, im Rückblick ahnt man südostwärts die adriatische Gegenküste — und schon leuchtet aus der Tiefe der glänzende Aufriß von Venedig. Neunzig Minuten — das war die Mitte, das Rückgrat von Italien. Nach kurzem Rasten ein steiles Klettern in die Höhe. Rückwärts verschwindet Venedig, von dem Geschichte sagt, daß es unangreifbar war im Schutz seiner Lagunen. Ein schmaler Gürtel bis zum Alpenrand. In der Tiefe das weite verwilderte Bett des Piave, wirksamer Schutz noch gegen die große Offensive des Jahres 1917; in einer am Gebirgsrand aufsteigenden Wolkenwand verschwinden jene steilen Kalkköpfe, an denen sich das Vorwärtsdrängen tapferer Gebirgstruppen festbiß und brach. Ein paar Minuten weiter — das Becken von Belluno. Der Höhenzeiger steigt. Tief unten windet sich die Straße, die einstmals in wochenlanger Mühe den Wagenverkehr von Venedig nach Oberdeutschland trug. Das Flugzeug kümmert sich nicht um Täler, Pässe und Gipfel. Ein leichtes Schwanken, unmittelbar unter einem steigt der mächtige Klotz des Monte Pelmo empor, lohnendes Ziel für den erprobten Alpinisten. Die Falzarego-Straße; in der Tiefe Cortina. Dann das Kampfgebiet der Tofana. In wenigen Augenblicken flitzt man über die so hart umkämpften Gipfel. Stille ladinische Täler, die Sprachgrenze; links die glänzende Mamolata. Dann in der Tiefe das Pustertal. Noch einmal steigt das Flugzeug. Es kümmert sich nicht um den Brenner, nicht um die Gletscher der Zentralalpen, nicht um die Landesgrenze; über den Schwarzenstein hinweg gewinnt es die obersten Bögen des Zillertales; fünf Minuten weiter: Innsbruck zur Linken, Kufstein zur Rechten, der Achensee —; vierzehn Minuten: das war Tirol, der Rest, der bei Österreich verblieben ist. Ein langsames Gleiten nach abwärts: bayrisches Bauernland mit schimmernden Seen. Ein leichtes Aufsetzen: München-Oberwiesenfeld. Neunzig Minuten: das waren die Alpen an ihrer breitesten Stelle. Kurze Mittagsrast im Münchner Flughafen, dann geht es wieder aufwärts. Leichte Wolken, Wärme und Motorengeräusch vermindern die Aufmerksamkeit. Man vergißt auf die Uhr zu sehen. Die Donau hatte man noch erkannt... Nach einer scheinbar kurzen Spanne Zeit wird es wieder klarer, man sieht hinab und versucht sich zurechtzufinden. Im Rückblick, schon ziemlich weit eine Großstadt; voraus das Band eines Stromes, in den ein kleinerer Fluß mündet, Nadelwälder in der Tiefe. Das Zeitgefühl sucht nach einem Anhalt: Nürnberg—Fürth? Der Main? Eine Täuschung. Hinter uns liegt schon Leipzig, vor uns die Elbe. Wittenberg, Jüterbog, Luckenwalde — das große Häusermeer von Berlin. Einhundertfünf Minuten für Deutschland — gewiß nicht in seiner ganzen Ausdehnung, aber doch in einem großen Teil davon zwischen München und Berlin. Man steigt aus und fährt nach Hause; und irgendwo fragt man sich: warum eigentlich nicht zum Abendessen in Stockholm?

Vielleicht muß der Berichterstatter seine Leser um Verzeihung bitten, daß er seinen Bericht, aus dem sie mit Recht Tatsachen, allgemeingültige Tatsachen zu erfahren wünschen, mit den Impressionen eines Fluges beginnt, der nach neueren Begriffen der Flugtechnik nicht einmal ein Fernstreckenflug ist; eine Linie, die mit festem Fahrplan regelmäßig befliegen wird... Nicht ganz fünf Stunden, bei gutem Wetter, sechs oder sieben bei schlechtem. Aber welcher Wechsel von Landschaft und Menschen drängt sich in diese Stunden zusammen. Latium, Toscana, die Apenninen; die Romagna und Emilia, Venetien und die Alpen; Oberdeutschland, Mitteldeutschland, Brandenburg. Dutzende von historischen Einheiten, Stämme, Völker, Staaten; Zugstraßen von Handel und Verkehr, lebende und gestorbene Häfen, lebende und gestorbene Mittelpunkte der Wirtschaft, Kampfstätten von Dutzenden von Kriegen; Schlachtfelder Hannibals und Gustav Adolfs, und alles dessen, was zwischen ihnen liegt. Eine ungeheure Fülle toten und lebendigen Lebens für den, der zu sehen weiß, der seine Sprache auch im surrenden Rhythmus des Motors noch hört. Eng zusammengedrängt, klein geworden, unendlich gefährdet... Eine schwere Verantwortung für alle die, denen es obliegt, über das künftige Schicksal dieses klein gewordenen Erdteils zu entscheiden, dessen Vielfalt einmalig ist gegenüber den großen Weiten etwa der amerikanischen oder asiatischen Kontinentalgebiete, sogar noch gegenüber dem, was Japan heute als Zone der Sicherung um seinen gleichfalls kleinräumigen und vielgestaltigen Reichskörper zu legen bemüht ist.

Damit aber müssen wir von den Impressionen eines Fluges zu den Tatsachen eilen und versuchen, zunächst aus den großräumigen Gebieten um den Stillen Ozean an neuen Tatsachen zu melden, was zu melden ist. Es ist nicht allzuviel und birgt für den eigentlichen pazifischen Kampfbereich nur Bestätigungen dessen, was in früheren indopazifischen Berichten gesagt ist. Daß Japan bestrebt ist, abwechselnd durch Freundlichkeit und Drohung, den Ring möglicher Gegner zu sprengen, ist unseren Lesern bekannt. Der ernsthafte Wille zur Gegnerschaft gegen Japan ist freilich auf allen Seiten eine anzweifelhafte Größe. Vor allem auf angelsächsischer Seite — wo die Kampfmaßnahmen (Singapore, amerikanischer Flottenbau) auf lange Sicht, und zwar ausschließlich defensiv, betrieben werden — ist es durchaus nicht bloßer Cant, wenn immer wieder von der Erhaltung des Friedens gesprochen wird. Die Rückverlegung der nordamerikanischen Flotte aus dem Stillen Ozean in den Atlantischen ist keineswegs bloß angekündigt worden; sie wird auch durchgeführt. Seit Mitte April befinden sich die pazifischen Einheiten der amerikanischen Flotte auf dem Weg zum Panamakanal oder bereits im Karibischen Meer. Eine Demonstration, wenn man in friedlichen Zeiten lebt; mehr als eine Demonstration, wenn man nicht so ganz an friedliche Zeiten glaubt. Zumal dann, wenn zu gleicher Zeit bekannt wird, daß der Präsident der Vereinigten Staaten bereit ist, eine für die Philippinen sehr viel günstigere Unabhängigkeitsbill vorzulegen, als die letzte, von den Philip-

pinen abgelehnte, war; wenn zugleich in Japan Erklärungen abgegeben werden, die früher oder später zu einer ausgeprägten ostasiatischen Monroe-Doktrin führen werden, und zunächst das Ziel haben, westlichen Mächten klarzumachen, daß bei aller Wertschätzung für die kulturfördernde Wirksamkeit fremder Missionare, Schulen und Kredite in China die gleiche Wertschätzung auf die Lieferung von Waffen und Flugzeugen nicht ohne weiteres ausgedehnt werden könne. In der Sprache dessen, der nicht auszusprechen pflegt, was er wirklich will, zugleich eine Frage an die Mächte, wann eigentlich die Anerkennung von Mandschukuo erfolgen werde, ohne die eine gesamt pazifische Übereinkunft mit Japan nicht zu haben sein wird. Für die Völkerbundmächte des Lytton-Berichts keine ganz leichte Sache!

Die schärfsten japanischen Äußerungen zur nicht vorhandenen Unabhängigkeit von China sind freilich rasch dementiert worden. Aber was besagen Dementis? Sie zeigen zunächst fast immer, daß etwas Reizvolles vorgegangen ist: ob sie nun den angeblich geplanten Besuch des jungen Kaisers von Mandschukuo bei den Gräbern seiner Ahnen (bei Peking) betreffen oder den angeblichen Ankauf der Insel Timor durch England, oder die angeblichen Durchstichpläne des Isthmus von Krah... Dergleichen hat immer seine Hintergründe.

Anderes wird deutlicher sichtbar: die Ausdehnung des Eurasia-Flugdienstes von der Grenze der Mongolei quer durch China bis nach Kanton gehört ebenso zu den japanfremden Vorgängen im Fernen Osten wie die Konzentration der russischen Luftflotte im Baikal- und Amurgebiet. Sie sind vielleicht die reizvollsten Ereignisse im Bereich des Flugwesens, in dem es sowieso fast immer etwas Neues gibt, und meistens etwas, das geopolitische Bedeutung hat. Wir nennen hier die neue Beschleunigung der englischen Luftdienste nach Afrika und Asien; aber auch im Heimatland die Neueinrichtung eines Flugdienstes London—Belfast, der im Hinblick auf die Schwierigkeiten mit De Valera nicht ohne symbolische Bedeutung ist. Ausgeprägte Schwierigkeiten mit seinem Flugwesen hat dagegen der amerikanische Präsident, der bei dem an sich begreiflichen Versuch, den amerikanischen Verkehrsflug aus den Händen zahlreicher Privatgesellschaften in staatliche Regie (durch Militärflieger) zu übernehmen, einigermassen vom Pech verfolgt worden ist. Es gab zahlreiche Unfälle, die öffentliche Meinung erhob Sturm, und der Präsident erlitt eine fühlbare Schlappe, die zusammen mit seiner Niederlage in der Lorenzstromfrage und seinem Zurückweichen in der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung seine Stellung gegenüber dem wiederwahlbedürftigen Parlament nicht gerade stärkt. Darüber helfen auch freundliche Gesten nach außen, wie in der Philippinenfrage, wie mit dem Flottenrückzug, nicht hinweg.

Freundliche Gesten, und manchmal mehr als das, sind auch die Besuchsreisen, deren Meister die Angehörigen des englischen Königshauses sind. Der gleiche Prinz, der in Südafrika die Aufgabe hatte, Negerhäuptlinge zu besuchen, wird sich weiter

nach Australien und Neuseeland einschiffen und nebenbei auch die Fidjiinseln mit seinem Besuch beehren. Eine Reise für „*Empire good will*“ ebenso wie die Vortragsreisen des ehemaligen australischen Ministerpräsidenten und jetzigen Vertreters in London, Bruce, der zunächst in seiner Heimat, dann aber im weiteren Bereich des Empire für eine gemeinsame Wirtschaftsplanung des gesamten Reichskörpers wirbt, die weit über das in Ottawa Erreichte, ja sogar Angestrebte hinausgehen soll. Welche Spannungen er dabei schon im eigenen Heimatland zu überwinden haben mag, dafür ist eine andere Reise bezeichnend: die einer australischen Mission, welche mit dem Außenminister an der Spitze die benachbarten pazifischen Länder, Niederländisch-Indien, Malaya, China und Japan, besucht, um die vorhandenen Wirtschaftsbande zu festigen und freundlich zu unterbauen. Nicht ganz zur Freude von Lancastershire. Aber was kann man dagegen machen, wenn heute ein volles Drittel des australischen Außenhandels bei günstiger Handelsbilanz nach den genannten vier Ländern geht — gegenüber einem Fünfzehntel oder Zwanzigstel in der Vorkriegszeit. Gewiß liegen Dauerspannungen sehr tiefliegender Art zwischen dem menschenarmen Australien und den überfüllten ostasiatischen Räumen; aber warum sollte man nicht für die Gegenwart versuchen, zu freundlichen Abkommen zu gelangen? So ist diese australische Reise nach Japan eine reine Friedensmission ohne aufregende Hintergründe. Ob man — angesichts der japanischen Konzessionen in Abessinien — das gleiche von der japanischen Flottenreise wird sagen können, die unter auffälliger Vermeidung britischer Häfen den vorderen Orient und das Mittelmeer bereisen soll, ist eine andere Frage. Die freundlicheren Töne, die im Verkehr der alten afrikanischen Kolonialmächte rund um Abessinien untereinander erschallen, lassen den Schluß zu, daß man die Gefahr des Nichttalleingelassenwerdens wittert und sich dagegen zur Wehr setzt. England hat in aller Stille am Ausgang des Roten Meeres einen beträchtlichen Erfolg erzielt: der lange Streit mit dem Imam Yahia von Yemen um das Vorland von Aden und die Grenze gegen Hadramaut ist geschlichtet. Der Text des Vertrages wird noch geheimgehalten; doch scheint ein dauerhafter Frieden erreicht zu sein. Unklar ist, was an der Nordwestgrenze von Yemen vorgeht. Hier scheint der Emir von Asir zu versuchen, sich dem Geschlucktwerden, sei es durch das Wahabitenreich Ibn Sauds, sei es durch Yemen, dadurch zu entziehen, daß er die beiden immer in Krieg gegeneinander zu verwickeln strebt. Geopolitisch gesehen, ist ein Nebeneinander der beiden Araberreiche auch auf lange Sicht durchaus möglich. Die seßhafte Berglandbevölkerung von Yemen ist etwas anderes als das arabische Steppenvolk des Wahabitenreichs; entscheidend ist vor allem der Gesichtspunkt, daß mit einiger Sicherheit — ähnlich wie in dem Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay — gesagt werden kann, daß weder die Kräfte Yemens ausreichen, um das Wahabitenreich zu unterwerfen, noch die Kräfte Ibn Sauds, um das dichtbevölkerte Bergland von Yemen zu erobern. Ein Ausgleich, an dem zum mindesten die eng-

lische Politik interessiert ist, ist daher früher oder später wahrscheinlich, ob man sich längere bewaffnete Kämpfe leisten wird oder nicht.

Der Verkehr durch das Rote Meer und den Suezkanal im Jahre 1933 zeigt ebenso wie der durch den Panamakanal eine leichte Zunahme. Aus der Suezkanalstatistik für 1933 ist der leichte Rückgang der japanischen Flagge bemerkenswert. Aller Wahrscheinlichkeit nach eine Folge der hohen Kanalgebühren.

Im östlichen Mittelmeergebiet sind einige Vorgänge im Dodekanes bemerkenswert. Die seinerzeit im Krieg gegen die Türkei von Italien besetzten Inseln der Rhodosgruppe sind nun einmal von Griechen und nicht von Italienern bewohnt. Eine lebhaftes gesamtgriechische Propaganda — fußend auf einem sehr klaren Grund, dem Volksbewußtsein jenseits der Staatsgrenze, — hat auch Rhodos ergriffen und zu blutigen Unruhen geführt. Diese wurden natürlich niedergeschlagen; der Versuch, sie zu verheimlichen, ist nicht ganz gelungen. Es muß auffallen, daß diese Vorgänge im Ägäischen Meer von der englischen Presse mit einiger Breite behandelt werden; es ist gar nicht so lange her, da spielten ganz ähnliche Vorgänge sich auf Zypern ab. Auch Zypern hat bekanntlich griechische Bevölkerung; nur steht es unter englischer Herrschaft, nicht unter italienischer, und ist der beherrschende englische Flottenstützpunkt im östlichen Mittelmeer, heute schon wichtiger und bedeutsamer als Malta. Daß den Italienern auf Malta — freilich unter den urbaneren Formen, mit denen England solche Dinge zu behandeln pflegt — etwas durchaus Ähnliches geschieht, wie den Griechen auf Rhodos durch Italien, ist eine reizvolle Tatsache — ebenso reizvoll wie die andere, daß gelegentlich der Maltaunruhen gerade die englische Presse mehrmals das italienische Verfahren in Südtirol zum Vergleich herangezogen hat.

In Italien hat eine große Volksabstimmung Mussolinis Herrschaft bestätigt. Daran war niemals ein Zweifel, daß es so kommen würde. Über die Art, wie solches Ergebnis zustande kommt, aber mag man nachdenken, wenn man die Ziffern aus den Gebieten liest, in denen die von Italien unterdrückten deutschen und slawischen Volksgruppen sitzen: Südtirol und Istrien. Die Nein-Stimmen gegen die faschistische Liste betrugen in Südtirol 516 und in Istrien nicht mehr und nicht weniger als 9. Es wäre reizvoll, zu wissen, wie man im Palazzo Venezia über den inneren Wert solcher Ziffern denkt.

Ein merkwürdiger Vorgang aus der Schweiz soll nicht vergessen werden. An der Spitze der Genfer Regierung steht Herr Nicole, ein Marxist ziemlich scharfer Tonart — der Urheber jener Straßenunruhen, welche im vorigen Jahr das friedliche Staatsbürgerbewußtsein der Schweiz erschreckten. Herr Nicole ist nunmehr das Haupt des Genfer Kantons und wollte einen Vortrag in dem benachbarten Wallis halten. Das Wallis ist katholisch-konservatives Bauernland sowohl in seinem französischen wie in seinem deutschen Teil und betrachtet den Chef der Genfer Regierung als unwillkommenen Gast. Und so geschieht es, daß ein Schweizer Kanton dem Re-

gierungshaupt eines anderen Kantons die Einreise verweigert; gewiß ein Vorgang, der in einem seltsamen Verhältnis zu der so laut betonten Schweizer Freiheit und Freizügigkeit steht. Ein Krisenzeichen und nicht das erste (wobei wir volles Verständnis für die abwehrende Haltung der Walliser Bauernschaft haben!).

Starkes Vordrängen kirchlich-konservativer Kräfte zeigt die Entwicklung Spaniens, freilich auch — durch Pariser Parallelvorgänge gestützt — einen immer wieder aufflackernden und keineswegs mit Legalitätsbedenken gehemmten Widerstand der Linken. In Frankreich treten dabei regionalistische Gesichtspunkte zum mindesten nicht in den Vordergrund; in Spanien ist jede grundsätzliche Entscheidung mit regionalen Schwierigkeiten verknüpft, sei es, daß Katalonien, sei es, daß die baskischen Provinzen grollen und drohen.

Die französische Außenpolitik ist unter Ausnutzung der ostasiatischen Spannungen zu neuer europäischer Aktivität übergegangen. Ein starres Nein in der Abrüstungsfrage wird verbunden mit der Neufestigung alter Bündnisse. Die Reisen Barthous nach Warschau und Prag sprechen eine deutliche Sprache; wenn eine Völkerbundsreform kommt, so wird Polen seinen Großmachtsanspruch nicht nur stellen, sondern anerkannt finden. Daß die französische Außenpolitik bestrebt ist, unter Ausnutzung der deutsch-italienischen Meinungsverschiedenheiten über Wien jegliches Zusammenspiel Deutschlands und Italiens auch im weiteren Donaauraum zu stören, ist fast zu bekannt, als daß wir darüber sprechen müßten. Sorge bereitet ebenso der Pariser Politik wie dem tschechischen Außenminister die unsichere Lage Rumäniens, wo ein eben verhinderter Gewaltstreich unbehagliche Gedanken darüber weckt, was hätte geschehen können, wenn...

Aus der Sowjetunion kommen nach wie vor Meldungen von Nahrungsmittelnot und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ebenso wie frühere gleicher Art in ihrer politischen Auswirkung nicht überschätzt werden dürfen, so grauenvoll die sich darin bergende Not für die davon betroffenen Menschen, Hunderttausende und Millionen, auch sein mag.

Ein seltsames Widerspiel zu diesen russischen Meldungen geben andere, die aus Brasilien kommen. Zur Freude der dortigen Kaffeepflanzer soll es gelungen sein, aus Kaffeebohnen einen nützlichen und wirksamen Dünger zu bereiten. Wenn es richtig ist, dann eröffnet sich für den brasilianischen Kaffeeüberschuß eine Verwendung, die immer noch besser ist als die bisherige: als Feuerungsmaterial für Lokomotiven und Gratisfutter für die Haifische des Atlantischen Ozeans. Ein kleiner Beitrag zum Thema Weltwirtschaft; keineswegs neu, aber auch keineswegs veraltet. — An sonstigen Meldungen aus Südamerika verzeichnen wir erfolgreiche brasilianisch-französische Wirtschaftsverhandlungen; einen beiderseits befriedigenden Handelsvertrag zwischen Peru und Chile; den projektierten Bau einer Straße von Iquique nach Oruro, welche der bolivianischen Bergbauprovinz einen unmittelbaren Zugang zum Stillen Ozean vermitteln soll; schließlich den Abschluß der

latein-amerikanischen Handelskonferenz in Valparaiso, die eine Fülle kleiner Erleichterungen im südamerikanischen Binnenverkehr gebracht hat und für die Zukunft die Einführung einer Südamerikaklausel bei allen von südamerikanischen Staaten abzuschließenden Handelsverträgen empfiehlt. Ein Wunschbild, bei dem angelsächsische Wirtschaftsinteressen wohl einiges mitreden werden. Roosevelt hat vom Kongreß zwar nicht die ganze Freiheit für Tarifverhandlungen erlangen können, die er haben wollte, aber doch einen erheblichen Teil davon. So ist von Amerika eine aktivere Handelspolitik und zugleich eine beweglichere zu erwarten.

Auch die britische Wirtschaftspolitik ist nicht müßig; ob es sich nun um die Förderung der Bruce-Empire-Pläne handelt oder um Verhandlungen mit den nordwesteuropäischen Staaten oder um die Verteidigung der Baumwollinteressen von Lancashire. Die innere Wirtschaftslage zeigt in England einen deutlichen Aufstieg (ein Budget wie das eben von Chamberlain vorgelegte spricht eine deutliche Sprache). Aber gerade in der beginnenden Besserung zeigt sich eben, daß gewisse Grundindustrien des alten englischen Bestandes nur zum Teil wieder belebt werden können: dazu gehört ein guter Teil der Textilwirtschaft; vor allem aber beträchtliche Teile des Bergbaues, in erster Linie des Kohlenbergbaus von Wales und Nordostengland (Durham). Hier handelt es sich um Gebiete, denen nur durch Umsiedlung zu helfen ist. Eine Erkenntnis, die in jedem Fall bitter ist und immer das Wissen um unaufhaltsamen Niedergang zum mindesten eines Teilgebietes einschließt. Darum wehrt man sich auch so lange gegen die Erkenntnis, bis auch die mögliche Hilfe für die betroffenen Menschen zu spät kommt. Ein anderes notleidendes Gebiet der englischen Wirtschaft schöpft freilich neue Hoffnungen aus der Tatsache, daß der im Höhepunkt der Krise eingestellte Bau des riesigen Cunard-Dampfers in Clydeside wieder aufgenommen worden ist. Gegenüber dem leichten Aufstieg der Wirtschaft und einer gewissen innerpolitischen Beunruhigung, die nicht geleugnet, aber auch nicht überschätzt werden sollte, melden sich um so dringender in London die großen Reichssorgen; deren wichtigste heißt Indien.

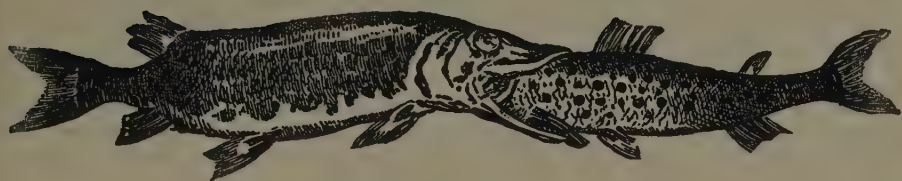
Es ist nicht so sehr die Gefahr, daß über der Frage der indischen Verfassung die innere Einheit der jetzigen Regierung verlorengehen könnte, als die seit bald einem halben Menschenalter offen gelassene Frage nach dem, was nun in Indien werden soll, was gerade die Weitestblickenden beschäftigt. Man kann nicht ewig mit Ordonnanzen regieren. Nun prüft eine neue, aus den besten Köpfen des Reiches zusammengesetzte Kommission den White-Paper-Entwurf der indischen Verfassung. Zugleich aber geht die indische Kongreßpartei aus der starren (und bisher erfolglosen) wieder zur beweglichen Opposition über. Gandhi hat auf den Rest passiven Widerstandes verzichtet, der noch geblieben war; eine Neuformung der Swaraj-Partei ist in Vorbereitung, und die englische Regierung mußte wohl oder übel eine gewisse Bewegungsfreiheit gestatten, sobald man die neue Opposition mit Loyaltäts erklärungen begann. Hier öffnet sich das Tor zu einem neuen Gefecht auf neu-

altem Boden. Daß der angloindischen Reichszentrale auch kleinere Sorgen nicht fehlen, dafür sorgt das Verhalten der zollautonomen Fürstenstaaten an der Westküste, die mit der Methode billiger Hafengebühr und ausgedehnter Schmuggeltoleranz den Großhäfen Bombay und Karachi eine ebenso unvorhergesehene wie unangenehme Konkurrenz machen. Auch hier ein Problem für kommende indische Verfassungsentwürfe!

Ein aufschlußreiches „Staatswappen“

Čech

Slovák



„Čechoslovák.“

Wer schon einmal einen Brief nach der Tschecho-Slovakei geschickt und das Bestimmungsland „Tschecho-Slovakei“ geschrieben hat, wird bemerkt haben, daß solche Briefe meist nicht befördert werden. Denn der Bindestrich beleidigt das Auge der tschechischen Behörden, die mit allen Mitteln bestrebt sind, die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß es ein einheitliches tschecho-slovakisches Staatsvolk gäbe. Beliebter ist der Bindestrich in der Slovakei. Denn dort ist man gerade entgegengesetzter Ansicht und stellt bei jeder Gelegenheit fest, daß die Slovaken zwar Staatsbürger des beiden slavischen Völkern gemeinsamen Staates seien, keinesfalls aber Tschechen. Man meldet sogar, wie das peinliche Mißgeschick, das erst kürzlich den slovakischen Autonomisten Hlinka statt des vorgesehenen Ministers auf die Tribüne einer Staatsfeier führte, deutlich beweist, äußerst nachdrücklich die Forderung auf eine weitreichende Autonomie innerhalb des tschecho-slovakischen Staates an. Diesem Geist ist auch eine der schlagkräftigsten politischen Karikaturen entsprungen, die uns dieser Tage aus der Slovakei zuzug. Der Hecht „Čech“ macht den lebhaften Versuch, die Forelle „Slovák“ überzuschlucken. Da sie aber fast so groß ist wie er selbst, kann er sie nicht verdauen. Sie bleibt ihm fest im Halse stecken, und dieses Gebilde ist dann der „Čechoslovák“. Eine böse Karikatur, die mehr sagt, als viele Leitartikel es könnten; eine Karikatur, die in der „auflüpfischen“ Slovakei bald bekannter sein wird als das offizielle Staatswappen. Der Bindestrich lebt eben immer noch.

HEINZ KONRAD HAUSHOFER: Das Problem des sozialen Raumes

„Wenn wir, Menschen der abendländischen Gesichtssphäre, vom Raume reden, so denken wir sicherlich in annähernd demselben Stil, so wie wir uns derselben Sprache und Wortzeichen bedienen, mag es sich um den Raum der Mathematik, Physik, Malerei oder der „Wirklichkeit“ handeln, obgleich alles Philosophieren, das an Stelle dieser Verwandtschaft eine Identität des Empfindens statuieren will (und muß), etwas höchst fragwürdiges bleibt.“ (Spengler, Untergang des Abendlandes, I, S. 251.)

Obgleich Pintschovius sich gegen die Beugung unter das „perspektivische Sehen“ verwahrt, wie er es bei Spengler findet, kamen wir nicht aus dem Banne des obenstehenden Zitates, als wir es unter den österlich kahlen Obstbäumen des Bodensees versuchten, dem Buch von Pintschovius gerecht zu werden¹⁾. Denn ohne Zweifel ist die Leistung von Pintschovius ein Stück jenes Philosophierens, das an der Herstellung eines identischen Empfindens beim Klang des Wortes „Raum“ arbeitet. Wenn sich auch jedes Ergebnis dieser Denkarbeit zuerst gegen die oben ausgesprochene Fragwürdigkeit zu wehren haben wird, so ist doch andererseits ihre Notwendigkeit („die Identität muß statuiert werden!“) unbestritten.

Will man diese „Fragwürdigkeit“ näher bezeichnen, so ist sie — ganz unwissenschaftlich gesprochen — zum großen Teil durch die merkwürdige Irrealität der sozialwissenschaftlichen Theorie überhaupt ausgedrückt. Wir haben die Obstbäume des Bodensees, als sinnlichen Ausdruck des Gegensatzes zu dieser Irrealität, nicht zufällig genannt. Der Gegensatz zwischen der Forderung nach „Sinnlichkeit“ in der Sozialwissenschaft und der tatsächlichen gläsernen Durchsichtigkeit ihrer Gedankengebäude ist auch Pintschovius wohl bekannt. Dieser lähmende Gegensatz (und manche andere Einwände gegen die heutige Möglichkeit der Sozialwissenschaft im bisherigen Sinne) führt sich bei Pintschovius gewissermaßen unterirdisch auf eine letzte Ursache, um nicht zu sagen auf einen Grundfehler zurück, den er Seite 34 ausspricht: „... daß die ganze Sozialwissenschaft zu früh ins Leben getreten ist“. Wer sich dieser Wissenschaft als einer ausgesprochen „späten“ bewußt ist; und wer es dazu für möglich hält, daß die Grundlagen auf denen sich das Gebäude einer wirklichen Sozialwissenschaft nach Pintschovius tatsächlich erheben könnte, vielleicht niemals mehr vorhanden sein werden, wird hier nachdenklich. Denn hier offenbaren sich die Achsen des Koordinatensystems, in welchem der geistesgeschichtliche Standort des Buches von Pintschovius eingetragen werden könnte! Er stellt fest: „Die Naturforscher, die den Angriff auf das Geheimnis einleiteten, haben immer ihre vollwertige Rechtfertigung aus dem Objekt gehabt, die Sozialforscher nicht.“ Dies ist sein „zu früh“. Und die Geschichte des letzten Jahres ist — vielleicht — ein „zu spät“. Dies ist uns kaum irgendwo deutlicher geworden als am Beispiel der Agrarpolitik. Zu den Aussagen: „Der Agrarpolitik bleibt eigentlich gar kein Spezifikum“, und: „Es fehlt der Agrarpolitik jener systemhafte Schluß mit Strukturbildungsfolgen“ hat die Geschichte des letzten Jahres einen Kommentar geschrieben, das auch vom strengsten wissenschaftlichen Standpunkt aus nicht ohne Folgen für den eigentlichen Text bleiben kann!

Wir haben das Recht, infolgedessen die Arbeit von Pintschovius als einen gewissen Scheitelpunkt zu betrachten. Die Vorstellung „sozialer Raum“ ist nunmehr tatsächlich mit einem Gitter erfüllt. Das „bunte, demonstrativen Zwecken dienende Material“, das man bisher in den Begriff eingebracht hatte, erhielt seinen geometrischen Ort. Die einzelnen Gedankenpfeiler der Sozialwissenschaft, die innerhalb dieses „Raumes“ standen, sind durch Pintschovius tatsächlich zu einem Gewölbe verbunden. Es ist unmöglich, aus diesem einzelnen Steine zum Zwecke einer Besprechung herauszuberechnen und mundgerecht zu machen. Tatsächlich

1) Karl Pintschovius, Das Problem des sozialen Raumes, Beiheft 12 der Zeitschrift für Geopolitik. Berlin 1934.

erfüllt das Buch den Zweck eines Katechismus sozialwissenschaftlichen Denkens, um den Leser auf jeder Seite an die Grenze heranzubringen, an welcher die Entscheidungen in seiner Wissenschaft fallen. (Es muß dabei offengelassen werden, ob diese Entscheidungen sich nicht gegen seinen eigenen Stil des Denkens richten werden). Zur Technik des Verarbeitens: Der Wert des Buches wird nur gesteigert dadurch, daß es den Leser zu einer auch für die sozialwissenschaftliche Literatur nicht gewöhnlichen geistigen Mitarbeit zwingt!

Aber es ist wohl nicht nur die geistige Bequemlichkeit gegenüber dem Vorschein der Erkenntnisgrenzen, die uns daran zweifeln läßt, ob über Pintschovius hinaus (dessen Name in diesem Fall auch für mehrere andere aus seiner Wissenschaft stehen mag) ein Weg weiterführt. Es darf niemand erspart werden, sich während des Verarbeitens des „Problems des sozialen Raumes“ beständig und ohne sie aus dem Auge zu verlieren, irgendeine beliebige Realität im Blickwinkel zu erhalten, und seien es nur die angeführten Obstbäume am Bodensee. Und er wird merken, wie weit er das Gewölbe spannen muß. Aber das spricht Pintschovius in dem inhaltschweren Schlußkapitel selbst aus, wenn er sagt: „Auch der Mann der Wissenschaft ist ein Soldat, wenn er sein Amt spürt. Und sein Schlachtfeld heißt heute: sozialer Raum.“ Hier wird der Begriff auf einmal ins Unendliche ausgeweitet; denn an Stelle des sozialen Raumes ließe sich ohne weiteres sagen: das Leben!

Man kann Pintschovius infolgedessen darin widersprechen, daß es sich bei dem Problem des „sozialen Raumes“ um eine einmalige Schicksalsfrage von weltgeschichtlichen Ausmaßen handle, und daß der (wann?) entwickelte Sozialzusammenhang, eben der „soziale Raum“ etwas grundsätzlich Neues darstelle (Seite 198 bis 199). Eine derartig grundsätzliche Änderung mag für die Möglichkeit und Art wissenschaftlicher Anschauung beim heutigen Stand der Sozialwissenschaft gelten. Gegen die Anwendung auf die Wirklichkeit des sich verändernden, lebendigen Sozialzusammenhangs selbst spricht etwas, was man vielleicht als das Lebensprinzip der „Front der Geopolitik“ bezeichnen könnte: Der Glaube an die Gea! Nicht als ob wir die „Echtheit“ des sozialen Raumes damit überhaupt in Frage stellen wollten. Aber wir glauben damit zur Fruchtbarmachung der großen Leistung von Pintschovius einen Ansatzpunkt für eine Polarität bewahrt zu haben, die (auch nach ihm selbst) nicht zerschlagen werden darf. Erst dann erschließt uns Pintschovius den sozialen Raum, als „über alle Möglichkeiten begrifflicher Erklärung hinausgehend, als schöpferische Deutung des Tiefenerlebnisses durch uns“ (Spengler, a. a. O., Seite 253). Man darf sich diesem Buche gegenüber nicht Pintschovius' eigene Formulierung der Hypothese: „So hat man einmal mit gewissem Erfolg darüber gedacht“, zu eigen machen. Dazu verpflichtet seine Verantwortlichkeit des Denkens zu sehr.

JURI SEMJONOW:

Der „Große sowjetische Weltatlas“

Der Beschluß der Sowjetregierung, einen „sowjetischen“ Weltatlas zu schaffen, stellt ein großes und in vielen Hinsichten sehr interessantes Unternehmen dar. Einerseits wird dadurch ein großer Schritt zur Erkenntnis der Sowjetunion selbst getan, andererseits liegt hier der erste groß angelegte Versuch vor, ein systematisches Politik- und Wirtschaftsbild der Welt in folgerichtiger marxistischer Beleuchtung zu geben. Da der Marxismus dem ganzen sozialen und politischen Geschehen wirtschaftliche Faktoren zugrunde legt, die direkt die innere gesellschaftliche Struktur und indirekt die ganze Dynamik des Staatsraumes und des Volkskörpers bestimmen, so muß mit diesem geographischen Atlas ein ganz eigenartiges geozoologisches Werk von rein materialistischer Auffassung entstehen. Es wird nicht bloß ein „ökonomischer Atlas“ sein, denn nicht nur die wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten sollen sich darin widerspiegeln, sondern auch die inneren Triebkräfte der geökonomischen Vorgänge, wieweit sie in der wirtschaftlichen Ordnung der Völker und Staaten zum Ausdruck kommen. Wenn auch bei der nichtmarxistischen Auffassung der gesellschaftlichen Vorgänge diese Darstellung als einseitig empfunden werden kann, so steht ihr geopolitischer Wert den-

noch außer Zweifel: wir wissen ja, daß der schwache Punkt der meisten geopolitischen Betrachtungen in der ungenügenden Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Länder und Völker liegt.

Bemerkenswerterweise stammt der Gedanke eines „sowjetischen“ Atlas von keinem anderen als von Lenin selbst, der auch das Programm dazu, das heute zur Ausführung gelangen soll, bereits im Jahre 1921 entworfen hat. Ein im Jahre 1926 unternommener Versuch, den Atlas zusammenzustellen, scheiterte an der unglücklichen Wahl der Mitarbeiter und der schlechten Organisation. Anfang 1934 wurde beim Zentralexekutivkomitee der Union ein spezielles „Wissenschaftliches Institut des großen Weltatlas“ geschaffen, das die namhaftesten Vertreter der Wissenschaft zur Mitarbeit heranzog. Zum Präsidenten des Instituts wurde Prof. W. Motyljow ernannt, Vizepräsident ist der durch seine Polarforschungen und insbesondere durch die letzte Tscheljuskin-Fahrt bekannte Prof. O. Schmidt; dem Präsidium gehören ferner an: Prof. Ssamoilowitsch, Prof. Wolff, Prof. Wawiloff, Mitglied der Leningrader Akademie, u. a. m. Grundsätzliches über den Arbeitsplan des Atlas wurde auf der Konferenz mitgeteilt, die Ende März in Moskau einberufen worden war und an der sich etwa 600 Vertreter interessierter Behörden, Institute und persönlich eingeladenen Wissenschaftler beteiligten. Der Atlas soll das übliche geophysikalische und geographische Material aus allen Ländern der Welt enthalten. Die dazu gehörigen allgemeinen Übersichtskarten und speziellen Karten sollen ungefähr die Hälfte des Atlas bilden. Alles übrige soll der Grundtendenz dienen, nämlich der Gegenüberstellung der beiden Systeme, des kapitalistischen und des sowjetischen, in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Lenins Idee, eine rückschauende Darstellung des kapitalistischen Systems zu geben, soll in einer Reihe von speziellen Karten veranschaulicht werden, in denen die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Systeme, die Evolution der Agrarverhältnisse, die Blütezeit des Kapitalismus, das System der imperialistischen Expansion und der kolonialen Herrschaft und die Krise des Kapitalismus dargestellt werden sollen. Diese Entwicklungstendenzen werden hauptsächlich auf den Grundkarten, welche die heutige Lage der Länder charakterisieren, durch besondere Zeichen, Farben und dergleichen ihren Ausdruck finden. Spezielle und detaillierte Angaben, die in näheren Beziehungen zur Konjunkturlage stehen, werden in einer besonderen Beilage angeführt werden, die den veränderten Verhältnissen entsprechend jeweils neu herausgegeben werden können. Die Hälfte aller Karten ungefähr wird der Darstellung Rußlands und der Sowjetunion gewidmet sein, unter Beibehaltung derselben historischen Methode bei Darstellung der Etappen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR.

Der neue Atlas wird 150 zweiseitige Karten in der Größe 43 zu 53 cm (ohne Rand) und 150 einseitige in der Größe 43 zu 23 cm enthalten. Er wird also seinem Umfang und der Kartengröße nach alle bisher bekannten Atlanten übertreffen.

Zum Schluß möchten wir nur wünschen, daß die technische Ausführung der Größe des Planes entsprechen möge. Die russische Kartographie stand vor dem Kriege in ihren höchsten Leistungen der europäischen nicht nach; in den letzten Jahren aber war das Niveau der Ausführung merklich gesunken. Auch inhaltlich standen die Karten nicht auf der Höhe — so spiegelten sich die bedeutenden Leistungen der Sowjetforscher auf geographischem Gebiet auf den neuen Karten kaum wider, da sie stets nach den alten Klischees abgedruckt wurden, obwohl unsere Vorstellung von verschiedenen Teilen Rußlands, insbesondere des asiatischen, durch Hunderte von geographischen Expeditionen grundlegend verändert worden war. Wenn der neue Atlas auch nur in dem Teil „UdSSR.“ den neuen Forschungsergebnissen in technisch einwandfreier Form gerecht wird, so wird die auf seine Herausgabe aufgewandte Mühe vollauf gerechtfertigt sein.

HANS HUMMEL: Büchertafel

Allgemeines

1. **Johann Thies:** Die Staaten als völkische Lebensräume. 84 S., 17 Abb. Huhle, Dresden 1933. Kt. 2,10 RM.

Langjährige Unterrichtserfahrung gibt Th. das Recht, ein Geopolitikbändchen für den Unterricht zusammenzustellen. Schade, daß bei dem sonst reichhaltigen und viele Anregungen gebenden Heft die Volkskunde, ein wesentlicher Teil des Bereiches der Geopolitik, zu kurz kommt. Die Skizzen sind einfach und darum treffender als manche komplizierten in anderen geopolitischen Lehrbüchern.

2. **Wilhelm Glungler:** Die Erfüllung des Staatsgedankens. 43 S. Voglrieder, München und Leipzig 1933. Kt. 2,70 RM.

Es ist wohl das erstemal, daß ein deutscher Rechtswissenschaftler so deutlich abückt von der überkommenen Lehre vom Staat, der nur durch das Recht gestaltet wird und somit keine objektiv faßbaren Wesenszüge trägt. G. nennt Blut und Boden, Recht und Schicksal (d. h. Geschichte!) die Wesensgrundzüge des Staates und nähert sich somit unserer Auffassung, ohne daß er etwa Kjellén zitiert, dessen Staatslehre mit G. in vielem übereinklingt.

3. **Alfred Zimmermann:** Internationale Politik als Wissenschaft. Grundr. d. internat. Politik, H. 6. 15 S. Teubner, Leipzig und Berlin 1933. Kt. 1,— RM.

Z. irrt, wenn er nicht glaubt, daß es eine englische, eine französische, eine deutsche Wahrheit gibt, die jeweils wirklich wahr ist, aber doch verschieden und oft entgegengesetzt. Wer mehr als sein Heimatland kennt, sollte das wissen. Z. darf es aber nicht wissen, wenn er immer noch an eine internationale Ordnung der Welt glaubt.

4. **Christian Eckert:** Alter und neuer Imperialismus. Kieler Vorträge, H. 39, 46 S. Fischer, Jena 1932. Br. 1,50 RM.

E. gibt in kurzen Zügen eine Entwicklungsgeschichte des Imperialismus, der schnell seine Farbe und seine Technik wechseln kann. Am interessantesten sind E.s Erklärungen des Nachkriegs-imperialismus neuer Prägung in Rußland, Italien und Japan.

5. **Herbert Kraus:** Die Krise des zwischenstaatlichen Denkens. 64 S. Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen 1933. Kt. 2,80 RM.

Daß wir seit Versailles in einer Krisenzeit der zwischenstaatlichen Beziehungen aller Art leben, liegt klar zutage. Mit Recht führt K. als einen Hauptgrund der Krise an, daß die Technik der internationalen Beziehungen — nun einmal in einer komplizierten Ma-

schinerie eingelaufen — sich in keiner Weise dem angleicht, dem sie sich dem Kausalzusammenhange nach anzupassen hätte: der sich ändernden Lehre vom Staat. Im Anhang einige wichtige Dokumente über die Änderung der zwischenstaatlichen Beziehungen: Hitler, Macdonald, Mussolini, Roosevelt.

6. **Karl Braunias:** Nationalgedanke und Staatsgestaltung. 48 S. Mohr, Tübingen 1934. Br. 1,50 RM.

B. verfolgt den Gedanken von Staat und Nationalstaat durch die Epochen der Romantik, des Liberalismus, der „sozialen Demokratie“, wagt sich aber noch nicht an eine Formulierung der Begriffe für die neuen Staatsgebilde der Welt, obgleich er erkennt, ohne anzuerkennen, daß der Begriff der Gleichheit und Freiheit des Individuums zugunsten einer größeren Volksstaatsidee verschwindet. Mit Recht weist B. darauf hin, daß der Staatsgedanke sich wieder der Romantik zu nähern beginnt, nur eine „Spirale“ höher im staatsanschaulichen Denken.

7. **Otto Hoetzsch:** Die weltpolitische Kräfteverteilung. 48 S. 6. Aufl. Teubner, Leipzig und Berlin 1933. Kt. 4,— RM.

Der erfahrene Politiker und Gelehrte gibt erneut fortgeführt seinen schon kurz nach dem Kriege erschienenen Überblick über die reale Weltpolitik heraus, in dem alle schwebenden oder gerade gelösten Fragen der außenpolitischen Beziehungen der Staaten und Völker knapp dargestellt werden.

Abrüstung und Wehrwissenschaft

1. **Karl Schilling:** Der Versailler Vertrag und die Abrüstung. Völkerrechtsfragen, H. 38. 94 S. Dümmler, Berlin u. Bonn 1933. Br. 4 RM.

Zur rechten Zeit ein klarer Kommentar der Abrüstungsparagrafen des Versailler Diktats und des Abrüstungsversprechens der Alliierten ohne die verwirrenden Verhandlungen der letzten 10 Jahre. Jetzt, wo man zum Ausgangspunkt zurückzukehren gezwungen ist, ist es gut, den Ausgangspunkt wenigstens zu kennen und rechtlich auslegen zu können.

2. **J. P. Steffes:** Die Abrüstung. Schriften z. dt. Politik, II, H. 28. 161 S. Gildeverlag, Köln 1932. Kt. 3,75 RM.

Das Buch stellt die erste große ethische Begründung des Abrüstungsgedankens von katholischer Seite her dar. Die angeschnittenen Fragen sind vielleicht etwas heikel, aber St. umschiffet die Klippen mit Virtuosität, da er grundsätzlich die Religion zu einer Hauptfrage des sozialen Lebens erhebt und also den

nach seiner Meinung höchstens gleichbedeutenden Glauben an Volk und Staat außer acht lassen kann. Das wichtigste an dem Buch ist eine ausgezeichnete Bibliographie.

3. **Hans Weberstedt** hrs.: Deutschland fordert Gleichberechtigung. 93 S. Armanenverlag, Leipzig 1933.

W. hat eine Reihe von Vorträgen und Aufsätzen bekannter Abrüstungsfachleute zusammengestellt, aus denen die von Metzsch, Rheinbaben, Leers, Gadow und Müller-Brandenburg besonders hervorzuheben sind.

4. **K. L. von Oertzen**: Deutschland ohne Sicherheit. „Das Neue Reich.“ 47 S. Callwey, München 1933. Kt. 0,90 RM.

Einer der bekanntesten Abrüstungspolitikern bringt in einem kleinen Heft das notwendigste Tatsachenmaterial der Abrüstungs- und Wehrfragen, so viel, wie unbedingt jeder Deutsche wissen muß, um immer den Gedanken an die deutsche Wehrlosigkeit gegenwärtig zu haben.

5. **Otto Hoetzsch** u. **W. Bertram** hrs.: Abrüstung und Sicherheit. Dokum. z. Welt-pol. d. Nachkriegszeit, H. 2. 142 S. Teubner, Leipzig u. Berlin 1933. Kt. 2,80 RM.

H. gibt eine sehr verdienstvolle Dokumentenreihe heraus, die das Nachsuchen wesentlich erleichtert. In dem vorliegenden Band sind eine ganze Reihe höchst interessanter und viel zu wenig bekannter Dokumente zur Abrüstung veröffentlicht, z. B. die deutschen Stellungnahmen zu den Verhandlungen des Sicherheitskomitees, das Memorandum der polnischen Regierung 1931 usw.

6. **Werner Gramsch**: Deutschlands Verträge gegen den Krieg. 162 S. Stilke, Berlin 1932. Br. 3 RM.

Ein rein völkerrechtliches Kommentarwerk zu den wesentlichen Vertragsbestimmungen über Kriegsverhütung, die Deutschland aufgelegt sind.

7. **Botho Elster**: Die Polizeifrage auf der Genfer Abrüstungskonferenz. 48 S. 29 Abb. Zentralverlag, Berlin 1933.

Der Abrüstungsfachmann der deutschen Polizei nimmt in einer Propagandaschrift das Wort zu dem Vorwurf des militärischen Charakters der deutschen Polizei. Eingehend vergleicht E. die deutsche Polizei und ihre innenpolitische, soziale Bedeutung mit dem andersartigen, fast militärischen Charakter der Polizeitruppen Frankreichs, Polens und der Tschecho-Slowakei.

8. **Günter Nickolaus**: Die Milizfrage in Deutschland von 1848 bis 1933. Kriegsgesch. Abt. im Histor. Sem. d. Univ. Berlin, H. 3. 196 S. Junker & Dünhaupt, Berlin 1933. Br. 8,50 RM.

Die Milizfrage war in Deutschland eigentlich keine Frage, denn sie beschäftigte nur

einige wenige Herren der Heeresleitung, die Zeit hatten, sich mit der Frage ob — oder abzugeben. N. hat völlig recht und müßte diesen Gedanken an den Anfang seines umfangreichen, zu umfangreichen Werkes setzen, daß nämlich das Wehrsystem erheblich von der wehrgeographischen Lage eines Staates abhängt, also im ungünstigen Falle eine Miliz kaum als ausreichend gelten kann. Mit der neutralen Schweiz, die obendrein noch inselgleich in den Bergen liegt, und der Insel England ist es eben etwas anderes als mit dem allseitig offenen deutschen Reichskörper.

9. **Otto Völcker**: Die Wehrausbildung der französischen Jugend. 87 S. Hist.-polit. Verlag Hofstetter, Leipzig 1933.

Eine ausgezeichnete, bitter nötige Schrift, die sich nüchtern mit den Bestimmungen Frankreichs und den staatlichen Anforderungen an seine Jugend befaßt. Das Land der Abrüstung bietet uns das schönste Beispiel einer systematischen Erziehung der Jugend zum Waffendienst für den Staat.

Bevölkerungslehre und Siedlung

1. **Die Eugenik im Dienste der Volkswohlfahrt.** 112 S. Schoetz, Berlin 1932. Br. 4,50 RM.

Bericht über die Verhandlungen im Preuß. Landesgesundheitsrat am 2. 7. 32. Bekannte Bevölkerungswissenschaftler äußerten sich auf der Tagung zu den wichtigsten Fragen der Eugenik. Namen wie Fischer, Muckermann, Seeburg, Freifrau v. Watter, Burgdörfer, Conti, Harmsen und Frhr. v. Verschuer bedeuten ein Programm, das jetzt langsam der harmonischen Verwirklichung näherkommt. Heiße Herzen und klare Augen gehören zur Vollendung einer der schwierigsten, aber der dankbarsten Aufgabe im Dienste am Volk.

2. **Friedrich Burgdörfer**: Sterben die weißen Völker? „Das Neue Reich.“ 90 S., 9 Abb. Callwey, München 1934. Kt. 1,60 RM.

Statistik kann man sinnvoll nur so betreiben, wie es unser alter Mitarbeiter B. tut, sie nur auszuwerten nach Gesichtspunkten, die einmal wirklich reale Schlüsse zulassen, zum anderen zukunftsweisend, warnend, hemmend, fördernd, jedenfalls richtunggebend wirken. Nach dem „Volk ohne Jugend“ jetzt der Überblick über die Entwicklung der Bevölkerung der ganzen Welt, der farbigen Rassen, über die Bedeutung der Rassen- und Bevölkerungspolitik der Mächte der Erde, auch derer, deren Sterne noch unter dem Horizont stehen, die über den Horizont gekommen, vielleicht alle andere verblässen lassen und eine Umwertung aller Werte hervorrufen. Ein Buch, richtig gelesen, nur für starke Menschen, denen auch

die Solidarität der weißen Rasse noch etwas bedeutet.

3. **Gotthardt Arndt**: Grundsätze der Siedlungspolitik und Siedlungsmethode Friedrichs des Großen. Schriften z. Förd. d. inn. Kolonis., H. 52. 74 S. Deutsche Landbuchhandlung, Berlin 1934. Br. 2 RM.

Trotz oder wegen der geschichtlichen Präzision der Darstellung eine Programmschrift, denn Friedrich des Großen Siedlungstätigkeit und -erfolg ist das einzige Beispiel, das unseren modernen Siedlungspolitikern zur praktischen Auswertung zur Verfügung steht. Alle Probleme moderner Ostsiedlung — Wirtschaftlichkeit, Erneuerung des Bauerntums, Bevölkerungspolitik und Eugenik — sind schon von Friedrich durchdacht worden.

4. **Carl Hartwich**: Rittergut oder Bauerndorf? 70 S. Hartung, Hamburg 1933.

Mit Recht wendet sich H. in scharfen Worten gegen die Umschuldungsverfahren der Osthilfe, soweit es sich um Latifundien handelt, die mit geringen Mehrkosten besiedlungsfähig sind. Nur eine völlige Umschichtung der ostdeutschen Landwirtschaft in den durch den Boden abgesteckten Grenzen des Möglichen wird den gewünschten Erfolg der Erneuerung deutschen Bauerntums und der Erhaltung des deutschen Ostens für das Reich haben.

5. **Erich Müller-Bödner**: Fragen und Aufgaben der Auslandsiedlung. 46 S. Das Reich, Berlin 1933.

M.-B. hat zwei Rundfunkvorträge zu einem Büchlein zusammengefaßt, das kurz die brennenden Fragen der Auslandsiedlung, der Auswanderung bespricht, ohne die Kolonialfrage zu berühren. M.-B. ist Fachmann genug, um die Gefahren gerade für den Deutschen zu sehen.

Amerika

1. **Friedrich W. von Prittwitz** und **Gaffron**: Deutschland und die Vereinigten Staaten seit dem Weltkrieg. Grundr. d. internat. Pol., H. 7. 34 S. Teubner, Leipzig und Berlin 1934. Kt. 1,— RM.

Sicher ist der ehemalige deutsche Botschafter in Washington am ehesten dazu berufen, die Tatsachen des deutsch-vereinsstaatlichen Verhältnisses nach dem Kriege zu einer zusammenfassenden Darstellung zu gestalten, die trotz ihrer Knappheit wesentliche Züge nicht außer acht läßt. Wo jedoch der Autor grundsätzliche Fragen deutscher Außenpolitik erörtert, schaut die Dogma-Ideologie des auswärtigen Amtes hervor, die jede Wendigkeit verhindert.

2. **E. B.**: NRA. Unpolitische Beobachtungen. 71 S. Oprecht & Helbling, Zürich 1934. Kt. 1,60 RM.

E. B. verfügt zweifellos über bessere Informationen aus dem USA-Regierungslager als die anderen. Aber er wertet seine Erfahrungen und Kenntnisse aus den ersten Monaten des NRA-Feldzuges nur sehr äußerlich aus. Interessant ist das Buch auf alle Fälle.

3. **Wolfram Dietrich**: Simon Bolivar und die lateinamerikanischen Unabhängigkeitskriege. 280 S., 8 Abb., 2 Karten. Hartung, Hamburg 1934. Geb. 6,— RM.

D. schrieb die erste große deutsche Biographie des Libertador, ausführlich und mit großer Sorgfalt auch in den Einzelheiten. Leider verblaßt das Bild des großen politischen Doktrinärs etwas vor den packenden Tatsachen des glücklichen und tragischen Geschicks eines Kämpfers, den wir erst nach hundert Jahren zu verstehen beginnen.

4. **Franz Kühn**: Grundriß der Kulturgeographie von Argentinien. 240 S., 38 Abb., 25 Karten. Friedrichsen, de Gruyter & Co., Hamburg 1933. Geh. 16,— RM., geb. 17,50 RM.

Einer der besten deutschen Kenner Argentinien gibt mit diesem Werk eine grundlegende Monographie der Geopolitik dieses Landes. Geschichte, Entstehung der Bevölkerung, ihre natürlichen Grundlagen, Einwanderung, Siedlungsgeographie, die Gestaltung des Staates und das Verkehrswesen werden in einzelnen Abschnitten sauber und auf besten Quellen sowie eigener Anschauung fußend behandelt. Am meisten dürften die Abschnitte über das in Argentinien schwerwiegende Stadt-Land-Problem und über das Verkehrswesen von allgemeiner Wichtigkeit sein. Instruktive Karten und Abbildungen erhöhen den Wert des Werkes.

Europa um Deutschland

1. **Balder Olden**: Paradiese des Teufels. Das Leben Sir Roger Casements. 224 S. Universitas, Berlin 1933.

In mitreißender Form eine Biographie Sir Rogers, eines Weltweisen und Abenteurers, eines liebenden und harten Kämpfers, der um der Gerechtigkeit willen ein düsteres Leben bis zu seinem tragischen Tode führte. Nicht daß er den Belgierkönig durch die Aufdeckung der Kongogreuel zur Einrichtung einer menschenwürdigen Verwaltung zwang, nicht daß er nach abenteuerlicher Fahrt die unerhörten Greuel an Putumayo ans Licht der Öffentlichkeit brachte, machte Casement uns zum Helden, sondern daß er, der Ulsterman, während des Krieges, nur um der gerechten Sache zu dienen, die Fahne des gequälten Irland ergriff und mit deutscher Hilfe zum Siege zu führen versuchte.

2. **Ernst Blau:** Portugals gegenwärtige Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland. 117 S. Diss. Leipzig. Selbstverlag, Nemsdorf b. Querfurt 1933.

Ein sehr fleißiges Quellenstadium und gutes Informationsmaterial sind die Grundlagen dieser Dissertation, die sich dadurch von anderen wirtschaftsgeographischen und handelspolitischen unterscheidet, daß es um ein Land geht, von dem man gemeinhin nicht viel weiß.

3. **Ernst Wilhelm Eschmann:** Der faschistische Staat in Italien. 144 S., 16 Abb. 2. Aufl. Hirt, Breslau 1933. Geb. 2,85 RM.

Die zweite Auflage beweist die Wichtigkeit des schnell unterrichtenden Bandes aus „Jedermanns Bücherei“. Einleitend gibt E. ein Bild der ideologischen Voraussetzungen und Grundlagen des Faschismus, dann folgt Verfassung, Verwaltung, Wirtschaft und korporativer Aufbau. Zum Schluß die Kulturpolitik, auf die seit Beginn des Regimes der Faschismus einen für südliche Länder bisher ungekannten Wert legt, der eigentliche Faktor, daß Italien in dem Konzert der Mächte eine steigende Rolle spielt.

4. **Otto Hoetzsch u. W. Bertram** hrs.: Südosteuropa und Naher Orient. Dokum. z. Weltpolitik d. Nachkriegszeit, H. 7, 204 S. Teubner, Leipzig u. Berlin 1933. Kt. 4,— RM.

Einen breiten Raum nehmen die vielfältigen Verträge der Türkei ein, deren Abdruck sich immer lohnt. Weiter wichtig: das Netz der Freundschaftsverträge zwischen den Balkanstaaten untereinander und mit Frankreich und Italien. Aber was soll das Protokoll der deutsch-österreichischen Zollunion und

das Genfer und Lausanner Protokoll in diesem Bande?

5. **Istvan Debre:** Trianon-Ungarn. 159 S., 50 Abb., 1 Karte. Hobbins, Berlin 1933.

Glänzend an dem Buch die Bilder und die Gesamtausstattung. Die Bilder vermitteln ungeheuer einprägsam ungarisches Land und ungarische Menschen. Der Text des Bildwerkes ist zum Teil sehr gut (vor allem die Schilderung des Alföld), zum Teil etwas dürftig. Warum dieser Schluß?

6. **Otto Hoetzsch u. W. Bertram** hrs.: Der europäische Osten. Dokum. z. Weltpolitik d. Nachkriegszeit, H. 6, 135 S. Teubner, Leipzig u. Berlin 1933. Kt. 2,80 RM.

In der Auswahl ähnlich wie (4). Die wesentlichen Vertragsbestimmungen im System der osteuropäischen Staaten und wichtige Dokumente sind gesammelt. Eine Übersicht über das Gesamtsystem Osteuropas steht im Anhang.

7. **Heinrich Barten:** Die Siedlungen in Südwestposen. Veröff. d. schles. Ges. f. Erdk., H. 18, 98 S., 3 Karten. Marcus, Breslau 1933. Br. 6,— RM.

B. handelt in der verdienstvollen Reihe sehr gründlich und mit Schlaglichtern auf das ganze deutsche Ostproblem über einen kleinen Ausschnitt der historischen Geographie der Ostmark, den südwestlichen Teil der ehemaligen Provinz Posen. Waldverbreitung, ländliche Siedlungen, Grenzen des Beobachtungsgebietes, die alten Handelswege, die Städte werden untersucht. Für die volksdeutsche Arbeit von Wichtigkeit der letzte Abschnitt über den Anteil des Deutschtums an der Kulturlandschaft, der produktivste Teil der guten Arbeit.

Soeben erscheint:

Ew. Banse
Was der
Nationalsozialist
vom Auslande
wissen muß

Eine weltkundliche Fibel

Kart. RM 2.—, geb. RM 2.90

Wolfgang Richard Lindner
Verlag Leipzig

Zur Schulung und zum Nachschlagen:

ERNST THIESSEN
Versailles und
Fortsetzung

Eine geopolitische Studie

62 Seiten, 2 Karten. Geb. M. 1.20

unterrichtet Sie am besten und
kürzesten über die geopolitischen
Folgen des Versailler Diktats.
Das sehr billige Bändchen ge-
hört zur Bücherei jedes poli-
tisch interessierten Deutschen.

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.
BERLIN-GRUNEWALD

Länger als ein Menschenalter arbeitet **OTTO HOETZSCH**, der bekannte
Berliner Historiker, in der Geschichte Osteuropas und des deutschen Ostens.
Sein Name ist heute mit diesem Begriff aufs engste verbunden.

Soeben erscheint aus seiner Feder:

OSTEUROPA
UND DEUTSCHER OSTEN

Kleine Schriften zu ihrer Geschichte

Gr.-8°, XVI und 432 Seiten

Kartonierte RM 9.—, Ganzleinen RM 11.50

Mit den hier geschlossen vorliegenden größeren Aufsätzen des hervorragenden Kenners der seit
Kriegsende mehr denn je wichtigen Probleme des Ostens wird der erste und gelungene Versuch
unternommen, eine Gesamtauffassung von der Geschichte Osteuropas und des deutschen
Ostens zu geben. Ein soeben beendeter Aufsatz über Geschichte und Gegenwart des deutschen
Ostens verarbeitet die neuen Gedanken zu diesen Fragen und ergänzt vorzüglich die übrigen Beiträge,
so daß wir von den Anfängen bis zur Jetztzeit geführt werden. Von großem und heute von be-
sonderem Interesse ist, wie Hoetzsch immer wieder aus der geschichtlichen Erkenntnis in die politi-
sche Willensbildung herüberzuleiten weiß.

Ausführliche Prospekte, auch über sonstige Osteuropaliteratur, kostenlos

OST-EUROPA-VERLAG, KÖNIGSBERG PR. / BERLIN W 35

Graf von Cartagena

Erinnerungen an meine Botschafterzeit in Rußland 1914

Der spanische Botschafter Graf Anibal von Cartagena, der einer der ersten Familien der spanischen Aristokratie angehörte, gibt in seinen Erinnerungen ein ungemein fesselndes und lebendiges Bild des politischen und gesellschaftlichen Lebens am Hofe des Zaren kurz vor Ausbruch des Weltkriegs 1914.

Auf Grund seiner Eindrücke während der Julikrise 1914 urteilt der spanische Botschafter über die Schuld am Kriege:

„Ich bin der festen Überzeugung, daß Deutschland alles tat, was in seinen Kräften stand, um den Weltkrieg zu verhüten, durch den es überdies nichts zu gewinnen hatte. Besiegt, an seinen Küsten vom Feinde blockiert, von Lebensmitteln entblößt, mit einem Wort: mit dem Messer an der Kehle, war es gezwungen, in Versailles das Bekenntnis einer Schuld abzulegen, die es nicht auf sich geladen hatte. Dieses Schuldbekenntnis hat die wahren Schuldigen gerettet und als Grundlage für einen Vertrag gedient, der auf der Lüge aufgebaut ist und Europa keinen Frieden bringen wird.“ (S. 96.)

Pester Lloyd, Budapest, 17. Januar 1934: „Schon wegen der hohen Wichtigkeit des Kriegsschuld- und Revisionsproblems verdient Jede, auch bescheidenere Schrift unser Interesse, welche diese Probleme mit dem Scheinwerfer neuer Daten zu beleuchten vermag. Und dies ist unbedingt der Fall bei dem im Titel genannten Memoirenbande. Den Wert der Berichte des Grafen Cartagena erhöht der Umstand, daß Cartagena als Botschafter in Petersburg einen neutralen Staat vertrat und demgemäß nicht zu den Interessierten und verantwortlichen Rollenträgern der Welttragödie gehört... Er berichtet manches, was hinter den Kulissen vorging...“

Umfang: 114 Seiten

Preis: in hellem Leinen und mit einem Bild des Verfassers RM 2.20

Quaderverlag G. m. b. H. · Berlin W 15